

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis für den Monat 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk., halbjährlich 8,00 Mk., jährlich 15,00 Mk., monatlich 1,25 Mk. (für den Postweg). Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,50 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Adressen oder deren Raum 60 Pf. für halbjährliche und generalanläßliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gebrauchte Post 20 Pf. (außer 2 feingedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Morikoplan, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 20. Mai 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Morikoplan, Nr. 151 90-151 97.

## Die Zukunft des Balkans.

Von D. Blagojew-Sofia.

Der bekannte Führer der bulgarischen Sozialdemokratie (enge Richtung) schreibt in dem in Sofia erscheinenden „Rabotnitscheski Bjesnik“ (Arbeiterzeitung):

Das Feuer des europäischen Krieges brach auf und wegen der Balkanhalbinsel aus. Auf der Bahn der Eroberungsbestrebungen der kapitalistischen Staaten lebend, besand sich der Balkan immer vor der Gefahr der Eroberung und Aufteilung unter diese Staaten. Diese Gefahr war aber nie so offenbar und so nahe, wie seit dem Ausbruch des europäischen Krieges.

Die Dinge liegen so, daß die Veränderungen, die der Krieg bisher in die Karte des Balkans hineingetragen hat, ein ganz anderes Aussehen gewinnen können. Eine Möglichkeit besteht darin, daß die Eroberungen der Zentralmächte auf dem Balkan einen noch größeren Umfang annehmen. Es ist aber auch möglich, daß bei einem Friedensschluß, der mit einem Kompromiß zwischen den kriegführenden Mächten endet, der Balkan als Wechselmünze für Kompensationen dienen wird. Dies alles hängt von dem Ausgang des Krieges wie von den Umständen ab, unter denen der Friede geschlossen wird. Indessen, wie diese Umstände sich auch gestalten mögen, eines ist klar, und zwar, daß der jetzige europäische Krieg die Widersprüche nicht aufzuheben vermag, die der Kapitalismus auf dem Balkan geschaffen hat, daß er die sogenannte Balkanfrage nicht zu lösen vermag, und daß folglich die Gefahr der Eroberung und Aufteilung des Balkans nicht aus der Welt geschafft ist. Im Gegenteil, die Widersprüche verschärfen sich mehr und mehr, und die Furcht vor den drohenden Gefahren muß den Balkan endgültig zum Schlachtfeld machen. Die Balkanhalbinsel bleibt nach wie vor ein Herd für künftige Feuersbrünste zwischen den europäischen kapitalistischen Staaten, falls den Eroberungsbestrebungen der letzteren nicht durch den jetzigen Krieg ein Ende gesetzt wird.

Der europäische Krieg hat in unzweifelhafter Weise gezeigt, daß die Politik Rußlands gegen den Balkan überhaupt und gegen Bulgarien in besonderen nur eine Eroberungspolitik gewesen ist. Als dieser Krieg ausbrach, hat die russische Regierung offen erklärt, daß das Kriegsziel Rußlands in der Eroberung Konstantinopels und der Herrschaft über die Meerengen bestiehe. Allein die Eroberung Konstantinopels und der Meerengen bedeutet auch die Eroberung Bulgariens. Denn wie die Geschichte gezeigt hat, ist es unmöglich, dieses Ziel durchzuführen ohne von Bulgarien Besitz zu ergreifen. Noch mehr: der leichteste Weg nach Konstantinopel und den Meerengen führt über den südlichen Teil des Balkans und in erster Linie über Bulgarien.

Rußland hat Bulgarien „befreit“, um es in ein Gouvernament jenseits der Donau zu verwandeln. Wenn nicht der Widerstreit der Interessen der westeuropäischen kapitalistischen Mächte und ihr Widerstand gegen die russische Eroberungspolitik auf dem Balkan gewesen wäre, so wäre Bulgarien schon nach der „Befreiung“ im russisch-türkischen Krieg von Rußland erobert und in ein „Transdonaugouvernament“ verwandelt worden, was zur Folge gehabt hätte, daß Rußland schon damals mit einem Fuß in Konstantinopel und an den Meerengen gestanden hätte. Indessen ist Rußland seitdem fortgesetzt darin enttäuscht worden, daß Bulgarien die Rolle eines unbedingt willfährigen Werkzeuges zur Realisierung der russischen Eroberungspläne spielen würde. Infolge dessen nahm die Politik Rußlands gegen Bulgarien einen Charakter an, der, wenn auch nicht auf die völlige Vernichtung Bulgariens, so doch auf seine Schwächung gerichtet war. Jetzt jedoch zielt die russische Politik offensichtlich auf die Eroberung Bulgariens hin.

Wir sind überzeugt, daß Rußland in diesem Kriege diese seine Eroberungspolitik nicht durchsetzen wird. Zugleich sind wir aber auch überzeugt, daß wenn die russische Gefahr heute für Bulgarien nicht existiert, sie doch für die Zukunft nicht aus der Welt geschafft ist. Die russische Gefahr wird bestehen, solange die russische Eroberungspolitik besteht, und die letztere wird offenbar solange bestehen, wie der Kapitalismus besteht. Solange Rußland sich auch weiter kapitalistisch entwickelt und die Notwendigkeit dieser Entwicklung empfindet, wird seine Politik den Charakter einer Eroberungspolitik tragen, und zwar hauptsächlich in der Richtung nach Konstantinopel und den Meerengen, folglich auch in der Richtung Bulgariens.

Der jetzige europäische Krieg vermag nicht, wie wir oben erwähnten, die Balkanfrage zu lösen. Unabhängig davon, daß die jetzt durch den Krieg geschaffene Lage sich nach dem Friedensschluß in einer Weise ändern könnte, die die Widersprüche nur noch vermehrt, lösen auch die jetzt erzielten Resultate noch keineswegs das Problem des Balkans.

Die Dinge liegen so, daß Bulgarien heute eine Bürgschaft für sich und einen Schutz vor den Gefahren in der Gestalt Deutschlands besitzt. Deutschland jedoch braucht Bulgarien zum Schutz des Weges nach Konstantinopel und Kleinasien. Andererseits stellt Bulgarien für Deutschland, wie die Ideologen seiner Kapitalistenklasse nicht nur einmal kategorisch erklärt haben, einen sehr guten Markt für seine Kapitalien und Waren dar und eine vortreffliche Bezugsstelle für Rohstoffe, die die deutsche kapitalistische Industrie braucht. So

veranlassen die zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands, für Bulgarien wie überhaupt für die Erhaltung der jetzigen Lage auf dem Balkan einzutreten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Wirtschaftspolitik Deutschlands gegenüber Bulgarien, wie sie ihrer kapitalistischen Ideologie vorschwebt, auch als Hemmnis für seine wirtschaftliche Entwicklung auftreten kann. Indessen bildet Deutschland, in Voraussicht der dem Balkan drohenden Gefahren, heute einen gewissen Schutz für Bulgarien. Trotzdem bleiben die größeren Gefahren vor der Eroberungspolitik Rußlands für den Balkan bestehen und bedrohen die Existenz der Balkanstaaten.

Der Schluß der obigen Darlegungen ist, daß der Balkan von der ihm drohenden Gefahr gerettet werden könnte, wenn er sich auf den Weg der von der Sozialdemokratie empfohlenen Politik — auf den Weg der Politik einer Balkanföderation — begeben würde. Die Ereignisse nach dem Ausbruch des europäischen Krieges sagen jedem Einsichtigen, daß die Zukunft einer solchen Politik gehört. Denn die Staaten können auf dem Balkan vergehen, aber die Völker bleiben, und diese werden stets nach Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie streben. Die bittere Erfahrung aber lehrt, daß Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie hier nicht anders als auf dem Wege einer Balkanföderation errungen werden können. Die großen Ereignisse, die nach dem Kriege in Europa einsehen dürften, werden auf die Balkanvölker in diesem Sinne einwirken.

## Deutschland und der Papst.

Berlin, 19. Mai. (B. Z. V.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Nach einer Neutermeldung hat der englische Minister Grey im Unterhause mitgeteilt, der Vatikan habe in Deutschland Vorstellungen erhoben, um Deutschland zum Aufgeben des Unterseebootkrieges zu bewegen. Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen. Vielmehr hat der Papst, wie wir von zuständiger Seite hören, Deutschland und den Vereinigten Staaten seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, in der Streitfrage zwischen den beiden Regierungen zu vermitteln. Seine Majestät der Kaiser hat dem Papst unter Hinweis auf die inzwischen bereits in Amerika erteilte Antwort für die guten Absichten gedankt.

## Wilson's Botschaft an den Papst.

New York, 18. Mai. (Durch Funkpruch vom Vertreter des B. Z. V.) Associated Press meldet aus Washington: Wilson plant, mit Lansing während der nächsten Tage über die Botschaft des Papstes zu beraten, die vor kurzem durch den apostolischen Delegaten Monsignore Gonzano im Weißen Hause überreicht worden ist. Die Botschaft betrifft die Fortsetzung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten, und deutet indirekt die Möglichkeit an, einen allgemeinen Frieden in Europa zustande zu bringen. Nach der Besprechung mit Lansing wird Wilson seine Antwort an den Papst abgeben.

## England und Irland.

### Amtliche Darstellung des irischen Aufstands.

London, 18. Mai. (B. Z. V.) Meldung des Reuter'schen Bureau. In der königlichen Untersuchungskommission über den Aufstand in Irland las Untersuchungssekretär Sir Matthew Nathan eine Erklärung vor, in der die Arbeit der Leute geschildert wird, die Redmond und der irischen Parlamentspartei feindlich gegenüberstanden und die sogenannten irischen Freiwilligen organisierten. Von den 180 000 nationalistischen Freiwilligen, die ursprünglich existiert hätten, hätten sich nur 11 000 an die unlohalen irischen Freiwilligen angeschlossen. Die Zahl der letzteren wurde beim Beginn des Krieges auf 15 200 geschätzt, wovon sich weniger als 3000 in Dublin befanden. Die sogenannte Bürgerarmee, die in Dublin ungefähr 3000 Mann stark gewesen sei, müsse man noch hinzurechnen. Die Führer der Bürgerarmee seien für gewalttätiges Auftreten gewesen und seien dabei von den irischen republikanischen Führern, einer kleinen Gruppe von Männern, von denen einige bereits wegen der Dynamitanschläge von 1883 zu Zuchthausstrafen verurteilt waren, unterstützt worden. Diese Männer seien mit größter Heimlichkeit vorgegangen und hätten mit einer Organisation in Amerika, die sie mit Geld versorgt habe, in enger Verbindung gestanden. Es sei nach dem September 1914 unmöglich gewesen, herauszufinden, wie das Geld nach Irland kam. Es sei für die Veröffentlichung autoritärer Blätter und die Verbreitung solcher Schriften sowie zur Bezahlung der heimlich herumreisenden Organisatoren der irischen Freiwilligen verwendet worden.

Nathan teilte ferner mit, auf welche Weise die Freiwilligen in den Besitz von Waffen gelangten. Viele wurden aus militärischen Einrichtungen gestohlen, andere von desertierenden Soldaten gekauft. Eine Menge Revolver wurde von Reisenden im Gepäck verborgen mitgebracht. Die Munition verschaffte man sich auf ähnliche Weise, aber die Munitionsvorräte waren nicht groß. Gegen Ende des Jahres 1914 war aus dem Widerstand der irischen Freiwilligen gegen die Bemühungen Redmonds und seiner Partei, Irland mit dem Recht des Reiches in eine Linie zu bringen, bereits hervorgegangen, daß die Organisation unlohal war. Von da an wurde sie scharf beobachtet. Die Waffeneinfuhr wurde streng geregelt, und es

wurde viel getan, um die Verbreitung aufsehender Literatur zu verhindern. Dennoch schrieb Nathan an den Generaladjutanten in einem Brief, daß er trotz der Lebhaftigkeit der irischen Freiwilligenbewegung nicht glaube, daß die Führer einen Aufstand hervorrufen wollten, oder daß die Freiwilligen genug Waffen hätten, um einen solchen Aufstand einen ernstlichen Charakter zu geben. Er fügte hinzu, daß die Regierung keine Entlohnung der unlohalen Freiwilligen versuchen werde, da das ihrer Ansicht nach zu Unvergehen und einem sofortigen Ausbruch des Aufstandes führen würde.

London, 18. Mai. (B. Z. V.) Reuter. Leutnant White, ein Sohn des aus dem Burenkriege bekannten Feldmarschalls Sir George White, wurde in Wales verhaftet unter der Anklage, daß er walfür Verleumdung zum Streik aufreizen wollte, weil der irische Aufständische Connolly erschossen wurde.

## Zum Prozeß Casement.

Manchester, 19. Mai. (B. Z. V.) Der Londoner Korrespondent der „Manchester Guardian“ betont, daß die Anklage gegen Sir Roger Casement sich nur auf die Handlungen beziehe, die er im Ausland begangen habe.

## Ein irischer Sozialist.

Unter den bei den irischen Unruhen Verhafteten befindet sich auch schwer verwundet der irische Sozialist James Connolly. „Justice“ und „Glasgow Forward“ beschäftigen sich mit seiner Anteilnahme an der Bewegung. „Justice“ schreibt von den guten Diensten, die Connolly der Sozialdemokratie geleistet habe, ehe er sich mit Parlin verband, und daß er auch noch in Verbindung mit diesem Hervorragenden für die arbeitende Klasse getan habe. Daß tüchtige und fähige Menschen wie Connolly so wenig Hoffnung für ihre Klasse und ihr Land gehabt haben, daß sie ihr Leben auf solche Weise fortwarfen, und daß die nationalen Soldaten aus derselben sozialen Schicht wie sie geziehen wurden, sie wie Kriminalverbrecher niederzuschleichen, sei eine traurige Kritik an der heutigen Gesellschaft.

„Glasgow Forward“ gibt ein Lebensbild von Connolly, der vor 30 Jahren noch im Reinigungsdepartement des Edinburgher Stadtrates zu einem Wochenlohn von 1 Pfund arbeitete. Seine freie Zeit verbrachte er in Bibliotheken, in denen er nach Daten für eine wirkliche Geschichte der arbeitenden Massen Irlands suchte, oder er beteiligte sich an der sozialdemokratischen Agitation durch Reden unter freiem Himmel. Er wurde verhaftet und ging nach Irland, wo er vergeblich suchte, eine irische Arbeiterpartei ins Leben zu rufen. Später wanderte er nach Amerika aus, und als er zurückkehrte, versuchte er, eine irische sozialistische Bewegung zu gründen, die zur Tat bereit sein soll, an dem Tag, wo die Homerule-Wild durchgebracht worden ist. Seinen Standpunkt zur irischen Bewegung erklärte er im „Glasgow Forward“ im Jahre 1913 dahin, daß er als Sozialist Anhänger von Homerule (Selbstregierung) sei, „aber an dem Tage, an dem die Homerule-Regierung in Kraft tritt, wird die sozialistische Bewegung zur Opposition übergehen.“ Tausendmal hat er dem Volk von Irland aus einanderbegeißelt, daß Homerule an sich nichts bedeute, und daß, solange sie sich bei einem System des Privateigentums an Land und Kapital beruhigen oder es unterstützen, Elend und Entwürdigung auf ihrer Seite sein würden. Er wußte genau, daß es gleichgültig sei, ob der Unterdrücker oder Ausbeuter Ire oder Brit, Jude oder Chinese sei. „Ausnutzung ist das Unrecht; und Grundeigentum und Kapitalismus und nicht ein bloßer Wechsel der Form oder des Namens der ausführenden Regierung beeinflussen das ökonomische System.“

Das Erscheinen Connollys bei dem Ausbruch der Sinn-Fein-Unruhen sei für die Sozialisten Englands absolut unerklärlich. Vielleicht hoffte Connolly die proletarische Bewegung verstärken und vertieft zu können, wenn erst ein irisches Parlament und eine irische Regierung existieren; und die Ausschloßlosigkeit auf die Erfüllung der irischen Forderungen während des Krieges sowie die Ungewißheit über die Zukunft Irlands nach dem Kriege in einer Zeit, wo scharfe Machtkämpfe der beiden großen Parteien in Großbritannien ausgetragen werden müssen, trieben ihn wohl dazu, an den Kämpfen in Dublin teilzunehmen.

Vermehrheit es sich, daß die englische Regierung den Versuch machen will, durch Einsetzung einer irischen Regierung die Ueberleitung zur vollkommenen Homerule noch während des Krieges zu schaffen, so sind wenigstens die Kämpfe, bei denen fähige Männer fielen, die ihr Leben für eine Idee hingegeben haben, nicht ganz unsonst gewesen. Das irische Proletariat wird das Andenken der Sozialisten, die an dieser Bewegung teilgenommen haben, am besten dadurch ehren, daß sie die Lehren Connollys und seiner engeren Freunde bewahren und nach ihnen handeln, sobald ihre Zeit gekommen ist.

## Irische Kundgebungen in Amerika.

New York, 15. Mai. (Durch Funkpruch vom Vertreter des B. Z. V.) Gestern wurden in den meisten katholischen Kirchen des ganzen Landes Requiem oder Gebete für die Hingerichteten Führer des irischen Aufstandes abgehalten. Monsignore McQuirk von der St. Paulskirche in New York, forderte die Gemeinde auf, Gott zu bitten, England zu demütigen, indem er die Einrichtung der irischen Führer eine Tat des Wahnsinns nannte. Der Prälat jagte, wen Gott verderben will, den schlägt er mit Torheit.

Nachmittags und in der Nacht wurden etwa 120 Versammlungen in den verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten mit Einschluß Washingtons abgehalten, um die Sympathie mit der Erhebung Irlands und den Absichten über Englands tyrannische Maßnahmen zur Unterdrückung des Aufstandes auszudrücken. Das bedeutendste Kennzeichen der Versammlungen war der Umstand, daß fast alle Sprecher nicht der alten separatistischen Minorität angehörten, sondern der großen Zahl der Konvertiten. Die Sache der irischen Unabhängigkeit hat hier während der letzten drei Wochen gewonnen. Überall verglichen die Redner den irischen Aufstand mit der amerikanischen Revolution. Sie hoben hervor, daß die barbarische Einrichtung der 15 irischen Führer das Schicksal Washingtons und der anderen amerikanischen Helden der Revolution gewesen wäre, wenn sie



leinen Erfolg gehabt hätte. In einer Massenversammlung in der Carnegie Hall in New York nahmen über 3000 Personen teil, unter ihnen viele Priester. 20 000 konnten wegen Mangels an Raum keinen Zutritt finden. Der Richter des Obersten Gerichtshofes Cabegan führte den Vorsitz in der Versammlung. Er erhob sich zum Gedächtnis der irischen Märtyrer von 1916 und gab einen Überblick über die Verdienste, die Selbstlosigkeit, die Vaterlandsliebe und Tapferkeit der hingerichteten Führer. Einige Sprecher berührten den jüngsten deutsch-amerikanischen Streitfall und wiesen darauf hin, daß Präsident Wilson die Rolle eines Wortführers der Humanität angenommen habe und daher verpflichtet sei, mit England wegen der Ermordung der irischen Führer zu unterhandeln, die keine Verbrecher, sondern Kriegsgefangene seien. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der England beschuldigt wird, Männer für die Erstreckung eines Vieles hingerichtet zu haben, das von Carson öffentlich aufgestellt wurde, der später zum Mitglied des englischen Kabinetts gemacht worden sei. Viktor Herbert kündigte eine öffentliche Subskription zugunsten der Witwen und Waisen der Opfer der englischen Brutalität an. Mit stürmischer Begeisterung wurde die Flagge der irischen Republik begrüßt. Die Erwähnung der Namen der 15 Unterzeichner der irischen Unabhängigkeitserklärung, die im Wortlaut verlesen wurde, rief begeisterte Beifallsklänge hervor. Auch die Erwähnung Clemenstis fand wiederholt lauten Beifall, während jede Erwähnung Englands, Redmonds und Carsons anhaltendes Rufen und Rufen: „Schmach den Verrätern!“ veranlaßte. Ein Telegramm, in dem sich der bisherige Führer der amerikanischen Anhänger Redmonds, Michael Ryan in Philadelphia, zugunsten der irischen Separatisten erklärte, machte gewaltiges Aufsehen. Die Redner mit Einschluß von Tolby, Rooney und Cochrane sprachen von der hohen Bedeutung des gegenwärtigen Krieges. Jeder kleinen Nation mit Einschluß Irlands müsse das Recht zugesprochen werden, selbst zu entscheiden, unter welchen politischen Bedingungen sie leben wolle. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß infolge der irischen Ereignisse Englands Sache hier schwer gelitten habe und noch weiter leiden werde.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 19. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Donnerstag nachmittag. Zwischen Dife und Aline wurde eine starke feindliche Aufklärungsbatterie, die bei Duennedieres in unsere Linien einzudringen versuchte, durch unsere Gegenangriffe zerstreut, wobei sie Tote auf dem Platze ließ. Auf dem linken Maasufer versuchten die Deutschen nach lebhafter Artillerievorbereitung in mehreren Angriffen im Laufe der Nacht unser Kernwerk im Walde von Avocourt zu nehmen. Der Feind wurde jedesmal durch unser Feuer zurückgeschlagen und erlitt sehr ernsthafte Verluste. Wir unternahmten während der Nacht gegen 8 Uhr morgens im Norden der Höhe 287 auf einen deutschen Graben einen Handstreich aus, dessen Infanterie getötet oder zu Gefangenen gemacht wurden. Zur selben Zeit bemächtigten sich unsere Truppen nach einem erbitterten Kampfe eines festausgebauten feindlichen Stützpunktes auf dem Nordosthang der Höhe 304. Auf dem rechten Maasufer und in der Gegend beiderseitigen Artilleriefeuer.

Flugwesen: In der Nacht vom 16. zum 17. Mai führten unsere Flugzeuge zahlreiche Bombardements auf die Front nördlich Verdun aus. Besonders wurden fünfzehn großkalibrige Granaten auf ein wichtiges Munitionslager zwischen Raucourt und Harancourt, 10 Kilometer südlich von Sedan, 5 auf den Bahnhof von Sedan, wo eine Feuerbrunst festgestellt wurde, und fünfzehn auf ein Munitionslager bei Azannes abgeworfen. In derselben Nacht warfen zwei unserer Apparate achtzig Granaten auf den Bahnhof von Metz-Sablons. Feindliche Flugzeuge warfen während der Nacht mehrere Bomben auf die Gegend von Lunéville, Epinal und Velfort, wo sie unbedeutenden Sachschaden anrichteten.

Paris, 19. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 18. Mai abends. Nördlich von der Aisne haben wir eine feindliche Abteilung zerstreut, welche einen unserer Gräben südlich von Nouvron angreifen versuchte. Auf dem linken Maasufer machte der Feind gegen 5 Uhr nachmittags nach heftigem Artilleriefeuer einen starken Angriff auf unsere Stellungen im Gehölz von Avocourt und an der Höhe 304; unser Sperrfeuer und unsere Maschinengewehre haben den Feind aufgehalten, welcher erhebliche Verluste erlitten zu haben scheint; das Geschützfeuer dauert in dem ganzen Abschnitt sehr heftig fort. Auf dem rechten Maasufer Geschützfeuer mit Unterbrechungen, heftiger bei Eparges. Nichts Wichtiges von der übrigen Front zu melden.

Belgischer Bericht. Am 17. Mai abends machte nach heftigem Feuer aus Schützengrabensmündern und Geschützen aller Kaliber eine deutsche Abteilung einen Angriff gegen einen unserer Posten auf dem Ostufer der Hier nördlich von Steenstraete; der Feind wurde durch unser Sperrfeuer und Gewehrfeuer aufgehalten.

### Die englische Meldung.

London, 18. Mai. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau's. Heeresbericht. Gestern betrübliche Tätigkeit in der Luft. Es fanden 13 Luftkämpfe statt, eine feindliche Maschine wurde, wie man glaubt, niedergeschossen, man sah sie vertikal niedergehen. Der Feind bemächtigte sich nachmittags nach einem heftigen Bombardement eines Minenrotors auf dem Rimpshögel, der von uns besetzt war. Eine starke feindliche Patrouille versuchte letzte Nacht, einen Posten bei Bletchley zu stürmen, wurde aber zurückgeschlagen. Heute nichts von Bedeutung.

### Der englische Luftdienst.

London, 17. Mai. (W. Z. V.) Unterhaus. In der Debatte über den Luftdienst sagte Johnson Dick, alle Maßnahmen zur Verteidigung Londons gegen Luftangriffe seien erst seit dem letzten Januar ergriffen worden. Wenn nichts geschehen wäre, so hätte man Volsour längst an einem Laternenpfahl aufgehängt. Es sei zwar nicht möglich, die ganze Luft zu schälen, aber etwa 50 Geschütze mit Scheinwerfern, die zwischen Wagh und der Themse aufgestellt wären, könnten deutsche Luftschiffe verhindern, die Nähe zu überfliegen. Deshalb sei dieser Plan, den der frühere Kommandant der artilleristischen Verteidigung Londons befürwortete, nicht ausgeführt worden. In den östlichen Grafschaften sei das Abwehrgeschütz noch immer mit denselben alten Geschützen und Maximkanonen bewaffnet. Seit der letzten Debatte im Unterhaus habe man neue Geschütze gekauft, aber es fehle an der Munition, die gegen Zeppeline wirksam sei, vor allem aber sei eine Ueberlegenheit des Luftdienstes an der Front nötig, um die deutsche Aufklärung zu verhindern. Tennant erwiderte, das Vernehmlichkeitsystem über drohende Luftangriffe sei jetzt über das ganze Land vollendet. Es seien noch nicht alle Geschütze zur Abwehr von Luftschiffen da, aber man bekomme sie jetzt. Es sei eine Schießschule für Offiziere eingerichtet.

### Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 19. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 18. Mai. Westfront: In den Gegenden von Pulkarn (21 Kilometer südöstlich Mga), Oljha und Rosko Aleksine versuchte der Feind, sich unseren Gräben zu nähern, wurde aber durch unser Feuer zurückgeworfen. In den anderen Abschnitten gewöhnliches Gewehr- und Geschützfeuer. Kaukasusfront: In Richtung Darbekt Vorhutgefechte.

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 19. Mai 1916. (W. Z. V.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem westlichen Maasufer wurden die französischen Gräben beiderseits der Straße Haucourt—Educs bis in die Höhe der Südspitze des Camard-Waldes genommen und 9 Offiziere und 120 Mann zu Gefangenen gemacht. Ein erneuter feindlicher Angriff gegen die Höhe 304 brach unter sehr erheblichen Verlusten für den Feind zusammen.

Auf dem östlichen Maasufer steigerte sich zeitweise die gegenseitige Artillerietätigkeit zu großer Stärke.

Die Fliegertätigkeit war auf beiden Seiten groß. Oberleutnant Boelcke schloß das 16. feindliche Flugzeug südlich von Ripont ab. Bahnhof Lunéville sowie Bahnhof, Luftschiffhalle und Kasernen bei Epinal wurden mit Bomben belegt.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Ein Flugzeuggeschwader griff die feindlichen Lager bei Anus, Canfice, Nihalova und Salonik an.

Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalkriegsbericht.

Wien, 19. Mai. (W. Z. V.) Amtlich wird verlautbart:

### Russischer und südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Die an der lätenländischen und Rätischer Front eingetretene Feuerpause hielt im allgemeinen auch gestern an. Heute früh wurden zwei feindliche Angriffe auf die von unseren Truppen unlängst gewonnenen Stellungen östlich Montefalcione abge schlagen. Eines unserer Seeflugzeuggeschwader belegte die Bahnhofsanlage von San Giorgio di Rogaro und die feindliche Seeflugstation nächst Grada erfolgreich mit Bomben.

An der Südtiroler Front gewann unser Angriff unauffhaltsam Raum. Auf dem Armenterra-Rücken wurden sechs italienische Angriffe abgewiesen. Unsere Truppen dem Anas- und Laintale vorgerückten Kräfte unter Führung seiner I. und II. Hoheit des Feldmarschallleutnants Erzherzogs Karl Franz Joseph trieben den Feind an der ganzen Front weiter zurück und bemächtigten sich heute früh der italienischen Panzerwerke Campomonte und Torara. Zwischen Laint- und Brand-Tal (auf Vallarsa) erreichten unsere Truppen den Nordrand des Col Santo. Im Ost-Tal mußten die Italiener die Orte Marco und Mori räumen. Die Zahl der seit Beginn unseres Angriffs gemachten Gefangenen hat sich auf über zehntausend und hundertsechshundertzwanzig Offiziere, die heute auf 51 Maschinengewehre und 61 Geschütze erhöht. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschallleutnant.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 18. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Im Adamelloabschnitt machten unsere Truppen reiche Beute an Waffen, Munition und Material, das vom Feinde am Col Topete und am Col Jargoriba zurückgelassen worden war. Am 17. Mai dehnten unsere Alpentruppen die Eroberung des Kommes nördlich von Jargoriba bis zum Patareit-Abchnitt und der Quelle der Sarca aus. Im Ledrola griff der Feind nach heftigem Artilleriefeuer, das die ganze Nacht zum 17. Mai dauerte, bei Tagesanbruch unsere Stellungen an den Hängen des Monte Carl an. Er wurde unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Im Lagarinala erneuerte der Gegner gestern mit zahlreichen und starken Batterien die Beschließung unserer Stellungen auf der Jugna Lorta. Darauf unternahm er noch fünf heftige Angriffe. Er wurde jedesmal unter blutigen Verlusten zurückgeschlagen. In dem Abschnitt zwischen dem Terragnolotal und dem oberen Stachaltal dauerte das kräftige feindliche Artilleriefeuer ohne Unterbrechung gegen die Stellungen unserer Hauptverteidigungslinie an. Wir wiesen die Angriffe ab, die hintereinander im Tale von San Pellegrino im Abschnitt der Marmolada, am Fedicapoh (Hochaviso) und im Hochcordovole unternommen wurden. Am Monzo mäßige Tätigkeit beider Artillerien. Im Abschnitt von Montefalcione eroberten unsere Truppen in einem glänzenden Gegenangriff ein dem Feinde bei dem Kampf am 16. Mai gebliebenes Schützengrabensstück zurück. Cadorna.

## Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 18. Mai. (W. Z. V.) An der Front und im Abschnitt von Janiklu keine Veränderung.

Im Kaukasus haben wir im Abschnitt von Wikis durch unser Artilleriefeuer mit Schanzarbeiten beschäftigte feindliche Truppen gefürt. Am 15. Mai griff der Feind in Stärke eines Regiments zu später Stunde unsere östlich der Ortshafte Aglynot westlich von Pens aufgestellte Abteilung an. Der Kampf dauerte bis Mitternacht, und der Angriff des Feindes scheiterte. Am 16. Mai erhielt der Feind ein Bataillon zur Verstärkung und erneuerte den Angriff. Der Kampf dauerte bis Mittag, schließlich wurde der Gegner gezwungen, sich zurückzuziehen, wobei er schwere Verluste erlitt und eine Anzahl Gefangene sowie Waffen und Munition in unseren Händen ließ. Die Angriffe, welche der Feind am 16. Mai an vier Punkten gegen unsere Stellungen auf dem Berg Jiarat Tepe, 40 Kilometer östlich von der Ortshafte Voburt, sowie gegen unsere Stellungen bei Ak Dagh, 10 Kilometer südlich von dem genannten Berge, machte, wurden sämtlich mit ungeheuren Verlusten für den Feind abge schlagen. Am linken Flügel im Küstenabschnitt beschäftigte sich der Feind mit Befestigungsarbeiten.

Am 16. Mai nachmittags feuerte ein feindliches Wachtschiff auf die Umgebung von Tschesme an der Küste von Smyrna einige Geschosse ohne Wirkung ab und zog sich dann zurück. Auf dem feindlichen Monitor, der an der Küste der Insel Keusten gestrandet ist, rief das Feuer unserer Artillerie einen Brand hervor. Von dem Schiff ist nur noch ein Wrack vorhanden.

An den übrigen Fronten keine Veränderungen.

## Scharmügel in Ägypten.

London, 18. Mai. (W. Z. V.) Amtlich. In Ägypten hat eine berittene Abteilung von Australiern und Neuseeländern eine erfolgreiche Operation gegen den Feind bei Bayoud und Wageibra

durchgeführt. Der Feind leistete keinen Widerstand und 30 Kamelre und eine ansehnliche Menge türkischer Munition wurden erbeutet und das Lager geräumt.

## Ein deutscher Dampfer torpediert.

Helsingborg, 19. Mai. (W. Z. V.) Der deutsche Dampfer „Trade“ wurde gestern Abend um 9 Uhr 30 Minuten auf der Höhe von Kullen von einem, wie man vermutet, englischen U-Boot beschossen, torpediert und versenkt. Die Besatzung, 17 Mann stark, ist gerettet.

Das englische U-Boot machte sich dabei eines Flaggenmanibrauch schuldig, indem es die deutsche Kriegsflagge hakte, um den Dampfer aus den schwedischen Hoheitsgewässern herauszulocken.

## Zur „Tubantia“-Affäre.

Haag, 18. Mai. (W. Z. V.) Das Marineministerium teilt mit: Die Beschreibungen des Kapitänleutnants Panters in Berlin über die Ursache des Untergangs der „Tubantia“ haben zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Nach der Untersuchung einiger Metallstücke, die in den Booten der „Tubantia“ gefunden worden waren, gab die deutsche Admiralität zu, daß die Metallstücke Teile eines deutschen Torpedos sind, der zur Bewaffnung eines deutschen Unterseebootes gehörte. Der Kommandant dieses Unterseebootes erklärte, daß dieses Torpedo nicht am 16. März auf die „Tubantia“, sondern am 6. März auf ein britisches Kriegsschiff abgefeuert worden sei, aber sein Ziel verfehlt habe. Die holländische Regierung wird auf eine eingehende Untersuchung bringen, um in die „Tubantia“-Angelegenheit volle Klarheit zu bringen.

## Das Schicksal unserer Kameruner.

Amtlich. Berlin, 19. Mai. (W. Z. V.) Es häufen sich Beschwerden darüber, daß die Namen der aus Kamerun nach Spanien überführten Deutschen noch immer nicht veröffentlicht seien.

Daß der Grund für die Verzögerung der von vielen ersehnten Nachrichten nicht in einem mangelnden Interesse der zuständigen Behörden, sondern in der Unterbindung der postalischen Verkehrswege (auch telegraphischen) durch die feindlichen Mächte zu suchen ist, ist eigentlich selbstverständlich, soll aber doch, um den vielen unbegründeten Klagen zu begegnen, ausdrücklich hervorgehoben werden. Heute ging von der Postkammer in Madrid folgendes Telegramm ein:

Bei 5000 eingeborenen Truppen auf Fernando-Po zurückblieben 20 Offiziere, 88 Unteroffiziere, 1 Gefreiter, 6 Gouvernementsbeamte, 5 Berge; außerdem zurückblieben nicht transportfähige Kranke: 1 Offizier, 5 Unteroffiziere und 2 Soldaten, die später nach Spanien gebracht werden. Namen noch nicht erhältlich, folgen später.

Auch aus diesem Telegramm geht wieder hervor, daß gerade die Uebermittlungen der Namen scheinbar immer wieder auf Schwierigkeiten stößt.

Nach Auskunft einer vor kurzem aus Kamerun in Deutschland eingetroffenen Dame kann jedoch allgemein gesagt werden, daß die Verluste an deutschen Menschenleben in Kamerun verhältnismäßig gering waren und in der Hauptsache bereits bekannt sind, so daß Meldungen weiterer Todesfälle kaum noch zu erwarten sein dürften. Auch sieht man, daß die nach Spanien Uebergeführten sowie die in Fernando-Po Zurückgebliebenen sich im allgemeinen wohl befinden.

Sobald namentliche Listen eingehen, werden alle Angehörigen, auch ohne besondere Anfrage, unverzüglich amtlich benachrichtigt werden. Auch werden die Listen in amtlichen Kolonialblatt und in der amtlichen Verlustliste des Kriegsministeriums veröffentlicht; in welcher Nummer dieser amtlichenblätter die Benachrichtigung erfolgt, wird außerdem in der gesamten Tagespresse mitgeteilt werden.

## Die Kämpfe in Marokko.

Been, 19. Mai. (W. Z. V.) „Le Temps“ meldet aus Madrid, daß nach einem Telegramm des Generals Jordana die Kämpfe des Gebietes von Ned Ras völlig unterworfen sind. Die Straße zwischen Tanger und Tetuan über Bondal sei für den Verkehr frei. Man messe dem Siege Kaisulks über seinen unerbittlichen Feind Abd el Kermin große Bedeutung bei. 10 000 Mann spanischer Truppen sind in diesem Gebiet zusammengezogen, die jetzt eine Vereinigung mit den Truppen bei Larraach anstreben.

## Eine „führende deutsche Persönlichkeit“ über Greys Rede.

Dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird aus Rotterdam gemeldet:

Der Berliner Vertreter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hatte eine Unterredung mit einer führenden deutschen Persönlichkeit über den Einbruch der Erklärungen Greys in deutschen Kreisen. Er berichtet darüber folgendes: Es war nicht schwer, meinen Gesprächspartner zu überzeugen zu veranlassen. Er wünschte offenbar selbst sein Erstaunen zu äußern über die Tatsache, daß der englische Minister des Aeußeren in so vielen Punkten mit den führenden deutschen Kreisen einig sei. Ebenso wie Grey, so sagt mein Gesprächspartner, wünsche man in Berlin kein Europa, das von einer einzigen Nation überherrschet werde. Man wünsche kein andauerndes Sabelgerassel, keine mächtig große Armeen, aber auch auf der anderen Seite keine übermächtig große Flotte. Man sehne sich nicht nach einem Europa, das von Berlin aus regiert werde, aber man könne ebenso wenig sich zufrieden geben mit einem Europa, das die Aufgabe haben würde, die inneren Zustände Deutschlands gegen den Willen sämtlicher deutschen Stämme zu verbessern oder die angebliden Fehler der deutschen Philosophie mit dem Schwert auszumergen. Wenn Grey die deutschen Staatsmännern wegen ihrer demokratischen Schändheitsfehler für eine Gefahr anseht, so könne er ohne jede Schwierigkeit in Europa noch beträchtlich autoritärere Staaten finden, die der Verbesserung mehr bedürfen würden. Man sei in Deutschland der Ansicht, daß Grey, wenn er überall seine Forderung über die wahre Freiheit der Nationen gewaltsam durchsetzen wollte, damit leicht in Verlegenheit kommen könne. Mit Vergnügen habe man in Berlin von Greys Versicherung, daß er das Deutsche Reich freisetzen wolle, Kenntnis genommen. Diese Versicherung scheine in erheblichem Gegensatz zu den Wünschen, die man bisher von führenden Männern und anderen Entente-Männern gehört hat, nämlich, daß Deutschland gerichtet werden müsse. — Der Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ fügt hinzu: Die Bemerkungen meines Gesprächspartners wurden zum Teil mit einiger Ironie geäußert, zum Teil aber auch mit einer wirklichen Beachtung von Greys Äußerungen, die man jedoch nicht als Fortschritt betrachten kann. Wenn Gesprächspartner hat sich mit großem Nachdruck gegen die Behauptung Greys gewandt, daß Deutschland an dem Kriege schuldig sei. Der Korrespondent will es sich aber ersparen, die Argumente, die man aus den deutschen Weisheitsbüchern kennt, zu wiederholen. „Aber auch uns“, so sagt der Korrespondent weiter, „drängt sich die Frage auf, ob dieser Konflikt nicht auf andere Weise als durch das Spiel von Tod und Verderben beendet werden könne, und wir fragen deshalb, ob die beiderseitigen Kriegsziele, nämlich die Weltmann Hollwegs einerseits und die von Grey andererseits nicht zu weit auseinandergehen, als daß man von der fortgesetzten Waffengewalt eine Lösung erhoffen könne. Mein Ge-



Wohlfahrtmann betonte in seiner Antwort auf diese Frage die in mancher Hinsicht außerordentlich verwickelte Lage auf sämtlichen Kriegsschauplätzen, wonach ich mir die Frage erlaube, ob hier Aussicht besteht, daß diese Lage durch Fortsetzung des Krieges sich jemals weniger verwickelt gestalten würde. Er erinnerte mich auch an die eigentümlichen Bedingungen, die Grey für die neutralen Staaten stellte, welche sich als Vermittler anbieten würden. Jene Bedingungen machen es den jetzt noch neutralen Staaten, von denen kein einziger Lust zu haben scheint, keine Aussicht über die Streitfrage zu äußern, wie Grey das verlangt, unmöglich, sich als Friedensvermittler zu erboten. Dennoch hat die Unterredung mit einem führenden Mann, so schreibt der Korrespondent des „Nouvea Motordamische Courant“, mich in der Ueberzeugung befestigt, daß angesichts der Tatsachen, d. h. Weismann's Vorkämpfungen in seiner letzten Rede im Reichstag und dem vornehmlichen Geist, welchen Deutschland in seiner Note an Amerika äußerte, einerseits und Greys Weisheit, weniger aggressive Forderungen zu stellen, andererseits, es möglich sein müsse, die Parteien einander näherzubringen.

## Der englische Schatzkanzler über die Finanzlage.

London, 18. Mai. (W. Z. V.) Bei der zweiten Lesung des Etats behandelte der Schatzkanzler zunächst die allgemeine Finanzlage und sagte: Die gegenwärtige Lage unserer Finanzen hat nach einer beispiellosen Störung des Verkehrs die Kraft der Nation gezeigt. Wir haben die Einnahmen von 200 000 000 Pfund auf 500 000 000 Pfund gesteigert. Kein anderes Land hat ein Gleiches vermagt und kein anderes Land hat ein Gleiches gefordert. Der Minister stellte dem Vorgehen Englands, das 300 000 000 Pfund neue Steuern erhebe, dem Vorgehen Deutschlands gegenüber, das 25 000 000 Pfund erhebe, und sagte: Wenn wir unsere Hilfsquellen überanstrengten, würde eine Abnahme der Steuereinnahmen vorhanden sein. Aber das sei nicht der Fall, da die gegenwärtigen Einnahmen den Vorkurschlag weit übertrafen. Ueber die Frage des kommerziellen Wiederaufbaues nach dem Kriege sagte er, niemand wisse sagen, welches die Grenzen der möglichen Abkommen wären. Kein Teil des Hauses meine, daß das Werk des Wiederaufbaues dem Zufall überlassen bleiben könne. Niemand glaube, daß man eine Politik des laissez faire verfolgen könne. Es sei die gemeinsame Grundanschauung, daß die Regierung leise, organisieren, unterstützen und darauf sehen müsse, daß die wichtigsten Industrien erhalten blieben, und daß Industrien, die man bei Ausbruch des Krieges nicht besitzen habe, die aber von vitaler Wichtigkeit seien, nicht wieder zermalmt werden dürften, sondern erhalten werden müßten, soweit sie für das volle Leben der Nation wesentlich seien. Weder jetzt noch in Zukunft werde er sich genau an die Richtlinien gebunden erachten, die er vor dem Kriege bestritten habe. Er fordere das Haus auf, mit neuen Gesichtspunkten an die neuen Probleme heranzutreten und sie ohne Vorurteil in Erwägung zu ziehen. Hinsichtlich der Pariser Konferenz lehne er es aber ab, irgend eine Erklärung abzugeben, doch versichere er dem Hause, daß die Vertreter der Regierung zur Konferenz gehen würden, nicht gebunden durch irgendwelche starre Lehren einer nationalökonomischen Schule. Sie würden hingehen und nur in der Hinsicht zu sehen, auf welche Weise die gemeinsamen Interessen am besten gefördert werden und die Alliierten und die Engländer selbst in Zukunft zusammen wachsen und gedeihen könnten. Der hervorstechendste Zug des Budgets in diesem Zusammenhang sei die Bereitwilligkeit, mit der es im Hause und im Lande angenommen worden sei.

Der Minister fuhr fort: Wir hatten riesige Anstrengungen für die Flotte und das Heer zu machen, aber nicht weniger wichtig als diese, nicht allein für den Erfolg unserer Operationen, sondern auch für den Erfolg unserer Alliierten, war die finanzielle Stärke und Behändigkeit der Hilfsquellen dieses Landes. Jeder, der die deutsche Presse verfolgt, werde sehen, daß diese Presse in den finanziellen Hilfsquellen Englands ein Maß für die Fähigkeit zum Widerstand der alliierten Nationen sehe. Ich glaube, falsch der Minister, daß bei dieser großen Last, die zu tragen war, die Stimmung des Volkes die Möglichkeit gegeben hat, diese Last mit solcher Bereitwilligkeit und gutem Willen zu tragen, und daß man noch fast zwei Jahre Krieg verhältnismäßig leicht eine Steuerlast trägt, die irgendeinem Schatzkanzler vor verhältnismäßig wenig Jahren ungläublich vorgekommen wäre, und daß unsere finanzielle Lage, anstatt mit der Fortdauer des Krieges schwächer zu werden, immer stärker werden wird mit der Erfahrung, die wir gewonnen, mit dem Vertrauen, das wir erworben, und mit der Achtung, die wir durch unsere Anstrengungen erlangt haben.

## Die Sozialistenverfolgungen in England.

Am 11. d. M. waren die Genossen James Maxton und J. Dunlop Mac Dougall vor dem Juryhof in Glasgow wegen Versuch, die Munitionproduktion zu hindern, zu verzögern und einzuschränken, d. h. wegen Aufforderung zum Streik angeklagt. Sie wurden zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt. — Zugleich mit ihnen war wegen des gleichen Vergehens Jack Smith angeklagt, von dem der Staatsanwalt auf Grund eines Polizeiberichts sagte, daß er mit einem „wohlbekannten Londoner Anarchisten assoziiert“ sei, mit einem Komitee zur Beendigung des Krieges in Verbindung stehe und im Besitz einer Nummer des „Dubliner Blattes „Workers Republic“ gewesen sei. Der Angeklagte wurde dieser erschwerenden Umstände halber zu 18 Monaten verurteilt.

## Französische Steuerprojekte.

Paris, 18. Mai. (W. Z. V.) In der Kammer brachte Finanzminister Ribot den Gesetzentwurf betreffend die vorläufigen Kredite für das dritte Quartal 1916 ein. Sie belaufen sich für das allgemeine Budget auf 7 891 332 744 Franc und für das Nachtragbudget auf 610 742 771 Franc. In der Begründung wird die Lage des Schatzes und der Vorkämpfungen erörtert und auf die Mittel hingewiesen, den Vorkämpfungen zu beschaffen, sowie auf die Maßnahmen, der Erhöhung des Wechselkurses vorzuziehen. Um den wachsenden Lasten nach Maßgabe des öffentlichen Vermögens und der privaten Einkommen zu begegnen, schlägt der Minister die Erhebung von direkten Steuern und indirekten Abgaben auf geistige Getränke, Wein, Bier, Apfelwein, Zucker und Tabak vor, wodurch dem Staatsschatz 900 000 000 Franc Mehreinnahmen gesichert würden. Das Privilegium der Branntweinbrenner soll beibehalten werden. Schließlich spricht der Minister über die Erhebung der Einkommensteuer. Die ersten Erfahrungen, die man mit ihr unter ungünstigen Bedingungen gemacht habe, seien immerhin ermutigend.

Auf Ersuchen des Ministerpräsidenten Briand hat die Kammer die Werpredung der Interpellation wegen der Jenseitigkeit verweigert. Bei dieser Gelegenheit erkannte Briand die Arbeit der Kammer an, deren Zusammenwirken mit der Regierung sich im Geiste des Krieges vollziehen müsse, und sagte hinzu: Wir stehen in einer entscheidenden Stunde, in welcher wir alles erschöpfen dürfen (lebhafter Beifall), in der ich aber auch sagen darf, daß ein tiefes, wahres, beinahe brüderliches Vertrauen zwischen Regierung und Kammer nötig ist, um den Kampf unseres Landes zu sichern. Von der Gemeinsamkeit unserer Arbeit hängt es ab, daß morgen der Sieg unsere Fahnen bestreift.

## „Burgfrieden“ in Frankreich.

Mit dem Burgfrieden in Frankreich sieht es trübe aus. Verschiedentlich mußte schon die Parteipresse heftige Angriffe der reaktionären Blätter gegen die Sozialdemokratie zurückweisen. Sie

konnte das um so leichter, als die Bourgeoisie sich zwar über ein Zusammentreffen von deutschen und französischen Sozialisten auf neutralem Boden hoch entzückte, aber kein Wort gegen die Werpredungen von deutschen, französischen und belgischen Geistlichen in Italien zu sagen wagte. Vor kurzem mußte sich nun die „Humanität“ mit einer Anschuldigung des „Temps“ beschäftigen, der eine lächerliche Behauptung über Werpredungen der französischen Sozialdemokratie an die deutsche und indirekt an die deutsche Regierung aufgestellt hatte. Der „Temps“ kam auf den Besuch des Genossen Müller vom deutschen Parteivorstand in Paris zurück und schrieb:

„Müller kam nach Paris, um zu versichern, daß seine Partei die Kriegskredite verweigern würde. Er erlangte, daß die französischen Sozialisten die Zurückziehung der Werdungstruppen auf acht Kilometer von der Grenze forderten.“

Dazu bemerkt Renaudel in der „Humanität“:

Der erste Satz ist richtig. Der zweite ist falsch. Wir verstehen sehr wohl den polemischen Teil, den der „Temps“ aus seiner Behauptung zu ziehen hofft. Könnte man nicht aus dem Moment, daß die französischen Sozialisten, um „einem Sozialisten des Kaisers“ Freude zu machen, die Zurückziehung der Werdungstruppen“ gefordert haben, irgend eine der guten Anlagen der Unvorsichtigkeit, um nichts Schlimmeres zu sagen, schmieden, auf die unser Kollege so lästern ist, wenn es sich um Sozialisten handelt?

Aber wie so fähig der „Temps“ nicht, daß er, indem er die Sachen so darstellt, nicht dem Sozialismus Unrecht tut, sondern Frankreich selbst, seinem Friedenswillen. Ja, die Sozialisten haben verlangt, und sie haben sich gestreut, daß M. Viviani alle Maßnahmen ergriffen hat, daß nicht ein unbedeutender Grenzzwischenfall als falscher Vorwand zur Entfesselung des Krieges dienen könnte. Nicht in der Zurückziehung der Werdungstruppen, sondern in der Festhaltung der Armeen auf zehn Kilometer von der Grenze.“ Gerade das habe den französischen Sozialisten das Recht gegeben, eben in der Werpredung vom 1. August zu erklären, wenn dieser und andere Beweise für den Friedenswillen der französischen Regierung aufrecht erhalten würden, so würde bei der Abstimmung über die französischen Kriegskredite nicht eine sozialistische Stimme fehlen.

Diese Tatsachen seien bekannt, warum bestrebe sich nun der „Temps“, sie zu vergessen? Nun aus dem gleichen Grunde, aus dem heraus er über eine Rede von Sembat folgendes schrieb:

„Der Klassenkampf wird ein Ende nehmen. Der Krieg gegen die kapitalistische Gesellschaft wird aufhören. Wenn die äußeren Feinde besiegt sind, wird sich keine Stimme mehr in Frankreich erheben, um den arbeitenden Massen die Industriebetten, die Arbeitsgeber, die Meister, die Kapitalisten als ihre natürlichen und ewigen Feinde zu denunzieren. Die verhassten Vorurteile, die die politische Leidenschaft zum Schaden des öffentlichen Friedens und der nationalen Macht nährt und denen sie schmeichelt, werden fallen. Wenn der verabscheuungswürdige deutsche Angriff eine solche Erneuerung zur Folge hätte, würde man beinahe geneigt sein zu sagen, daß er nicht zu teuer bezahlt wäre, so fruchtbar würden die leicht gewordenen Umwandlungen für die Zukunft des Landes sein.“

Mit aller Schärfe wendet sich Renaudel gegen das Ungeheuerliche des letzten Satzes. Die Millionen Toter, die verlassenen und erschlagenen Arbeiter, die ökonomischen und finanziellen Ruinen, alles das erscheint dem „Temps“ nicht zu teuer, wenn die Arbeiterklasse ihre legitimen Forderungen aufgibt. „Der Klassenkampf ist für das Proletariat niemals etwas anderes gewesen als die Konstatierung einer Tatsache. Diese Tatsache könnte die „Heilige Union“ in Zukunft mildern, aber sie könnte sie nur unterdrücken, wenn sie sich zur Annahme eines sozialen Regimes entschloße, wo die Kriegssolidarität sich in eine ständige Solidarität des Friedens umwandelt und nicht wieder zu dem Egoismus der Vergangenheit zurückkehrt.“ Die Helatomben des Krieges als ein Pfingstfest zu betrachten, sei ihnen niemals in den Sinn gekommen, sie seien im Gegenteil stolz darauf, bis zum letzten Augenblick gekämpft zu haben, um das Entsetzliche sowohl Frankreich wie Europa zu ersparen.

In den beiden folgenden Nummern kommt Renaudel noch einmal auf die Anschuldigung des „Temps“ zurück. Er stellt fest, daß Jaurès am 31. Juli zu Verdouze Mitteilung von dem Versprechen Vivianis gemacht habe, die französischen Truppen acht Kilometer von der Grenze entfernt zu halten. — Müller sei aber erst am 1. August in Paris angekommen. Renaudel fordert daraufhin den „Temps“ auf, seinen „Irrtum“ einzugehen, und da der „Temps“ auf alles schweigt, nennt Renaudel die Behauptung mit dem Namen, die sie verdient, sie ist eine Lüge.

## Von der französischen Zensur.

Die Blätter der Linken haben in Frankreich augenblicklich wieder sehr unter der Zensur zu leiden. „Bonnet Rouge“, „Journal du Peuple“, „Radical“, „Soleil“ sind für mehr oder weniger lange Zeit verboten; „Hommes du Jour“ mußte die Beschlagnahme einer Nummer über sich ergehen lassen.

In den Spalten des „Populaire du Centre“, der „Gazette“ und selbst der „Humanität“ mehren sich die weißen Stellen, wenn auch natürlich die „Humanität“ am wenigsten von den drei letztgenannten Blättern zu leiden hat. Am merkwürdigsten ist es aber der „Emancipation juive“ ergangen. Ihre ist der ganze dokumentarische Teil der letzten Nummer, das sind 14 Seiten von 26, gestrichen worden. Sie enthielten die wörtliche Wiedergabe der Dumadebatten über die jüdische Frage nach russischen Zeitungen, besonders der „Netsch“.

Als auch in republikanischen Frankreich ist es nicht immer gestattet, in den Zeitungen Berichte zu bringen, die im zarischen Ausland geduldet werden!

M. J. Quissou, der Vorsitzende der „Liga der Menschenrechte“ hat beim Konseilspräsidenten angefragt, ob er ein solches Vorgehen für zulässig halte.

## Verwundeten - Austausch.

Konstanz, 19. Mai. (W. Z. V.) Der Austausch von Schwerverwundeten hat gestern wieder begonnen. Um 7.40 abends traf der erste Zug mit kriegsuntauglichen Franzosen hier ein. Ein Zug mit deutschen Kriegsuntauglichen trifft am Sonnabendmorgen um 8.30 Uhr aus Frankreich hier ein. Der Transport franker Kriegsgefangener nach der Schweiz wird vorläufig eingestellt. Seit dem 1. Mai wurden in 15 Sonderzügen rund 6900 erfolgungsbedürftige französische Kriegsgefangene von hier nach verschiedenen Kurorten der Zentral- und Westschweiz transportiert.

## Entente-Zusicherungen in der Alandfrage.

Paris, 19. Mai. (W. Z. V.) „Echo de Paris“ meldet: Obwohl der schwedische Minister des Äußeren in seiner Erklärung im Reichstage nicht in Erörterungen eingetreten ist, erhielt gleichwohl Schweden von den Alliierten die Gewähr, daß die Alands-

inseln nach Beendigung des Krieges nicht besetzt bleiben würden.

## Regelung der Frage der Heimatlosen.

Kopenhagen, 17. Mai. (W. Z. V.) Der Minister des Innern brachte heute im Reichstag eine Gesetzesvorlage ein, wonach der Minister ermächtigt wird, auf Ersuchen Personen dänischer Abstammung das dänische Heimatrecht zu bewilligen, die in die dänische Staatsrolle aufgenommen sind oder waren und die nicht das Staatsbürgerrecht eines fremden Staates besitzen. Das Gesetz hat Gültigkeit bis zum Ende dieses Jahres und tritt sofort in Kraft. Bei der Einbringung der Vorlage führte der Minister aus, die Betroffenen könnten ganz besonders während der augenblicklichen kriegerischen Verhältnisse fremden Ländern gegenüber in eine schwierige Lage kommen, wenn diese meinten, ebenfalls Anspruch auf Ableistung der Militärpflicht der Betroffenen zu haben. Es liege in der Natur der Sache, daß diese Schwierigkeiten, besonders im Verhältnis zu Deutschland, hervortreten müßten. Nachdem solche sich herausgestellt hätten, seien, um Abhilfe zu schaffen, Verhandlungen zwischen der deutschen und der dänischen Regierung geführt worden. Die dänische Regierung hätte gemeint, daß ein einseitiges Vorgehen dänischerseits in dieser Angelegenheit unangebracht wäre. Die Verhandlungen, bei denen die dänische Regierung bei der deutschen verständnisvolles Entgegenkommen gefunden habe, seien nun soweit gediehen, daß die Regierung gemeint habe, eine Vorlage über die Gewährung des Heimatrechts an die genannte Gruppe der Heimatlosen einbringen zu müssen. Die Vorlage wurde darauf endgültig und einstimmig in beiden Kammern des Reichstages angenommen.

## Das russische Rote Kreuz und der Dampfer „Portugal“.

Berlin, 19. Mai. (W. Z. V.) Zu der Petersburger Meldung, wonach die russischen Mitglieder der nach Stockholm einberufenen Kommission von Vertretern des Roten Kreuzes ihre Teilnahme an der Tagung abgelehnt haben, weil das deutsche Mitglied sich geweigert hatte, das Bedauern über die Versenkung des russischen Zerstörerbootes „Portugal“ auszusprechen, wird von russischer Seite folgendes mitgeteilt:

Nach der amtlichen türkischen Darstellung hat der russische Dampfer „Portugal“ bei seiner Torpedierung durch ein türkisches Unterseeboot nicht die vorgeschriebenen Abzeichen des Roten Kreuzes getragen, auch Truppen und Kriegsmaterial befördert; die Versenkung ist somit gerechtfertigt gewesen. Das Deutsche Rote Kreuz konnte daher, ohne zu der amtlichen Darstellung in Gegensatz zu treten, dem Verlangen des russischen Roten Kreuzes, dem Bedauern über die Versenkung des Dampfers Ausdruck zu geben, nicht entsprechen. Es hat aber schon vor dem Eintreffen der Kommissionsmitglieder in Stockholm dem Russischen Roten Kreuz sein Bedauern über den Verlust von Mitgliedern des Roten Kreuzes aus Anlaß der Versenkung übermitteln lassen. Auch hat es, ebenso wie das Oesterreichische und das Ungarische Rote Kreuz, seinen Vertreter in der Kommission ermächtigt, gemeinsam mit den übrigen Kommissionsmitgliedern das Bedauern der an der Kommission beteiligten Verbände des Roten Kreuzes darüber auszusprechen, daß bei der Versenkung der „Portugal“ und des österreichischen Hospitalschiffes „Elektra“ Mitglieder des Roten Kreuzes verunglückt sind. Da die russischen Delegierten hierauf nicht eingegangen sind, hat die Kommission leider ihre Tätigkeit nicht beginnen können.

## Die Küstungen Kanadas.

Ottawa, 19. Mai. (W. Z. V.) Meldung des Ministerbüros. Das Parlament wurde heute vertagt. — In der Thronrede wird auf die große Wichtigkeit der Gesetze verwiesen, die während der eben beendeten Sitzung angenommen wurden, da sie wesentlich zum Siege beitragen würden; ferner wird die Aufmerksamkeit auf die heftigen Kämpfe an der Westfront gelenkt, wo man den Kanadiern die Verteidigung wichtiger Stellungen anvertraut habe. Im ganzen Lande sei der Ruf, dem Reiche in seiner Not beizustehen, monnhaft beantwortet worden. Fast 170 000 Mann seien bereits über die See geschickt und weitere 140 000 Mann würden in Kanada ausgebildet, um die nötigen Verstärkungen zu liefern. Während der ersten vier Monate dieses Jahres hätten sich mehr Rekruten gemeldet, als in irgend einer früheren Periode des Krieges.

## Chinesisch-japanische Reibungen?

Kopenhagen, 15. Mai. (W. Z. V.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Tokio: Die chinesische Regierung hat Einspruch gegen das Verhalten eines japanischen Regimentskommandeurs erhoben, welcher den Kommandeur einer chinesischen Division überreden wollte, vor den Revolutionären zu kapitulieren und die Unabhängigkeit Schantung zu erklären, damit die Anruhen ein Ende nähmen. Diesen Protest will die japanische Regierung Gerüchten zufolge mit einem Gegenprotest wegen der Ermordung eines japanischen Soldaten und der Vernichtung des japanischen Telegraphen in Schantung durch chinesische Soldaten beantwortet.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Pakete an Geesre Angehörige und Kriegsgefangene.

Unbestellbar zurückkommende Pakete an Angehörige des mobilen Heeres und an deutsche Kriegsgefangene im Auslande können häufig an die Absender nicht zurückgegeben werden, weil die ursprünglichen Adressangaben auf der Außenseite der Sendungen infolge Beschädigung oder Erneuerung der Umhüllung nicht mehr vorhanden oder unlesbar geworden sind und somit jeder Anhalt zur Ermittlung der Absender fehlt. Es wird deshalb empfohlen, bei derartigen Sendungen neben den vorge schriebenen Vermerken in der Paketaufschrift den Namen, Wohnort und die Wohnung des Absenders noch auf einem besonderen, in das Paket einzulegenden Zettel deutlich und vollständig anzugeben. Zu sonstigen schriftlichen Mitteilungen darf der Zettel nicht benutzt werden.

Es wird über die mangelhafte Verpackung der Pakete an die deutschen Kriegsgefangenen gesagt. Bei der Uebernahme an der französischen Grenze hat die Verpackung oft schon so gelitten, daß der Paketinhalte jedem Zugriff offen liegt. Den deutschen Absendern wird erneut empfohlen, Pakete an die Gefangenen recht sorgfältig und fest zu verpacken. Die deutschen Postanstalten sind angewiesen, Pakete, die den Anforderungen nicht genügen, zurückzuweisen.

Die Unterbrechung in der Beförderung der Kriegsgefangenenpakete nach Rußland durch die Eisverhältnisse auf dem Torneerkanal hat aufgehört. Solche Pakete werden daher von den Postanstalten wieder angenommen.

## Letzte Nachrichten.

### Verabschlagung holländischer Post.

Amsterdam, 19. Mai. (W. Z. V.) Die Post der Dampfer „Drachterland“ und „Grotius“ für Ostindien mußte in England zurückgelassen werden.



# Gewerkschaftliches.

## 50 Jahre Buchdruckerverband.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker feiert am heutigen 20. Mai den Gedenktag 50jähriger Tätigkeit. Versuche zur Gründung von zentralen Organisationen sind im Buchdruckerberufe allerdings schon früher unternommen worden. Am 11. Juni 1848 trat in Mainz eine National-Buchdrucker-Versammlung zusammen, die damals schon unter großer Begeisterung die Gründung eines Deutschen National-Buchdruckervereins beschloß. 10 000 Buchdruckergehilfen in 90 deutschen Städten entsandten Abgeordnete in diese Versammlung. Die Schiffe von 141 Städten hatten ihr Einverständnis mit der Gründung einer Zentralorganisation erklärt. Die einsetzende Reaktion verhinderte das Inkrafttreten der Organisation. Am 30. September 1849 erfolgte dann in Berlin die Begründung des Gutenbergbundes, der nicht zu verwechseln ist mit der gegenwärtig bestehenden Institution gleichen Namens, die ursprünglich ein Zusammenschluß von Arbeitswilligen aus dem Neunstundentag der Buchdrucker in den Jahren 1891/92 ist. Auch der damalige Gutenbergbund fiel gleich dem National-Buchdruckerverein der Reaktion zum Opfer. Am 25. Juni 1850 wurde der Gutenbergbund, das Zentralkomitee und der Berliner Lokalverein der Buchdrucker behördlich geschlossen. Nur das Vereinsorgan „Gutenberg“ konnte noch ein paar Jahre länger leben.

In den Pfingsttagen des Jahres 1866 fand dann ein Buchdruckeritag in Leipzig statt, der als „erster Buchdruckeritag“ firmierte und von 34 Delegierten aus 85 Städten in Vertretung von rund 4000 Gehilfen besucht war. Unter der Leitung des Vorsitzenden des Leipziger Fortbildungsvereins Richard Härtel beschloß man die Errichtung einer zentralen Organisation auf föderativer Grundlage. In ihrer Leitung wurde eine ständige Kommission von 19 Mitgliedern eingesetzt. Nach dem in der ersten Sitzung dieser Kommission erstatteten Bericht waren 3500 Verbandsmitglieder in 60 Städten und 32 Vereinen vorhanden. Im Jahre 1867 trat der Verband mit 4960 Mitgliedern in 350 Druckorten in Wirksamkeit. Zur Verbesserung der Lage der Verbandsmitglieder wurde zunächst eine Regelung des Unterstufungswezens ins Auge gefaßt und dann die Lohnfrage energisch in Angriff genommen. Eine Mitte 1868 eingeleitete Bewegung zur Abschaffung der noch allgemein üblichen Sonntagsarbeit war in vielen Orten mit gutem Erfolge gekrönt. Anfang der 70er Jahre setzten bereits die Bestrebungen ein, welche auf die tarifliche Regelung der aus dem Arbeitsverhältnis erwachsenden Beziehungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen abzielten. Diese Bestrebungen machten von jeher einen wichtigen Teil der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Buchdrucker aus. Dabei ist ihnen allerdings nichts erspart geblieben von alledem, was andere Arbeiter ebenfalls durchkosten mußten bei der Verwirklichung gewerkschaftlicher Forderungen. Der schwersten Kämpfe mit den Unternehmern hat es vielmehr bei den Buchdruckern bedurft, um die Gleichberechtigung der Gehilfen bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Die Anfang der 70er Jahre an verschiedenen Orten geltend gemachten Forderungen der Gehilfen zur Verbesserung der arg daniederliegenden Arbeitsverhältnisse veranlaßten den Vorstand der Prinzipalsorganisation, des 1869 gegründeten Deutschen Buchdruckervereins, zu einer umfassenden Aufsperrung der Verbandsmitglieder. Von 6900 Verbandsmitgliedern wurden rund 2000 in 300 Druckereien von der Aussperrung betroffen. Dank glänzender Opferwilligkeit konnte der Kampf durchgeführt werden, bis sich die Prinzipale zu Verhandlungen bereit erklärten. In diesen wurde durch die Schaffung eines Normaltarifs der Grund für den heutigen Reichstarif im Buchdruckgewerbe gelegt. Der Tarif von 1873 sah für die Akkordarbeit die Alphabetsberechnung vor, die einen wesentlichen Vorteil gegenüber der seitherigen Berechnungsmethode bedeutete, setzte den Minimallohn auf 19,50 M. fest und regelte die Bezahlung der Ueberarbeit. Die tägliche Arbeitszeit wurde auf zehn Stunden begrenzt. Für Orte mit verteuertem Lebenshaltung traten besondere Vereinbarungen Kraft.

Die ersten Jahrzehnte standen überhaupt für den Verband der Buchdrucker im Zeichen fortgesetzter Kämpfe. Neben den vielen Kämpfen örtlicher Natur zur Durchführung des Tarifs nimmt der um die Erringung des Neunstundentages geführte große Kampf der Buchdrucker im Jahre 1891/92 eine besondere Stellung ein. In diesem sich über ganz Deutschland erstreckenden Kampfe wurde der erste Versuch gewagt, den Neunstundentag auf der ganzen Linie des Gewerbes zu durchbrechen. Wenn auch von einem Teil der Gehilfen wesentliche Zugeständnisse erreicht wurden, so mußte doch nach erfolglosem opfermutigem und begeistertem Ausharren der Kampf abgebrochen werden. Trotz der Auflösung der Tarifgemeinschaft blieb der bis dahin geltende Tarif zwar formell in Kraft, aber unter den Nachwirkungen des erbittert geführten Neunstundentagkampfes trat eine teilweise Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und eine maßlose Lehrlingsgücherei ein; außerdem wirkte empfindlicher Lohnrückgang auf die Konkurrenzverhältnisse im Gewerbe. Unter diesen Umständen war es bezeichnend, daß sich in beiden Lagern die Erkenntnis der Notwendigkeit Bahn brach, ein neues Vertragsverhältnis einzugehen. Im Jahre 1896 traten die Mitglieder aller größeren Druckorte mit entsprechenden Forderungen an die Prinzipale heran und nach Ueberwindung mancher Schwierigkeit gelang die Abschließung eines neuen Tarifs mit erhöhter Entlohnung und neunstündiger Arbeitszeit.

Im Anschluß an diesen Tarifabschluß kam es im Verbandsrat zu äußerst heftigen inneren Streitigkeiten über die Tarifvertragsfrage. Einer der Hauptführer der Opposition war der damalige Redakteur G a s c h des offiziellen Verbandsorgans, des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“. Die Generalversammlung in Halle enthob deswegen G a s c h seines Postens als „Korrespondent“-Redakteur. Die Neuausarbeitung der Stelle ergab dann die Wahl R e z h ä u s e r s als Redakteur, der leider durch seine Redaktionsführung oft Anlaß zu Zwistigkeiten zwischen den Buchdruckern und der übrigen organisierten Arbeiterschaft gab. Der entlassene G a s c h gab dann die „Buchdrucker-Wacht“ als Organ der Opposition heraus. Sein Ausschluß und der von sechs Kollegen aus Leipzig, Dresden und Zwickau führte dann zur Gründung einer Sonderorganisation, deren Mitglieder sich längst wieder im Verbandsrat zusammengefunden haben.

Das Unterstufungswezen ist wohl in keiner Organisation derart ausgebaut, wie es im Verbande der Deutschen Buchdrucker der Fall ist. Die geringe Plutuation im Verbandsrat dürfte zu einem nicht unwesentlichen Teile auf den Aus-

bau dieses Unterstufungswezens zurückzuführen sein. Dasselbe ermöglicht den Mitgliedern des Verbandes aber auch, bei Arbeitsangeboten den Lohn- und Arbeitsbedingungen ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Sie werden nicht durch die Not gezwungen, Arbeit um jeden Preis anzunehmen. Im Jahre 1875 wurde die Reiseunterstützung geschaffen, 1876 die Invalidenunterstützung, 1880 die Arbeitslosenunterstützung und 1881 die Krankenunterstützung. Rund 49 Millionen wurden für diese Unterstützungszweige allein aus der Hauptkasse aufgebracht, ungerechnet die gleichfalls nach vielen Millionen zählenden Beträge aus den Kassen der Gauvereine und Mitgliedschaften des Verbandes.

Die Schaar jener Mitglieder, die am Jubiläumstage der Organisation 25, 30, 40 und 50 Jahre angehören, ist im Buchdruckerberufe unvergleichlich hoch: sie beträgt 7188. Von den 120 Verbandsveteranen, die auf eine 50jährige Mitgliedschaft zurückblicken können, gehörten 73 bereits vor der Gründung des Zentralverbandes örtlichen Organisationen an.

Erwähnung verdient schließlich noch, daß auch die internationalen Verbindungen bis zum Kriegsausbruch im Interesse der Mitglieder in praktischer Weise geregelt waren, indem diesen die Ansprüche auf Unterstützung durch Gegenseitigkeitsverträge auch im Auslande gesichert blieb.

Der ungeliebte Krieg störte natürlich die friedliche Entwicklung des Buchdruckerverbandes, der einen Mitgliederstand von 70 452 = 92 Proz. aller Berufsgenossen und ein Vermögen von 11 1/2 Millionen Mark aufzuweisen hatte, in empfindlicher Weise. Vom 2. August 1914 bis 31. März 1916 erforderten die Unterstützungszweige des Buchdruckerverbandes die Summe von 6 916 204 M. Davon entfielen 1 182 933 M. auf die außerstatutarische Unterstützung der Familien im Felde stehender Verbandsmitglieder. Dank der von jeher bewährten Opferbereitschaft der Buchdrucker vermochte selbst der gewaltige Sturm des Weltkrieges das innere Gefüge ihrer Berufsorganisation nicht zu erschüttern. Kraftvoll steht sie da als Wahrzeichen fester Entschlossenheit und eisernen Willens!

### Berlin und Umgegend.

#### Lohnforderungen in den Schraubenfabriken.

Zu dieser Frage nahm am Donnerstag eine gut besuchte Versammlung aller in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Stellung. Daß im Hinblick auf die ganze Gestaltung der Lebensverhältnisse eine Aufbesserung der Verdienste notwendig sei, war schon in einer früheren Versammlung festgesetzt worden. Jetzt handelte es sich in der Hauptsache um die Frage, wie man am besten dieser Notwendigkeit gerecht werden könne. Nach Erörterung der Situation kam die Versammlung zu dem Entschluß, daß in den in Betracht kommenden Spezialbetrieben betriebsweise vorzugehen sei, wofür sich vor Beginn der Versammlung auch die Vertrauensleute ausgesprochen hatten. Man einigte sich auf eine Forderung von 20 Proz., sowohl für Akkord- und Lohnarbeiter, als auch für die Arbeiterinnen. Für die Arbeiterinnen soll ein Mindest-Einstellungslohn von 50 Pf. pro Stunde zugrunde gelegt werden. Auch die jugendlichen Anfänger sind bei den Forderungen zu berücksichtigen. Es wurde noch betont, daß die Erhöhungen als Zuschläge zu den Löhnen und nicht als Feuerungszulage zu bezeichnen wären. Wo in den in Frage stehenden Spezialbetrieben die Arbeiter und Arbeiterinnen zur Stellung der Forderungen gewillt sind, wird ihnen die Branchenkommission zur Seite stehen.

## Aus der Partei.

#### Nach ein Wort zur „zeitgemäßen Feststellung“.

Die Redaktion des „Vorwärts“ hat in einem Artikel „Nach eine zeitgemäße Feststellung“ in Nr. 137 eines ihrer üblichen Redaktionschwänzchen angehängt, das dazu ansetzt, von dem Gegenstand der Erörterung abzulassen und die Leser zu verwirren. Das zwingt mich, zur Klarstellung des Sachverhalts noch einmal festzustellen, daß der „Vorwärts“ in seinem ersten Artikel die Bezeugung aufgestellt hatte, es könne sich niemand organisatorisch außerhalb der Partei stellen. Demgegenüber habe ich nachgewiesen, daß sich jährlich Tausende durch Einstellung ihrer Beitragszahlung außerhalb der Partei stellen und daß es in der Partei darüber keinen Streit geben kann, daß Parteigenossen, die sich weigern, die Parteibeiträge dem Organisationsstatut der Partei gemäß zu zahlen, damit organisatorisch aus der Partei auscheiden. Die „Vorwärts“-Redaktion erklärt darauf, daß sie ihre entgegengekehrte, in ihrem Artikel dargelegte Ansicht vollständig aufrechterhalte, geht aber mit keinem Wort auf meine sachliche Beweisführung ein. Sie hilft sich mit einem vom Kern der Sache ablenkenden Herumgerede, aus dem nur herauszulesen ist, daß ihr die selbstverständliche Feststellung, daß sich Parteigenossen mit der Einstellung ihrer Beitragszahlung außerhalb der Partei stellen, als organisatorische Schikane und Spießbücherei erscheint.

Darauf etwas zu erwidern erübrigt sich. Organisierte Arbeiter werden diese absonderliche Auffassung der Redaktion unseres Zentralorgans von der Bedeutung der Organisation richtig zu würdigen wissen. Otto Braun.

Das allzu verstaubte Scherzchen Brauns über das „Redaktionschwänzchen“ übergehen wir mit Rücksicht. Genosse Braun muß sich schon mit der für ihn schmerzlichen Tatsache abfinden, daß wir in unserer lehrerischen Verblendung Neuerungen von Parteiverbandsmitgliedern nicht als Offenbarungen höchster, unfehlbarer Weisheit hinnehmen und daß wir dazu sagen, was wir zu sagen für notwendig halten. Wenn Genosse Braun unseren sehr ernst gemeinten Hinweis auf den Geist unserer Partei als „Herumgerede“ bezeichnet, so wundert uns das von diesem Parteivorstandsmitglied nicht weiter und wir nehmen von diesem Stilk Selbstcharakteristik kein Kenntnis. Im übrigen haben wir unseren Bemerkungen nichts hinzuzufügen. Wenn Braun unsere Antwort als „ablenkend“ und „verwirrend“ empfindet, so ist das seine Sache; unsere Leser dürften unsere Warnung vor organisatorischen Schikanen um so besser verstanden haben.

**Berichtigung.** In unsere gestrige Notiz „Kommals berlogene Berichterstattung“ hat sich ein fälschlicherweise dort geführter Eintrag eingeschlichen. Am Schluß des ersten Absatzes muß es dort (über Gomo und die J. A.) heißen:

„In der Auseinandersetzung (nicht Auseinandersetzung) der Internationalen finden sich eben die sonst feindlichen Seelen...“

Auch beruhen Gomo's „Informationen“ offenbar auf Werner Caselatsch (nicht Berliner).

## Aus Industrie und Handel.

#### Krupp in München.

Die „Voss. Ztg.“ vom Donnerstagabend bringt in ihrem Sonderheft längere Ausführungen über den Kruppischen Plan, bei München eine Zweigniederlassung zu errichten. Es wird mitgeteilt, daß militärische Erwägungen es ratsam haben erscheinen lassen, die Geschw.- und Munitionsherstellung in Deutschland mehr zu dezentralisieren, als es bisher der Fall war. Ausdrücklich wird für die Niederlassung bei München sei aber vor allem der längst gehegte Wunsch der bayerischen Regierung getrieben, in Bayern

eine Waffenindustrie großzuziehen, die es ihr ermöglicht, den Bedarf der bayerischen Truppen innerhalb des Königreichs möglichst restlos zu decken. Weiter bemerkt das Blatt, es werde nicht ohne Grund damit gerechnet, daß die Krupp-Gründung nur ein erstes Glied in einer nachfolgenden Reihe von Unternehmungen bildet, die darauf hinauslaufen, in Bayern allmählich eine Großindustrie ins Leben zu rufen. Daher habe auch die Stadt München im Anschluß an die von Krupp erworbenen 1100 Tagewerke (1 Tagewerk gleich 40 000 Quadratfuß) sofort ein großes Industriegebiet von 330 Tagewerke angekauft und weitere 200 Tagewerke aus altem Besitz mit Gleisanschluß zu gleichem Zweck zur Verfügung gestellt. Das, was Bayern einer künftigen Großindustrie bieten könne, sind seine Wasserkraft und sein zunächst noch des Ausbaues bedürftiges Wassertrahensystem, das den Verkehr die Donau abwärts zu dem Wallon und Orient vermitteln soll. (z)

Auf die vierte Kriegsanleihe sind in der Zeit vom 6. bis 15. Mai 215 Mil. M. neu eingezahlt worden. Dadurch ist die bisherige überhaupt geleistete Einzahlung auf 8919 Mil. M. gleich 83,8 Proz. des gesamten gezeichneten Betrages gestiegen. Die von den Darlehensgläubigern für die Zwecke der vierten Kriegsanleihe bereitgestellten Darlehen verminderten sich in der Berichtswochen um 35,6 Mil. M. und betragen nur noch 318,6 Mil. M.

## Berichtszeitung.

#### Bundesratsverordnung über Entlassung der Gerichte.

Entsprechend einer vom Reichstag am 8. April 1916 angenommenen Resolution hat der Bundesrat in seiner Sitzung vom Donnerstag einige Änderungen der Verordnung zur Entlassung der Gerichte, vom 9. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 562) beschlossen. Das Mahnverfahren vor den Landgerichten kommt in Fortfall. Im obergerichtlichen Mahnverfahren wird an die Stelle der einwöchigen Widerspruchsfrist eine bewegliche, den Vorschriften über die Einlassungsfrist entsprechend zu bemessende Frist gesetzt. Die Einschränkung der Erhaltungsfähigkeit von Anwaltsstellen (§ 19) wird aufgehoben. Die Zulässigkeit der Berufung und Beschwerde wird in einer den Wünschen der Mehrheit des Reichstags entsprechenden Weise erweitert. Dem Antrage der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die Vereinfachung der Berufung in zivilrechtlichen Sachen bis 50 M. aufzuheben, ist nicht stattgegeben. Die Änderungen treten mit dem 22. d. M. in Kraft.

#### Ein Jahr Gefängnis wegen Ueberschreitung von Höchstpreisen.

Wolffs Bureau meldet: Wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1914 (Höchstpreise für Metall-) wurden von der Strafkammer I des königlichen Landgerichts II Berlin gestern die Direktoren des Hüttenwerks Niederschöneweide (vormals J. F. Ginsberg, Berlin-Nieder-Schöneweide), G. und F., zu der Höchststrafe von je einem Jahr Gefängnis und je 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

#### Butterangebote.

Ein nicht alltäglicher Verstoß gegen die für Butter festgesetzten Höchstpreise führte gestern den Kaufmann Bruno Versch aus Charlottenburg vor die 3. Strafkammer des Landgerichts III.

Der Angeklagte kündigte im Dezember v. J. an, daß er imstande sei, Butter aus dem Auslande zu beschaffen. Die sich meldenden Personen erhielten zunächst einen Prospekt zugestellt, mit der Ueberschrift: „Beste dänische Butter in Postpaketen erhältlich“. Der Angeklagte teilte ferner darin mit, daß er am 16. Dezember nach Kopenhagen abfahre und dort Butter kaufen werde. Er offerierte den Interessenten ein Postpaket von netto 9 Pfund Inhalt, welches sich einschließlich aller Kosten, Verpackung und Porto auf 31,50 M. stellen würde. Zugleich mit dem Auftrage müßte dieser Betrag dem Angeklagten zugestellt werden, das Paket würde dann in höchstens einer Woche im Besitze der Besteller sein. Dann hieß es in dem Prospekt: „Sollte ich wider Erwarten durch höhere Gewalt (z. B. durch inzwischen etwa erfolgendes Ausfuhrverbot der dänischen Regierung) in Kopenhagen die gewünschte Butter nicht kaufen oder nicht zur Post gehen können, so verpflichte ich mich, den erhaltenen Betrag durch Postanweisung abzüglich Porto zurückzugeben usw.“ Bei der herrschenden Butterknappheit in Deutschland fanden sich mehrere Personen — darunter auch einige Charlottenburger Stadträte —, welche diese Gelegenheit, überhaupt zu Butter zu gelangen, gern ergriffen, um selbst für den sich herausstellenden Preis von 3,50 M. pro Pfund sich 9 Pfund Butter zu verschaffen. Sie zahlten infolgedessen das Geld ein. Der Angeklagte hatte so kalkuliert, daß, wenn auf die 300 Prospekte, die er verhandelt, eine genügende Anzahl Bewerber sich meldeten, er pro Pfund 2,50 M. verdient haben würde. Der Plan scheiterte aber schließlich daran, daß ein Empfänger des Prospekts mit Unrecht hinter dem ganzen eine Unrechtlizität witterte und den Prospekt der Polizei unterbreitete. Die Folge davon war, daß der Angeklagte seinen Post erhielt und die Reise nach Kopenhagen nicht antreten konnte. Er hat den Restantanten ihr Geld zurückerstattet, sich aber eine Anklage wegen Ueberschreitung des Höchstpreises zugezogen. Das Charlottenburger Schöffengericht hatte auf Freisprechung erkannt, weil es den Angeklagten nur für einen Vermittler, nicht aber für einen Selbstkontrahenten hielt. Die Strafkammer stellte sich auf entgegengelegten Standpunkt und verurteilte den Angeklagten zu 100 M. Geldstrafe.

#### Urteil im Nepper-Prozess.

Der umfangreiche Strafprozeß gegen den Darlehensschwindler und „Vorfuß-Nepper“ Karl Winkler, der seit ein Jahr und 10 Monaten in Untersuchungshaft sitzt, ist gestern von der 1. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schwarze zu Ende geführt.

Der Vorsitzende verkündete das Urteil dahin: Der Gerichtshof habe keinen Zweifel, daß der Angeklagte von vornherein auf Vorsühnepperei ausgegangen sei, unterstützt durch Ausläufer von Winkelausfunktionen, und die von ihm beliebte Inhaltstaktik. Die Gestaltung solcher Darlehensgeschäfte habe er von seinem Lehrentmeister Eichbaum gelernt. Das Geschäft war außerordentlich umfangreich, das ganze Verhalten Winklers kennzeichnete sich als Ausfluß eines erheblichen verbrecherischen Willens, er habe das, was er bei Eichbaum gelernt, in erhöhtem Maße weiter ausgebaut. Er habe außerordentlich hohe Jahreseinnahmen gehabt, aus Vorsühnen allein eine Reineinnahme von jährlich etwa 48 000 Mark, so daß er für seine Person ganz erhebliche Ausgaben gemacht haben müsse, obwohl er seiner ganzen Herkunft und seiner geringen Bildung nach nicht das Recht gehabt hätte, jahrelang so zu leben, wie er gelebt hat. Er habe in der Hauptsache arme Leute, kleine Beamte, Arbeiter usw. nicht nur um die Vorsühne gebracht, sondern sie auch in schwere Wechselverbindlichkeiten verwickelt. In kalter und ganz rücksichtsloser Weise habe er von den Vermittlern der Armen Vorteile gezogen. Wenn ihm auch seine Unbedachtsamkeit, seine Krankheit, sein Geständnis und seine Reue zugute kommen, so handle es sich doch um ein für die Allgemeinheit höchst gefährliches Treiben, so daß die Strafe, schon zur Abschreckung für andere unsolide Vermittlergeschäfte dieser Art, hoch ausfallen müsse. Der Gerichtshof hat den Angeklagten zu 4 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 1 Jahr 6 Monaten Untersuchungshaft und zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.



Reichstag.

50. Sitzung. Freitag, den 19. Mai 1916, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kommissare. Die zweite Beratung des

Etats für das Reichsamt des Innern

wird fortgesetzt.

Abg. Giebel (Soz.):

Daß in der jetzigen Zeit die Sozialpolitik nicht stillstehen darf, halten meine politischen Freunde für selbstverständlich. Vor allem kommt es aber auf den Inhalt und das Tempo der Sozialpolitik an, namentlich für die Zeit nach dem Kriege. Die Lebensinteressen der Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen, der Angestellten im Reich, Staat und Gemeinden sowie in den Privatbetrieben sind mit den Allgemeininteressen identisch, deshalb muß aus den Kriegserfahrungen die Lehre gezogen werden, die Arbeiterinteressen als Allgemeininteressen des Volkes künftig nicht mehr denn je staatlich zu schützen und zu fördern. Das heißt nichts anderes, als das deutsche Volk leistungsfähig und widerstandsfähig zu halten auf allen Gebieten. Das haben auch hervorragende Leute, die nicht auf dem Boden der Anschauungen meiner Freunde stehen, anerkannt, ich nenne nur den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Kaufmann. Daß die Bestrebungen, Deutschlands Wirtschaftsleben auch nach dem Kriege zu erdrosseln, ergebnislos sein müssen, glaube ich ebenso wie der Abg. Giesberts; dazu sind die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker viel zu eng. Aber um so dringender ist eine großzügige Sozialpolitik auch nach dem Kriege — ist doch das größte und wertvollste Vermögen einer Nation die menschliche Arbeitskraft, von der so viel durch den Krieg vernichtet wird und die daher nach dem Krieg nur um so mehr geschätzt und gefördert werden muß. Durch den Krieg ist der allgemeine Lebensstand, den die Arbeiter erreicht haben, auf das schwerste erschüttert. Das gilt nicht minder für den gewerblichen Mittelstand. Der arme ist armer geworden, während eine Reihe von Kapitalinteressengruppen recht hohe Kriegsgewinne gemacht haben. Die Teuerung wirkt auf die Lohnempfänger wie eine Lohnverminderung von 50 Proz. Gewiß haben manche Rohstoffanten die Löhne wegen der Teuerung erhöht, doch handelt es sich da nur um einen ganz geringen Ausgleich. Auch die Kriegslöhne, die manche Arbeiter erhalten, bedeuten keineswegs einen Ausgleich für die Teuerung, zumal die Arbeitskraft in der Kriegswirtschaft auf das äußerste angestrengt wird, ist doch die Arbeitszeit in der Kriegswirtschaft um 30 bis 50 Proz. verlängert worden. Viele Unternehmer gewähren keine Teuerungszulagen. In einer Privatfabrik sind Arbeiter, die unter dem Druck der Teuerung um eine Lohnverhöhung eingekommen waren und Unterschriften dafür gesammelt hatten, kündigunglos entlassen worden. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und das Antreten der Arbeit auf einer anderen Grube wurde ihnen unmöglich gemacht. Das ist ein trauriger Fall von Bruch des Burgfriedens, der doch zwischen Kapital und Arbeit eingehalten werden soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch sonst haben die Vergarbeiter vielfach wegen schändlicher Verrechnung der Löhne zu klagen. In verschiedenen Industrien sind die Löhne nicht nur erhöht, sondern sogar verringert worden. Es sollten überall schiedsgerichtliche Instanzen bei solchen Differenzen zwischen Kapital und Arbeit eingerichtet werden und diese Instanzen sollten auch in den Dienst der Privatangestellten gestellt werden. Auch diese haben in den Kriegswirtschaften keine guten Erfahrungen gemacht. Bei einem großen Berliner Betriebe hatten die Angestellten um eine Teuerungszulage gebeten, aber erst als sie sich an die Öffentlichkeit wandten, kam die Elektrizitätsgesellschaft teilweise den Wünschen der Angestellten nach, jedoch aber einen erheblichen Teil der Angestellten von der Teuerungszulage aus.

Frauenarbeit.

Hunderttausende von Frauen sind in fast alle Berufe als Arbeiter und Angestellte eingetreten, selbst in Berufe, die eigentlich für die weibliche Arbeitskraft mit Rücksicht auf den weiblichen Organismus gar nicht geeignet sind. Es ist leider zu befürchten, daß der wirtschaftliche Zwang für die Frauen, verdienen zu müssen, auch nach dem Kriege noch bestehen bleiben wird, schon deshalb, weil aller Voraussicht nach die Verteuerung des ganzen Lebensunterhalts anhalten wird. Angesichts des großen Verlustes an Männern im Kriege wird auch die deutsche Volkswirtschaft kaum ohne die Frauenarbeit auskommen. Den Unternehmern ist dieser Zustand natürlich sehr willkommen, denn die Löhne, auch für schwerarbeitende Frauen und Mädchen sind sehr niedrig. Das ist vom Deutschen Vergarbeiterverband z. B. auch für den Bergbau festgestellt. Reist stehen die Löhne der Frauen und Mädchen 50 Proz. bis 60 Proz. unter den Löhnen der Männer, trotzdem die Unternehmer selbst das Geschick und die Leistungsfähigkeit der Frauen anerkannt haben. Selbst die Entlohnung für Frauen wesentlich niedrigere festgesetzt als für Männer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus dieser verkehrten Frauenarbeit ergeben sich für die Zukunft erste Gefahren für unsere Volksernährung. Daraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit eines obligatorischen „Mutterschafts- und Säuglingsgesetzes“. Wir hoffen, daß die Lehren des Krieges dazu führen werden, daß künftig unsere Forderungen auf diesem Gebiete nicht auf Widerstand stoßen werden wie bisher. Dem Antrag Verzicht in dieser Richtung, der sich mit dem deckt, was wir bisher vertreten haben, stimmen wir natürlich zu. Vor allem müssen aber, wie das unter Antrag fordert, die Ausnahmen von den Schutzbestimmungen für Jugendliche und Arbeiterinnen sofort wieder beseitigt werden. Es wird jetzt im Kriege förmlicher Hausbau getrieben mit der Arbeitskraft der Jugendlichen, dem sohdarfen Gute der Nation. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Allein in Berlin sind weit mehr als 90000 Jugendliche unter 18 Jahren beschäftigt. Man sagt, die geringere Arbeitszeit für Jugendliche und für Frauen mache technische Schwierigkeiten, da sie mit Männern um selben Betrieb arbeiten. Ein Beweis dafür ist nicht gegeben. Man könnte ja doch auch an Stelle der Frauen, die zu einer bestimmten Zeit aufhören, andere einstellen anstatt die ersteren so lange arbeiten zu lassen. An einem Angebot von weiblichen Arbeitskräften hat es noch niemals gefehlt. Dann sagt man, das völlige Verbot der Ausnahmestimmungen sei für Schlesien undurchführbar. Nun ist, was ändert denn dann, in anderen Bezirken, wo es möglich ist, der längeren Arbeitszeit der Frauen und der Jugendlichen ein Ende zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sparzwang für Jugendliche

erhoben. Mit der Teuerung ist eine so generelle Verfügung für alle Jugendliche nicht in Einklang zu bringen. Niemand kann doch behaupten, daß auch nur ein großer Teil der Jugendlichen zu leichtsinnigem Lebenswandel neigt. Es kam sich da höchstens um 5 bis 10 Proz. handeln. Dieser Sparzwang wirkt geradezu schädlich, indem er den Jugendlichen die Freude am Erwerb nimmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sehr viele Jugendliche haben ihren Verdienst mit Freuden ihrer Mutter ausgehändigt, weil sie sich in dieser schweren Zeit mit Stolz als Träger des Unterhalts der Familie fühlten. Diese Sparzwänge sind umso mehr zu beklagen, als sie zum Teil auch eine Beschränkung der Freizügigkeit enthalten, wie der Erlaß im Bezirk des 10. Armeekorps. Und will man denn für

jeden Arbeitgeber die Garantie übernehmen, daß er die Sparsummen auch auf Heller und Pfennig abführt, namentlich in der Kriegszeit, wo recht zweifelhafte Elemente, sogenannte Schieber, sich bei den Unternehmern eingeschoben haben. Wer wird dann den Jugendlichen die hinterzogenen Summen ersetzen? Auf die Frage, ob für derartige Erlasse überhaupt ein gesetzlicher Boden vorhanden ist, ist in der Kommission keine Antwort erteilt worden. Um so mehr sollte die Reichsregierung dafür sorgen, diese Erlasse aus der Welt zu schaffen und ich bitte unseren dahingehenden Antrag anzunehmen.

Daß das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt sich jetzt bereit erklärt hat, Mittel zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aufzuwenden, ist erfreulich, wenn diese Bereitwilligkeit auch sehr spät erfolgt. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß im Gesetz durch den § 38 eine Handhabe für solche Aufwendungen nicht gegeben ist. Die Kommission hat daher gewünscht, den § 38 des Versicherungsgesetzes entsprechend zu ändern und ich bitte diesen Antrag anzunehmen.

Bei Kriegserkrankten wird auch für die in die Ehe eingebrachten Kinder Unterstützung gewährt. Ich bitte diesen Grundatz auch auf das Mannschaftsversorgungsgesetz zu übertragen und Kriegsinvaliden auch in solchen Fällen zu gewähren, falls nicht etwa anderweitig eine Unterhaltspflicht vorliegt. — Bedauerlich ist, daß bei der Hinterbliebenenrente immer noch Aufrechnungen vorgenommen werden, für die die rechtlichen Unterlagen im Gesetz vollständig fehlen. Die Verhandlungen darüber, ob das Verbot der Nacharbeit im Vädereigewerbe auch nach dem Kriege aufrechterhalten werden soll, sind noch immer nicht zum Abschluß gekommen. Eine Mäßigung dieser Frage ist aber dringend notwendig. Die Leute müssen wissen, ob sie sich auf einen Betrieb mit oder ohne Nacharbeit einrichten haben. Sehr wichtig ist ferner die Frage, welche Vorkehrungen für die Ueberleitung in die Friedenswirtschaft getroffen werden sollen. Im Arbeitsnachweiswesen müssen organisatorische Maßnahmen auf breiterer Grundlage getroffen werden, damit die Zustände, die wir bei Ausbruch des Krieges erlebt haben, nicht nach Beendigung des Krieges wiederkehren. Hierher gehört auch die Frage der

Arbeitslosenfürsorge.

Immer weitere Kreise der Arbeiter bedürfen derselben Fürsorge, die man den Regulararbeitern hat zuteil werden lassen. Die heimkehrenden Krieger dürfen für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit keinesfalls sich selbst überlassen werden. Es wird sich jedenfalls eine Weiterzahlung der Familienunterstützung notwendig machen, bis der heimkehrende Krieger den ersten Lohn verdient hat. In Österreich ist für die Privatangestellten eine sehr günstige Regelung getroffen insofern, als sie einen Anspruch darauf haben, nach ihrer Wiederkunft zum Militär wieder an der alten Stelle beschäftigt zu werden. Das muß sich auch bei uns durchsetzen lassen. Auch sehr viele Arbeiter, die sich in Betriebsläsen durch lange Mitgliedschaft Rechte erworben haben, sind daran interessiert, in den alten Betrieb wieder zurückzukommen, damit sie nicht ihre alten Rechte verlieren. Auch die Frage taucht auf, was mit den Rechten der Mitglieder solcher Betriebsläsen wird, die als Invaliden zurückkehren. So stellt der Krieg selbst eine ganze Reihe sozialpolitischer Anforderungen an die Gegenwart. Auf jeden Fall muß die Sozialpolitik nach dem Kriege kraftvoll fortgesetzt werden. Ich will hoffen, daß mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit dieser Dinge die Männer im Reichsamt des Innern dafür sorgen, daß durch eine großzügige Sozialpolitik die täglichen Wirklungen des Krieges für die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk überhaupt soweit wie möglich beseitigt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Richter:

Die große Bedeutung einer pflichtlichen Sorge für das Wohl der Weiblichen und Jugendlichen erkennt die Verwaltung durchaus an. Ausnahmen von den Schutzbestimmungen sind nur in ganz besonderen Fällen für einzelne Betriebe gemacht worden. In dem betreffenden Rundschreiben des Reichsanzalters an die Bundesregierung ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß nur im allerdringendsten Bedarfsfall solche Ausnahmen gestattet werden. Jeder Antrag eines einzelnen Betriebes geht zunächst an den Gewerbeinspektor, und wenn dieser auf Grund seiner Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse die Ausnahme nicht für notwendig hält, wird sie von der höheren Verwaltungsbehörde auch nicht genehmigt. Der vorliegende Resolution kann man aber in der Kriegszeit doch nicht zustimmen. Es gibt doch Betriebe, denen eine so große Zahl von Arbeitern durch den Militärdienst entzogen worden sind, daß sich eine Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in ihnen nicht ganz vermeiden läßt. In der Schwerindustrie finden die Frauen so lohnende Beschäftigung, daß es auch sie selbst sehr schwer treffen würde, wenn man jetzt künftliche Ausnahmen beseitigen würde. Aber sobald der Krieg beendet sein wird, werden wir erneut prüfen, ob nicht die Ausnahmestimmungen bald beseitigt werden können, sofort wird es auch gar nicht möglich sein. In der Schwerindustrie wird übrigens, soweit es irgend geht, darauf gehalten, daß die Frauen nicht länger als acht Stunden beschäftigt sind. — Der Sparerlaß ist lediglich von militärischen Stellen ausgegangen, das Reichsamt des Innern ist mit ihm nicht befaßt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Militärbehörde hat sich dabei sicher von der besten Absicht leiten lassen. Es mag sein, daß der Erlaß in einzelnen Fällen nicht zureichend ausgeübt oder auch nicht gerade glänzend von dem betreffenden Generalkommando gefaßt worden ist. Jedenfalls ist es der Wunsch des Kriegsministeriums, daß die ganze Frage nochmals geprüft wird. Die Wirkungen werden verfolgt werden, und sollten sich etwa die Nachteile als größer herausstellen als die Vorteile, so würde er aufgehoben werden. Unser Ziel ist jedenfalls, daß die Schäden des Sparerlasses beseitigt werden. — Das Nacharbeitverbot besteht bekanntlich während des Krieges und es gilt so lange, bis es vom Reichskanzler nach dem Kriege aufgehoben wird. Es ist also vorläufig gesichert. Auf jeden Fall wird rechtzeitig eine Regelung getroffen werden, damit keine Lücke in den Maßnahmen in dieser Beziehung auch nach dem Kriege eintritt.

Daß wir nach dem Friedensschluß mit einem großen Heere von Arbeitslosen zu rechnen haben werden, glaube ich nicht. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß eine starke Nachfrage auf allen Gebieten herrschen wird. Es wird doch sicher jeder Arbeitgeber das Bestreben haben, seine früheren Arbeitskräfte wieder in den Betrieb zu bekommen. Wir beschäftigen uns aber selbstverständlich auch mit der Frage der Arbeitslosenfürsorge.

Abg. Gothein (Sp.):

Gegen Sinn und Wortlaut des Unterstützungsgesetzes ist vielfach verfahren, namentlich in ländlichen Bezirken. Ist doch z. B. einer 70jährigen Witwe die Unterstützung verweigert worden, weil sie monatlich 4,15 M. von der Gutsverwaltung und 2,50 M. von der Stadt bekommt, und der Reichsanzalters hat das für ausreichend erklärt. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Unterstützung sollte nicht bloß an Kriegertamilien gewährt werden, sondern an alle Familien, die durch den Krieg in Not geraten sind. Auch muß der Reichsanzalters für die Unterstützung erhöht werden, wie die Kommission es wünscht. Auch sollte, wenn die Mutter stirbt, der auf sie entfallende Unterstützungsbetrag für Kinder weiter gezahlt werden. Dielem Wunsch der Kommission stimmen wir zu. — Daß im Kriege Ausnahmen von den Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche gemacht werden, ist erklärlich. Aber darin wird entschieden zu weit gegangen. Freilich kann in manchen Industrien die Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche nicht anders festgelegt werden wie für die erwachsenen männlichen Arbeiter, weil sie einander in die Hand arbeiten müssen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Zustimmung bei der Volkspartei.)

Den Versuchen, das deutsche Wirtschaftsleben nach dem Kriege durch Wollfrottierung zu erdrosseln oder nur erheblich zu schädigen, können wir mit Gemütsruhe entgegensehen. Bei der starken Beschäftigung der Industrie nach dem Kriege werden wir die weiblichen Arbeitskräfte nicht entbehren können. Um so notwendiger ist ihr Schutz gegen übermäßige Ausbeutung. Soweit die Resolutionen das fordern, stimmen wir ihnen zu. Notwendig ist auch, recht frühzeitig für Regelung und Zentralisierung der Arbeitsvermittlung zu sorgen. — Nicht frühzeitig, schon im Kriege, müssen wir unseren Schiffsbau fördern.

Abg. Strejmann (nalk.):

Vielleicht wird das Reichsamt des Innern geteilt werden müssen, indem ein eigenes Reichshandelsamt oder ein Reichsamt für Handel und Industrie geschaffen wird. An der gegenwärtigen Kammerorganisation müssen ja die besten Kräfte zu Grunde gehen. England, Frankreich, die Vereinigten Staaten von Nordamerika besitzen längst ein eigenes Handelsamt. Wäre die Teilung schon früher erfolgt, so wäre unsere wirtschaftliche Robustmachung sicherlich besser konstatieren gegangen. Uebrigens ist die Nachvorsorge für unentbehrliche Rohstoffe der beste Beweis, wie weitestern uns die Gedanken an Krieg und Welteroberung lagen, sonst hätten wir wohl nicht noch im Juli 1914 Getreide ausgeführt. (Sehr richtig! b. d. Rail.) — Der Friedensschluß muß auch ein wirtschaftlicher sein und darf nicht mit einem Saldo zum Schaden unserer Volkswirtschaft enden. Deshalb müssen auch alle Gewalttaten gegen deutsches Eigentum im Ausland beachtet werden. Wer tut das bei uns, wer bereitet bei uns den Gegenstand vor, falls es England gelingt, eine Wirtschaftskoalition gegen uns aufzuheben zu bringen. Hierzu brauchen wir notwendig ein eigenes Handelsamt mit einem eigenen Staatssekretär. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Der Haß wird freilich nicht dauernd sein. Aus Liebe hat uns auch vor dem Kriege niemand etwas abgekauft. (Sehr richtig!) Der Sparzwang, der erst bei einer gewissen Höhe des Lohnes eintritt, hat gewiß etwas Erziehlisches. — Der neue Staatssekretär möge mit weitestehendem Blick unsere wirtschaftliche Zukunft sicherstellen und mit sozialpolitischem Verständnis den Weg sozialpolitischer Fortschritt gehen, den wir auch in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis und der Anspannung aller Elemente für notwendig halten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Die Weiterberatung wird vertagt auf Sonnabend 11 Uhr. Schluß gegen 6 Uhr.

Die Abänderung des Vereinsvereinsgesetzes.

Die Kommission, der die Novelle zum Vereinsgesetz zur Vorberatung überwiesen wurde, trat am Freitag zusammen. Gleich bei Beginn der Sitzung verlangte Abg. Dr. Oertel Vertagung, weil die Konservativen durch die Verhandlungen über das Steuerkompromiß zu stark in Anspruch genommen sind. Gegen diesen ganz unvorhergesehenen Verschiebungsversuch wandten sich der Vorsitzende Abg. Dr. Junz und Müller-Weinigen. Der Antrag auf Vertagung wurde abgelehnt. Nun versuchte es Dr. Oertel auf andere Weise. Er verlangte eine Ergänzung der Begründung durch Abdruck aller Gerichtsentscheidungen, die sich auf das Vereinsgesetz beziehen.

Zu der Diskussion über diesen Obstruktionsversuch wurde betont, daß die Zusammenstellung dieser Entscheidungen ein dickes Buch geben würde. Der neue Verschiebungsantrag wurde ebenfalls abgelehnt. — Endlich konnte in die sachliche Beratung eingetreten werden.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat folgende Änderungsanträge gestellt:

Den § 3 des Vereinsgesetzes wie folgt zu fassen: Ein Verein, der bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben. Nicht als politische Vereine gelten Vereine von Berufsgenossen oder Angehörigen verschiedener Berufe und Standesvereine, auch wenn sie zur Verfolgung ihrer Zwecke politische Gegenstände in Versammlungen erörtern.

Der § 12 (Sprachenparagraf) soll gestrichen werden; ebenso der ganze § 17 (Angeklagtenparagraf). Dem § 23 soll hinzugefügt werden: Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen ländliche Arbeiter und Dienstboten wegen Einstellung der Arbeit oder Verhandlungen zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit. — In Konsequenz dessen soll Absatz 3 im § 24 gestrichen werden.

Abg. Regien (Soz.) führt aus, daß seine Fraktion keine Änderungsanträge gestellt habe. Daran dürfe aber nicht etwa der Schluß gezogen werden, daß man mit der Vorlage zufrieden sei. Es soll nur verhielt werden, daß die Vorlage, die immerhin einen kleinen Fortschritt bedeutet, schließlich ideiert. Damit gibt man weder den Wunsch, noch das ernste Bestreben auf, das Vereinsgesetz noch weiter zu verbessern.

Abg. Dr. Oertel bezeugt die Vorlage als für die Konservativen unannehmbar, wenn davon festgehalten werden soll, daß Jugendliche den Vereinen beitreten dürfen. Redner jetzt auseinander, daß auf diese Weise die Jugend so ziemlich an der Förderung aller politischen Fragen sich beteiligen könnte, bis herunter zu den Kindern von neun Monaten! Zeitungsausleger und Regelungen sollen Politik treiben dürfen. Mittlerweile hatten auch die Polen den Antrag eingebracht, den Sprachenparagrafen zu streichen.

Abg. Gröber (Sp.): Man legt der Vorlage eine Bedeutung bei, die sie gar nicht hat. Sie soll nur klar zum Ausdruck bringen, was der Reichstag bei Schaffung des Gesetzes gewollt hat. Die Vorlage ist nötig geworden, weil die Praxis Wege eingeschlagen hat, die im Gegensatz zu den Absichten des Reichstages stehen. Sicher ist, daß auch die neue Vorlage mit Definitionen arbeitet, die der Auslegung einen weiten Spielraum lassen. Vollfragen können schließlich eine Lebensfrage für die Gewerkschaft sein; deshalb müssen sich diese Vereine damit befassen können. Wahlrechtsfragen sind unter Umständen Erziehungsträger für den gesellschaftlich organisierten Arbeiter. Die jetzige Fassung der Vorlage ist aber so unbestimmt, daß damit die Uebelstände, die sich herausgebildet haben, nicht unbedingt beseitigt werden. Allerdings ist es eine Unmöglichkeit, völlig klare Bestimmungen zu treffen.

Abg. Müller-Weinigen: Die Schwierigkeit, eine klare Fassung zu finden, die jede mißbräuchliche Deutung ausschließt, ist leider nicht zu beseitigen. Die Jugendlichen von den Gewerkschaften fernhalten zu wollen, ist direkt sinnlos.

Direktor Lewald stellt fest, daß der Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu § 3 für die Regierung unannehmbar ist.

Abg. Heine: Besser wäre es gewesen, man hätte der dem Reichstag im Sommer 1915 beschlossenen Abänderung des Vereinsgesetzes zugestimmt, dann hätte man jetzt diese Debatten nicht. Die Praxis der landesrechtlichen Behörden hat sich glatt über den Willen des Gesetzgebers hinweggesetzt. Der vorliegende Entwurf ist weiter nichts als ein Gewerkschaftsgesetz, das nur verhalten soll, daß Gewerkschaften als politische Vereine erklärt werden, wenn sie sich mit Fragen der Sozialpolitik beschäftigen. Während des Krieges sind aber die Gewerkschaften gerade durch die Regierung veranlaßt worden, über solche Fragen zu beraten. Sollen sie dafür nach dem Kriege gestraft werden? Redner zitiert Beispiele aus der Praxis, die zeigen, aus wie vielen Gründen viele Gewerkschaften für politisch erklärt worden sind. Die Vorlage will nur den Gewerkschaften einen Nachwuchs sichern.



Abg. Dr. Herzfeld (Soz. Arbeitg.): Das Gesetz ist politischer Natur und von sehr großer Bedeutung. Das neue Gesetz soll das Instrument für die kommenden Kämpfe sein. Dann aber darf man den Bestimmungen keinen kautschuk-Charakter geben. Das scheint aber offenbar mit der Absicht geschehen zu sein, um der Auslegungsfähigkeit der Gerichte den weitesten Spielraum zu schaffen. Auch mit Annahme der neuen Vorlage werden die Gewerkschaften verfolgt werden können. Das neue Gesetz bedeutet einen direkten Nachteil für die Gewerkschaften; in ihm soll vermehrt die Neuorientierung zum Ausdruck kommen. Wenn die Regierung die von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagene Fassung für unannehmbar erklärt, so dürfte sich der Reichstag dadurch nicht abschrecken lassen. Redner begründet dann die Anträge auf Streichung des Jugend- und Sprachenparagrafen. Rein politische Dinge gibt es nicht, jedes wirtschaftliche Gesetz hat einen politischen Untergrund, und wenn man den Jugendlichen zugestehen will, sich mit Wirtschafts- und Sozialpolitik zu befassen, dann hat es keinen Sinn, ihnen die Betätigung auf anderen Gebieten der Politik zu untersagen. Ganz unbedeutend aber ist es, die Landarbeiter auch fernerhin unter einem Ausnahmerecht zu belassen.

Die Diskussion wird in der nächsten Sitzung, deren Termin noch unbestimmt ist, fortgesetzt.

## Die Kriegsschäden im Reichsgebiet.

Am Freitag legte die Kommission die Beratung beim § 1 fort. Die Sozialdemokraten beantragen: „Die Entschädigungspflicht liegt dem Reiche ob.“ Im Falle der Ablehnung dieses Antrages haben die Sozialdemokraten den Eventualantrag eingebracht, im § 15 folgende Bestimmung einzufügen: „Den nicht leistungsfähigen Bundesstaaten und Ersatz-Vorbringen leistet das Reich Vorschüsse bis zur vollen Höhe der Entschädigung. In welchem Umfange das Reich die Entschädigung übernimmt, wird durch besonderes Gesetz festgestellt. Sofern das Reich nicht die Entschädigung in voller Höhe übernimmt, sind die Vorschüsse zurückzuzahlen. Die Rückzahlungspflicht fällt weg, insofern die Leistungsunfähigkeit bei Erlass des Gesetzes feststeht.“

Die freisinnige Volkspartei hat beantragt, dem § 1 folgenden Absatz 3 hinzuzufügen: „Die Bundesstaaten haben die nach diesem Gesetz festgestellten Schäden alsbald zu bezahlen vorbehaltlich der Auseinandersetzung mit dem Reich. Das Reich hat den Bundesstaaten und Ersatz-Vorbringen im Bedarfsfalle die erforderlichen Vorschüsse zu leisten.“

Dann ist noch von elässiger Seite ein Antrag eingebracht worden, daß das Reich die volle Entschädigungspflicht übernehmen soll.

In der Kommission herrscht Einstimmigkeit darüber, daß das Reich die Entschädigungspflicht hat. Nur gehen die Meinungen auseinander, ob dies in diesem Gesetzentwurf, der nur ein Feststellungs-gesetz darstellt, zum Ausdruck kommen soll.

Von sozialdemokratischer Seite ist während der Verhandlungen mit Nachdruck betont worden, daß der Krieg vom Deutschen Reich geführt wird und infolgedessen auch das Reich die Bezahlung der Kriegsschäden zu garantieren habe. Dieser Ansicht schlossen sich die Konzeptionen und ein Mitglied der Zentrumspartei sowie der Elässiger und der Völkler an, während die übrigen Mitglieder der Kommission die Meinung vertraten, daß wer zu zahlen habe, einer späteren Gesetzesvorlage vorbehalten bleiben müsse.

Bei der Abstimmung wurde ein Antrag der Sozialdemokraten, der abgeändert lautet: „Die volle Entschädigungspflicht liegt dem Reiche ob“, mit 17 gegen 9 Stimmen angenommen. Angenommen wurden noch aus dem Antrage der freisinnigen die Sätze: „Die Bundesstaaten haben die nach diesem Gesetze festgestellten Schäden bald zu bezahlen. . . Das Reich hat den Bundesstaaten und Ersatz-Vorbringen die erforderlichen Vorschüsse zu leisten.“ Der § 15 der Vorlage, der lautet: „In welchem Umfange der Ersatz der nach Maßgabe dieses Gesetzes festgestellten Schäden vom Reiche übernommen wird, bestimmt ein späteres Gesetz“, wurde abgelehnt. — Die Weiterberatung wurde auf nächste Woche vertagt.

## Die Kaligesehkommission des Reichstages

legte am Freitag ihre Beratungen fort. Im Namen der eingeleiteten Unterkommission beantragte Abg. Gothein, für die Dauer des Gesetzes eine Verlängerung der Frist über den 31. März 1917 hinaus, bis zum 30. Juni 1917. Dem Antrage stimmte die Kommission einstimmig zu.

Dann wurde die Festsetzung der Preise beraten. Ein Antrag der Unterkommission geht über die Preise der Regierungsvorlage bei den besseren Salzkarten hinaus. Der Antrag der Unterkommission wurde einstimmig angenommen.

Zur Lohnfrage haben die Sozialdemokraten mehrere Anträge gestellt, u. a., daß im § 18, welcher bestimmt, daß infolge Lohnherabsetzungen die Werte mit einer Beschränkung der Beteiligungsziffer beitrags werden können, die Jahreszahlen 1907/08 durch die Jahreszahl 1913 ersetzt werden sollen. Diese Anträge wurden abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Schiffer-Vorken, nach welchem die Jahresziffer 1912/13 eingestellt wurde.

Die Sozialdemokraten beantragten dann weiter zu § 18 einen neuen Absatz, der den Arbeitern bestimmte Teuerungszulagen sichern sollte. Der Antrag wurde bekämpft und gegen die sechs Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein Antrag mit der Wirkung, daß bereits gewährte Teuerungszulagen zur Anwendung kommen können, den im Kalenderjahr 1912/13 gezahlten Schichtlöhnen aber 80 Pfg. hinzuzuzahlen sind.

Einstimmig angenommen wurde dann noch der Antrag der Sozialdemokraten, im Gesetz zu sagen: „Die Verträge dürfen nicht dazu führen, die nach § 13 sich ergebenden Löhne herabzudrücken oder die Schutzbestimmungen dieses Paragraphen zu umgehen.“ Damit wurden die Beratungen abgedröhen.

## Politische Uebersicht.

### Sozialpolitik im Reichstage.

Seit Donnerstag redet man im Reichstage über das Reichsamt des Innern, das sich im Laufe der Jahrzehnte zu einer wahren „Mammutoorganisation“ ausgewachsen hat, wie Herr Stresemann gestern sehr zutreffend bemerkte. Der Stuhl auf der Bundesratsstraße, den sonst bei diesen Debatten Staatssekretär Delbrück einzunehmen pflegte, um sein umfangreiches Ressort vor dem Parlament zu vertreten, war verwaist. Der erkrankte Minister hat seinen Abschied genommen, sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt. Trotzdem redet man seit einundenehalb Tagen über sein Gehalt und wird morgen weiter darüber reden. Herr Giesberts vom Zentrum begann vorgestern den Reigen der Generalredner, gestern folgten ihm Genosse Siebel, der Fortschrittler Gothein und der Nationalliberale Stresemann.

Wie seit dem Erstarken der Arbeiterbewegung alljährlich, so beherrschte auch diesmal die Sozialpolitik die

Debatte. Die mehr als eineinhalbstündige Rede des Genossen Siebel behandelte die Fülle der durch den Krieg aufgeworfenen sozialpolitischen Probleme mit Sachkenntnis und Geschick vom Standpunkt unserer Partei. Er bezeichneter die menschliche Arbeitskraft als das höchste Gut einer Nation und forderte den nachdrücklichen Schutz dieses vornehmsten Gutes im Interesse der Volksgesamtheit. Sehr wirksam bekämpfte er den Raubbau, der während des Krieges mit der Arbeitskraft, besonders derjenigen der Frauen und der Jugendlichen betrieben worden ist. Er vertrat dabei die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, die **K u s a n a h m e n** von den **S c h u b e s t i m m u n g e n** für Frauen und Jugendliche wieder außer Kraft zu setzen und die Sparzwangserlasse verschiedener Generalkommandos gegen Jugendliche wieder aufzuheben. Die Teuerungen und Lohnverhältnisse, die Unterstützung der Kriegerfrauen und viele andere wichtige Fragen der Sozialpolitik unterzog Genosse Siebel weiter einer eingehenden kritischen Besprechung. Mit besonderem Nachdruck verlangte er eine umfassende soziale Fürsorge für den Uebergangszustand vom Kriege zum Frieden und eine großzügige Sozialpolitik für die Zeit nach dem Kriege.

Vom Regierungstische antwortete Unterstaatssekretär Richter, der sich gegen die Aufhebung der Ausnahmen wendete, die jetzt in überreichem Maße von den Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche gewährt worden sind. In der Frage der Sparzwangserlasse zeigte er ein halbes Entgegenkommen und war recht optimistisch bezüglich der Arbeitsverhältnisse nach dem Kriege.

Der Fortschrittler Gothein wendete sich gleichfalls gegen die zu niedrige Unterstützung der durch den Krieg in Not Geratenen und gegen die übermäßige Ausbeutung der Arbeitskraft der Frauen und der Jugendlichen. Auch Herr Stresemann sprach in ähnlichem Sinne; er wendete sich aber in der Hauptsache solchen Fragen zu, die für Handel und Industrie jetzt im Vordergrund der Diskussion stehen, und forderte schließlich ein besonderes Reichsamt für Handel, Gewerbe und Industrie.

Gegen 6 Uhr vertagte das Haus die Weiterberatung auf heute vormittag 11 Uhr.

Der Seniorenkonvent des Reichstages trat heute mittag zu einer Besprechung zusammen und einigte sich dahin, die Plenarsitzung am Sonnabend um 11 Uhr, am Montag um 12 Uhr zu beginnen und den Dienstag nächster Woche wegen des Empfanges der türkischen Parlamentsmitglieder sittingsfrei zu lassen. Der Hauptauschuh und der Steuerzuschuh des Reichstages haben ihre nächsten Sitzungen bisher noch nicht angefeht.

### Bedingte Begnadigung.

Die „Germania“, das führende Zentrumorgan, gibt an leitender Stelle den Inhalt des Nr. 18 des „Correspondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ erschienenen Artikels von Paul Umbreit „Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August“ wieder, der, wie das Zentrumblatt schreibt, „mit dem Treiben der Minderheit noch einmal ausführliche Generalabrechnung hält“. Es geschieht dies „in der geschickten Form eines erneuten Bekenntnisses der Gewerkschaften zu der eben von der Minderheit perhorreszierten Politik des 4. August 1914“. Ueberflüssig zu sagen, daß die „Germania“ dieses Bekenntnis wohlwollend akzeptiert und bereit ist, die Gewerkschaften in Gnaden aufzunehmen:

„Man mag den Gewerkschaften aufrichtig wünschen können, daß ihre Entwicklung nach Friedensschluß möglichst ungehindert durch die destruktiven Tendenzen der Minderheit vor sich gehen möge.“

Indessen kann sich das Blatt auch nicht versagen, den Gewerkschaften ihre frühere Schuld vorzuwerfen und ihnen für die Zukunft Bedingungen zu stellen:

„Andererseits — fährt es fort — darf man sich wohl nicht verhehlen, daß dieselben Gewerkschaften viel weniger der Gefahr solcher Einflüsse unterliegen würden, wenn sie es zeitig verstanden hätten bezug bereit gewesen wären, nach jeder Richtung hin wirklich neutral zu sein. Weil sie das aber nie geworden sind, vielmehr seit dem Mannheimer Parteitag vom Jahre 1906 sogar mit der politischen Partei der Sozialdemokratie ein offizielles Bündnis eingegangen sind, müssen sie die Folgen auch tragen, die sich aus diesem Vertrauensverhältnis zwischen ihnen und der Partei nun einmal ergeben, wenn andererseits sie allerdings die Minderheit als nicht mehr zur Partei gehörig zu betrachten gewillt sind.“

Die hier empfohlenen Verhaltensmaßregeln lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

### Ungerechtfertigte Versammlungsausslösung.

Auf eine Befürworte über die Auflösung einer Versammlung in Breslau, in der Abgeordneter Bauer sprach, hat der Minister des Innern wie folgt geantwortet:

An den Herrn Reichstagsabgeordneten G. Bauer, Berlin.

Die Auffassung, der überwachende Polizeibeamte habe nicht das Recht, darüber zu entscheiden, was zu dem von einem Redner zu behandelnden Thema gehöre, ist unzutreffend. Ich habe indes mit Rücksicht darauf, daß im vorliegenden Falle die Abweichungen vom Thema nicht wesentlich waren, Ihnen auch bei Erteilung der Genehmigung keinerlei Bedingungen gestellt worden waren, dem Herrn Regierungspräsidenten mitgeteilt, daß ich die Auflösung der Versammlung nicht als eine gerechtfertigte Maßnahme ansehen könne und ihn ersucht, den Herrn Polizeipräsidenten hierbon in Kenntnis zu setzen.

gez. v. Loebel.

### Zur Förderung der Jugendpflege!

In das hiesige Staatsbudget sind für die Budgetperiode 1916/17 50 000 M. zur Förderung der Jugendpflege eingestellt. Mit diesem Betrage sollen Vereine gefördert werden, die durch Turnen, Spielen und Wandern, sowie durch andere körperliche Übungen die Jugend weiter bilden.

Die Kreisleitung des Arbeiter-Turnerbundes für Baden hat an das Ministerium des Innern und Unterrichts das Ersuchen gerichtet, auch dem Arbeiter-Turnerbund aus diesen Mitteln einen entsprechenden Betrag zur Verfügung zu stellen.

Kunmehr teilt das großherzogl. Bezirksamt Mannheim im Auftrage des Innern- und Unterrichtsministeriums dem Kreisvertreter des Arbeiter-Turnerbundes mit, daß diesem 1000 M. als Beihilfe bewilligt worden seien.

### Aus dem besetzten Polen.

Mit 1. Mai wurde von der deutschen Verwaltung das Gouvernement Suwalki von der eigentlichen Verwaltung des besetzten Polens abgetrennt und mit dem Gouvernement Bina vereinigt. Es wird dadurch eine litauisch-weißrussische „Provinz“ im besetzten Gebiet gebildet, während nach polnisch-nationalistischer Auffassung Suwalki zu Polen gehörte. (2)

### Waltische Darlehnskasse.

Durch die Kriegsereignisse ist es einer großen Zahl deutscher Walten aus den drei Ostprovinzen nicht möglich, in ihre Heimat zurückzukehren. Viele von ihnen sind jetzt, da sie ihr Vermögen in Rußland zurücklassen mußten, insofern in eine schwierige Lage gekommen, als ihre Einkünfte für sie nicht erreichbar sind und ihnen deshalb die zum Lebensunterhalt erforderlichen Mittel fehlen. Ebenso sind zahlreiche ständig in Deutschland lebende Walten von ihrem zum Teil noch in Rußland festliegenden Vermögen abgeschnitten. Um allen diesen Landesleuten zu helfen, ist nunmehr, wie wir hören, auf Veranlassung des Baltischen Vertrauensrates bei der Diskonto-Gesellschaft in Berlin eine Darlehnskasse ins Leben getreten, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den in Deutschland befindlichen Walten die notwendigen Mittel in Form von Darlehen zu verschaffen.

Zur Vergabe dieser Darlehen hat sich die Direktion der Diskonto-Gesellschaft in Berlin bereit erklärt. Die Darlehnsnehmer, die nach Wiederkehr geordneter Verhältnisse mit Bestimmtheit hoffen, in den Besitz ihres Vermögens zurückzugelangen, verpflichten sich, die ihnen gewährten Vorkasse nach Friedensschluß zurückzahlen. Anträge sind zu richten an den Baltischen Vertrauensrat, Berlin W 57, Wilowstr. 88 I.

## Das tägliche Brot.

### Gesetzwidriger Graupenhandel.

Die Graupenzentrale teilt folgendes mit: In letzter Zeit mehren sich in steigendem Maße die Angebote in sogenannten beschlagnahmte- und verkehrsfreien Gerstengraupen und Gerstengrübe zu Wucherpreisen. Die Herstellung von Graupen und Grübe aus Gerste ist nur den von der Reichsfuttermittelstelle kontingentierten Graupenmühlern gestattet und der Verkaufspreis der Mühlen auf 67 M. für 100 Kilogramm einschließlich Sad festgelegt.

Kunmehr kommen in letzter Zeit Angebote großer Mengen Graupen an den Markt mit der ausdrücklichen Verkaufsbedingung: „Graupen- und beschlagnahmtefrei“; hierdurch soll der Ansehn erweckt werden, als ob die Ware aus dem Auslande eingeführt worden sei. Die aus dem Auslande eingeführte Ware darf aber durch den Handel nicht in den Verkehr gebracht werden, da laut Bundesratsverordnung vom 4. März d. J. Fabrikate aus Gerste, welche aus dem Auslande eingeführt werden, der Beschlagnahme für die Zentral-Einkaufsgesellschaft in Berlin unterliegen. Die Verkaufspreise der sogenannten beschlagnahmtefreien Graupen und Grübe schwanken im Großhandel zwischen 220—300 M. für 100 Kilogramm gegen den von der Reichsfuttermittelstelle festgelegten und von den kontingentierten Graupenmühlern eingehaltenen Höchstpreis von 67 M.

Von den Reichsbehörden sind schon Nachforschungen angestellt, um diesem ungesetzlichen Handel ein Ende zu machen. Die Käufer derartiger „beschlagnahmtefrei“ Graupen sollten eine Bescheinigung von den Verkäufern fordern, welche die Ware als vom Auslande eingeführt glaubhaft macht. Da es unmöglich ist, eine solche Bescheinigung beizubringen, weil die vom Auslande eingeführte Ware der Zentral-Einkaufsgesellschaft zu übereignen ist, so handelt es sich um inländische Ware, die zu Wucherpreisen verkauft wird.

### Zucker zu Einkaufszwecken.

Auf Anfrage ist dem Kriegsausschuh für Konsumenteninteressen von der Reichszuckerstelle geantwortet worden, daß für das Einkochen von Obst den Kommunalverbänden eine besondere Zuckermenge überwiesen wird. Auf die Frage des Ausschusses, in welcher Weise die eigentliche Verteilung an die Verbraucher, ob durch Zusatzarten an die nachweislich Einmachobst Besigenden oder sonstige erfolgen wird, steht die Antwort noch aus.

### Höchstpreise für Eier.

Das Ministerium des Innern hat neuerdings Höchstpreise für Hühnerer für das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin festgelegt. Der Höchstpreis für das Ei beträgt beim Verkauf durch den Produzenten 12½ Pf., und beim Verkauf durch den Handel an den Verbraucher 15 Pf. Verkauft der Produzent unmittelbar an den Verbraucher, so gilt gleichfalls der Höchstpreis von 15 Pf. Die Ausfuhr von Eiern nach Orten außerhalb des Großherzogtums bedarf der vorherigen Genehmigung der zuständigen Kreisbehörde für Volksernährung.

Für die mit der Post oder Eisenbahn erfolgende Sendung von Eiern an 1. den Magistrat, Abteilung für Lebensmittelversorgung, zu Berlin, 2. an die staatliche Kommission für Kriegsverorgung zu Hamburg ist jedoch keine Ausfuhrgenehmigung erforderlich.

### Malzverbrauch in Brauereien.

Nach einem Beschlusse des Bundesrats können die Landeszentralbehörden den Bierbrauereien im Falle eines besonderen Bedürfnisses auf Antrag gestatten, das für das dritte Vierteljahr 1916 festgesetzte Malzkontingent im zweiten Vierteljahr voraus zu verwenden.

### Wirtschaftsregister.

Ein vom Verbands rheinisch-westfälischer Gemeinden eingeleiteter Anschlag für die Ernährungsfragen hat eine wertvolle Anregung gegeben. Er bezieht sich auf die Einrichtung eines Wirtschaftsregisters mindestens für alle Betriebe mit mehr als einem Hektar Anbaufläche für notwendig. In das Register soll genau eingetragen werden, wie groß die Beschäftigung ist und wie man sie ausgenutzt hat; ferner der Ernteertrag im ganzen und im einzelnen usw.

### Beschlagnahme von Wild in Braunschweig.

Im Herzogtum Braunschweig ist sämtliches erlegte Wild von dem Verfügungsberechtigten gegen Bezahlung des festgesetzten Höchstpreises an denjenigen Kreiskommunalverband zu liefern, in dessen Bezirk es erlegt ist. In sämtliche Verträge über Lieferung von Wild tritt der Kreiskommunalverband ein, in dessen Bezirk der zur Lieferung Verpflichtete seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche Niederlassung hat. In der wegen der Verbrauchsregelung an die Kreiskommunalverbände ergangenen vorläufigen Anweisung ist bestimmt, daß das Wildfleisch in erster Linie den Krankenhäusern, Lazareten und ähnlichen Anstalten und der ärmeren Bevölkerung zuzuwenden und daß ein Teil des Wildes aus den benachbarten Kommunalverbänden an die Stadt Braunschweig abzugeben ist.

**Leihhaus Moritzplatz 58a**

kaufen Sie von Kavaliereu wenig getragene sowie im Versatz gewesene **Jackett- und Rockanzüge, Paletots, Ulster**, Serie I: 18—25 M., Serie II: 26—36 M., größtenteils auf Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in **neuer Maßgarderobe**, enorm billig. **Riesengroßen Kleider, Kostüme, Mäntel**, auf Seide, jetzt nur 20—35 Mark. Extra-Angebot in **Lombard** gewesener **Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren** zu enorm billigen Preisen.

Vorwärtsleser erhalten 10 % extra.



**Deutsch. Transportarbeiter-Verh.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Haus-  
diener

**Adolf Dense**  
am 17. d. Mts. im Alter von  
44 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Sonnabend, den 20. Mat, nachm.  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Emmaus-Kirchhofes, Hermann-  
straße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, daß unser Kollege, der  
Arbeitsführer

**Karl Schadrach**  
von der Firma Richter, Frank-  
furter Allee, am 17. Mat im  
Alter von 41 Jahren ver-  
storben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 22. Mat, nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle  
des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
64/20 Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß meine  
liebe Frau

**Marie Zenke**  
geb. Schulze, im Alter von  
46 Jahren am 16. Mat ver-  
storben ist.

In tiefer Trauer  
**Karl Zenke & Ft.** im Felde.  
Die Beerdigung findet heute  
Sonnabend, den 20. Mat, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Emmaus-Kirchhofes in  
der Wälderstraße aus statt.

**Zum 28. Geburtstage**  
gewidmet meinem innigstgeliebten,  
unvergesslichen Mann, dem  
Rustföhler

**Karl Sümnick**  
gefallen den 8. November 1915.  
Bist, fast alles, gab ich — Däsiß  
ich Dir heute wünschigen Glück —  
schick aber nimmermehr zu mir  
zurück. — Kann nicht mit Blumen  
schönen Dein Lebensrad —  
Nahmst dafür meine Liebe mit  
hinab. — Ich denke Dein bis ich  
gerufen werde. — Du Mann, ach  
wann, fragst meiner Seel' erlöster  
Schrei — Begrabene Sonne,  
begrabener Mai!

In schmerzlichem Gedenken  
Deine kleine Wulf.

**Fesche Modelle! — Billige Preise!!!**

**Feinköper (Koverkol)-Mäntel (Modelle)**  
wunderbare Stepparbeiten, Kratz für Herren-  
verbreitung, feine Farben, lang und halblang,  
fische Glockenformen, auf Futter u. ungefüllt  
60,- 45,- 35,- 24,- 18,-

**Fesche Phantasie-Rackfischmäntel 12,-**

**Seiden-Mäntel (Modelle)**  
aus Hollenne, Taft, kurz, lang, imprägnierter  
Seide, Kratz für Gummil, glatt und Phantasie-  
formen, prachtvolle Ausführungen  
65,- 55,- 42,- 33,- 28,-

**Fesche kurze Taft-Jacken 15,- 22,- 18,- 15,-**

**Hübsche Gummimäntel mit Kappenmütze,**  
wunderbare, leichte Gummiering, in herrl. Farben  
lila, braun, kupfer, blau, grün, gelb, kastanien-  
braun, hell, weinrot, fische Glockenformen,  
weite Schmitze, Seide und Wolle  
65,- 55,- 45,- 38,- 30,- 24,-

**Einfache, glatte Gummimäntel 20,- 18,- 16,-**

**Modell-Kostüme**  
Schönste, edelste Meister, Ersatz für teuerste  
Werkstättenarbeit, fließende Seide, Taft, karierte  
Seide, Kammgarn, Tuch in größter Auswahl  
145,- 120,- 105,- 87,- 65,- 45,-  
Gediegene Kostüme, prachtvoll ausgeführt  
30,- 25,- 22,- 20,- 18,-

**Melne Winter-Angebote. — Billige Preise!!!**

Wintermäntel (Ulster) mollige Stoffe 45,- 35,- 25,- 15,-  
Pflüschmäntel mit echten Pelzbesätzen in 150,- 130,- glatt 100,- 85,-  
Wolpflüschmäntel, GarantioWare 75,- 65,- 51,-  
Fesche Pelzmäntel mit Litz, Hermelin 200,- 200,- 200,-

**Seidene und wollene Modell-Röcke 27,- 15,- Entzückende Waschkleider, Seidenkleider billig**  
**Lodenmäntel 27,- 18,- Lodenkostüme 42,- 30,-**

**Auswahlendungen nach außerhalb gegen Stärkste Figuren finden Passendes in allen**  
Anzahlung. Abteilungen.

Sonntags geöffnet 9-10 Uhr.

**WESTMANN**

II. Geschlöß  
Gr. Frankfurter Str. 115  
(nahe Andreasstr.)

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

**Junge Gemüse-Pflanzen**  
in bester Auswahl.  
**Balkon- u. Freiland-**  
Blumenpflanzen.  
Frische Sendung in Ia.  
Gochstamm- und Buschrosen.  
**E. Boese & Co.**  
G. m. b. H.  
C. 25. Randberger Str. 66.

**Trotz der Teuerung**  
kleiden Sie sich  
schick und elegant zu  
mässigen Preisen.

**Anzüge u. Paletots**  
nach Maß von 60 M. an  
fertige Garderobe  
in grosser Auswahl  
und in tadelloser Ausführung.  
Grosses Lager in  
deutschen Stoffen

**Julius Fabian**  
Schnelldreher  
Gr. Frankfurter Str. 37  
und Turmstr. 18

**Zentralverband der Zimmerer**  
Deutschlands.  
Zahlstelle Berlin und Umgegend.  
Bezirk 12.

Den Berufsgenossen zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied

**Franz Prehm**  
am 17. Mat verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Einäscherung findet heute,  
vormittags 10 Uhr, im hiesigen  
Krematorium, Gerichtstraße, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
254/9 Der Vorstand.

**Dankfagung.**  
Für die rege Beteiligung bei der  
Beerdigung meines lieben Mannes

**Willi Dannenberg**  
sage ich hiermit meinen besten Dank.  
Witwe Hedw. Dannenberg.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockenfuß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,  
schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
störung. Teilzahlung.  
Sprechstunden: 10-1 und 5-8.

**Oskar Wollburg**  
56 u. 57 Brunnenstr. 56 u. 57

Spezialhaus  
für Damen- u. Mädchen-Konfektion,  
**Leichte Sommerkleidung**  
in entzückenden Neuheiten und jeder Preislage.

**Elegante Kostüme** aus Hollenne, Frotté, Leinen,  
Batist, Charlot, Twill etc.  
in großer Auswahl 18<sup>75</sup>, 20<sup>50</sup>, - 76,-

**Seidene Mäntel u. Jacken** aus Melir, Taft etc.  
nach fische Formen 19<sup>75</sup>, 24<sup>50</sup>, - 45,-

**Popeline-Mäntel u. Paletots** in nur modernen  
Formen 16<sup>75</sup>, 28<sup>25</sup>, - 33,-

**Sportjacken u. Covercoat-Paletots,**  
13<sup>50</sup>, 19<sup>75</sup>, 27,-, 34,-

Besonders billiges Angebot in Kinder- und  
Bachfisch-Konfektion sowie in Röcken, Blusen etc.

Durch Selbstfabrikation in grossem Stil bin  
ich in der Lage, trotz der grossen Preissteige-  
rungen und Mangel an Stoffen ganz besondere  
Vorteile zu bieten.

**Popeline-Mantel 24<sup>50</sup>**

**Seiden-Mantel 34<sup>75</sup>**

**Großes Frühjahrs-Angebot.**  
Trotz hoher Lederpreise

**billige Schuhwaren**

**Damen-Schnürstiefel Derby** 9,85  
mit Lackkappe, moderne Form . . . . .

**Damen-Schnürschuh Derby** 10,45  
mit Lackkappe, moderne Form . . . . .

**Unser Schlager!**

**Damen-Lederhauschuhe** mit Ledersohle und Fleck 30/42 4,45

**Billige Mädchen- und Knabenstiefel**  
besonders gute, feste Qualität, in schwarz und braun.

**Braune Kinderstiefel,** moderne Form Gr. 31-35 27-30 8,90 8,25

**Schwarze Kinderstiefel,** feste Qual. Gr. 31-35 27-30 9,45 8,90

**Kinderstiefel** bis Größe 22 . . . . . 2,25

**Damen-Samtpantoffel** . . . . . 0,88

**Braune Damen-Halbschuhe** von 10,- M. an

**Beige-Damen-Halbschuhe** von 10,- M. an

Ferner große Posten Schuhwaren, die sich infolge der  
Reichhaltigkeit nicht alle aufzählen lassen, zu **überaus billigen Preisen.**

**Schuhhaus Kuntze Nachhll.**  
nur Gr. Frankfurter Str. 33  
Ecke Marilliusstraße

Um es jedem zu ermög-  
lichen zu kommen, ver-  
güte ich jedem Käufer  
**20 Pf. Fahrgeld!**

**Carl Zobel**  
121 Köpenicker Str. 121  
Eckhaus Michaelkirch-Straße 9-10.

**Herren-, Jünglings-  
und  
Knaben-Bekleidung**  
fertig und nach Maß.

Alle Größen, auch für sehr korpulente  
wie überschlankte Herren, stets reiche Auswahl.

Sehr billige, aber feste Preise.

**Frühjahrs-Neuheiten**  
Anzüge • Paletots • Ulster  
in reichster Auswahl.

Werkstätten im Hause. — Ankleidezimmer in jeder Abteilung.

Besichtigung meiner Lager ohne Kaufzwang.

**Gr. Stofflager für Maß-Anfertigung.**  
Stantspreise. Goldene Medaille. Ehrenpreise.

**Herren- u. Damen-Garderobe**  
neueste Moden, beste Verarbeitung

Vollständige Wohnungs-Einrichtungen  
sowie einzelne

**Möbel auf Kredit**

**Julius Glogau G.m.b.H.**  
Kottbuser Str. 28, Ecke Reichenberger Str.  
direkt am Hochbahnhof  
Kottbuser Tor.

**Monatsgarderobenhaus**  
**M. Türkischer, Berlin S., Prinzenstr. 79,**  
nahe Moritzplatz.

offeriert in großer Auswahl Jackett-, Rod-, Smoking-, Frack-Anzüge,  
Sommerpaletots, Ulster aus erstklassigen Stoffen, teils  
auf Seide gearbeitet, von Kavaliereu nur kurze Zeit getragen (auch für  
korpulente Figuren), zu hinnehmend billigen Preisen.

Abteilung II. **Erst- u. Zweit-Hand** Durch vorteilhaften  
Ankauf eines erstklassigen Warenlagers offeriere ich elegante neue  
Herren-Anzüge, Jackett-, Rod-, Smoking-, Sport-Anzüge, Paletots,  
Ulster trotz der hohen Preissteigerung für nur 17-42 Mark.

**Achtung!**  
Der Bezirksverein selbständiger Fleischermeister, Berlin  
Nord (G. V.) gibt folgendes bekannt:  
Um eine gerechtere und gesündere Fleischverteilung durchzuführen  
zu können, wird die übliche Berliner Bevölkerung in ihrem ureigenen  
Interesse gebeten, ihre Brotbackmittelkäufe nur **Fleischer-  
meistern** beziehungsweise **Wadengeldkäufen** abzugeben, und nicht,  
wie es bereits gebräuchlich ist, Milch- und Getreidehändlern, Sapepetern,  
Wettkaufleuten, Gärtnern und Grünwarenhändlern. Nur in den von  
diesem selbständigen Fleischer-Verein kontrollierten Fleischver-  
triebsstellen wird Ihnen die Gewähr geboten, daß alles empfangene  
Fleisch an das große Publikum verkauft und nicht etwa, wie es bis-  
her gebräuchlich war, veräußert oder ganz und gar dem Verkehr entzogen  
wird. Die Besondere beachtet, die von den wilden Fleischver-  
triebsstellen etwa gesammelten Brotbackmittelkäufe zu entziehen.

**Bei Blutarmut**  
Bleichsucht, Appetitlosigkeit, allgem. Schwäche besond. bei Frauen u. Kindern ist  
das wohlthätigste Haematikum-Glaich ärztl. bevorg. Gr. 2.50 d. alle Apoth.

**H. & P. Uder, Engel-Afer 5.**  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von  
**G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**  
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.  
Amt Moritzpl. 3014.

**Bezugsquellen-Verzeichnis**  
Berlin-Süden

Traktant wöchentlich einmal. Untenstehende Geschäfte empfangen sich bei Rückfragen.

**Bäcker- u. Konditoreien**  
**Bäckerei Nordstern**  
Inh. Gust. Müller  
Filialen in Süden, Osten u. Ungerstr.  
**P. Radloff** Niklin, Allerstr. 37  
Auerkämpfer-Kuchenh.

**Bettfedern**  
**Berta Pfeffer** Wien  
Str. 17

**Fleisch- u. Wurstwar.**  
**Paul Müller, Friesenstr. 22.**

**G. Reuber** Kottbuser Str. 10  
u. Fleischw. u. Aufsch.

Solange der Vorrat reicht  
**Gerold**  
Kottbuser Str. 10

Bei gemeinamem Be-  
zug Preisermäßigung  
Berlin, Lützowstr. 94  
Verlang. Sie Prosliste

**Kolonialwaren, Delikat.**  
**A. Lehmann** Britz,  
Chausseest. 75

**Wendig, Kolonialw.**  
**Job. Pietsch, Gneisenaustr. 97**

**A. Schleinitz, Mariannenstr. 14**

**Weine, Fruchtsäfte, Likör.**

**E. & M. Leydicke**  
Mansteinstr. 4

**Uhren, Goldwaren**  
**S. Fenske, Kottbus, Damm 96**  
Streng reel, anerkannt bill.

**Neukölln**  
**C. Dittmann**  
Darlenerstr. 43  
Wild - Geflügel - Fleisch.

**Treptow**  
Falsch Fleisch- und  
Wurstwar.  
**Willi Kärnbach**  
Grützstr. 19/20  
Tel. Nipp. 10043

**Spezialarzt**  
f. Geschlechtskrankheiten,  
Harnleiden, Schwäche,  
Ehrlich-Hata-Kuren, Blut-  
und Harn-Untersuchungen.

**Dr. med. Karl Reinhardt.**  
Prinzenstr. 64  
Potsdamer Str. 117  
Aufklärende

zwischen Dresdener und Annenstraße.  
Sprechst. 5-7, Sonntags 10-11.  
u. d. Lützowstr., Sprechst. 11-12  
u. 1/2, 1/4 U. abds., Sonnt. 11-1.  
48 Seiten starke Broschüre gratis und post-  
frei in verschlossenem Kuvert.



# A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

## Frischer Spargel

35, 45, 55 Pf.

## Räucherwaren

- Büchlinge ..... Stück 15, 20 Pf.
- Sprottbüchlinge ..... 1/2 Pfund 30 Pf.
- Sproffen ..... 1/2 Pfund 30 Pf.
- Fludern ..... Stück 40, 50 Pf.
- Schellfische ..... Stück 45, 50 Pf.
- Lachsheringe ..... Stück 45 Pf.

- Obermoseler Flasche 95 Pf.
- Apfelwein Flasche 65 Pf.
- Maitrank Flasche 85 Pf.
- Schellfische Pfund 65 Pf.

## Lebensmittel

Zusendung ausgeschlossen

- Spinat 2 Pfund 25 Pf.
- Salat 3 Kopf 10 Pf.
- Zitronen Dutz. 40, 48 Pf.
- Apfelsinen Stück 10, 12 Pf.
- Sardinen in Öl Dose 78, 98 Pf.
- Delikatessheringe ohne Gräten Dose 1.00
- Kabeljau ohne Kopf Pfd. 1.00, 1.10
- Seelachs ohne Kopf Pfund 95 Pf.
- Frische Schollen Pfd. 60, 70 Pf.
- Rotzungen Pfd. 70, 75 Pf.

- Gurken ..... Stück 50, 60 Pf.
- Blumenkohl ..... Kopf 45, 60 Pf.

## 7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 12. Ziehungstag 19. Mai 1916 Nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Hälfte gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr N. St. N. I. S.) (Nachdruck verboten)

- 15 155 208 385 (500) 37 (1000) 477 578 807 64 758 852
- 1232 332 63 450 39 79 675 81 723 86 841 931 93 (1000) 2234
- 73 131 60 25 878 (500) 412 (3000) 626 81 3041 131 82 93 337
- 497 726 65 4105 76 235 323 61 99, 410 838 (1000) 732 872
- 8025 (1000) 143 241 362 90 649 711 944 (1000) 69 6118 290
- 321 82 562 800 945 71 (500) 7206 317 71 83 83 490 85 637
- 604 79 674 81 (1000) 8319 513 29 81 716 (1000) 28 (500) 679
- 8020 90 (500) 93 101 309 22 477 679 927
- 10029 108 (500) 301 711 (500) 54 501 (3000) 54 11116 283
- 311 633 864 12216 739 818 956 13025 164 (3000) 205 531 418
- 702 688 67 817 14290 (600) 318 41 619 49 708 804 42 914 40
- 63 15088 (3000) 99 (3000) 248 465 800 16027 203 609 975
- 17007 43 62 (500) 391 485 518 713 15088 99 226 (1000) 316 663
- 715 (500) 21 39 68 99 19087 108 244 90 97 (1000) 408 833 654
- 22017 89 494 802 9 811 27 941 21356 56 99 501 70 99
- 611 705 859 89 990 22088 308 490 663 71 638 730 46 76 833
- 23209 99 311 635 (1000) 24382 649 25106 38 89 391 376
- 601 789 913 87 76 (1000) 80 25021 150 (500) 326 (500) 319
- 90 771 89 27035 192 348 76 307 789 872 85 990 22880 627
- 716 37 45 83 937 22900 268 (500) 68 93 410 656 701 (1000) 853

- 30012 115 283 393 455 (500) 617 90 747 (500) 69 85 837
- 83 948 (1000) 87 2410 79 80 212 333 565 827 876 926 32041
- 114 777 920 33029 214 450 71 667 781 924 34011 67 193
- 228 31 348 478 648 678 873 35435 622 778 821 261034 304
- 49 76 (1000) 478 720 849 372126 146 423 613 (500) 60 (100) 313
- 717 100 802 40 923 85 38063 62 (500) 76 321 43 80 508 611
- 34 41 736 953 138 38040 40 87 211 368 688 845 81 997 85 (1000)

- 40085 65 102 (1000) 31 289 931 477 682 41008 71 88 281
- 512 75 (1000) 774 (500) 77 933 64 42149 213 451 80 89 635
- 90 885 43015 43 124 50 72 254 92 367 753 891 44183
- 268 51 81 897 (1000) 719 913 45182 93 89 292 687 99 705
- 48097 242 335 498 (1000) 538 69 742 399 47040 111 218 422
- 547 647 710 828 20 42078 543 878 48462 69 870

- 50089 216 94 325 474 649 (500) 61014 947 612 (1000) 94
- 818 (500) 99 52070 104 41 677 622 69 786 (500) 904 89
- 63007 70 88 289 538 611 604 85 667 78 54059 89 802 73 484
- 643 625 80 708 76 849 987 50007 33 (500) 460 805 64 731
- 60 919 28 50013 140 325 46 81 604 616 (1000) 775 971
- 57018 47 (500) 112 65 (3000) 378 402 20 (500) 623 616 778
- 921 58109 60 (500) 241 61 95 323 43 642 74 700 68 821 94
- 69180 (1000) 346 525 607 694 910

- 60117 353 12 57 430 808 98 61233 90 408 34 54 674
- 922 30 87 62016 142 393 418 657 (500) 93 873 63031 78
- 202 512 79 604 855 64247 62 95 412 659 741 95003 9 85
- 110 219 354 914 413 761 805 66996 (1000) 55 471 91 617 643
- 977038 141 234 99 320 513 25 785 68087 93 137 387 94
- (500) 438 648 617 71 894 (500) 57 77 995 (500) 413 73 616

- 70181 345 73 82 435 633 65 68 704 71058 853 72119
- 62 91 604 49 808 73059 122 (1000) 607 635 744 (500) 74009
- 128 70 (1000) 87 263 313 477 (3000) 694 674 99 822 28 70 935
- 40 75027 43 348 448 477 665 78 860 70 901 (500) 85 99
- 78175 91 (500) 239 302 69 625 46 81 95 885 919 77122 44
- (3000) 213 308 (1000) 20 (500) 562 78 810 914 78011 117
- 580 (1000) 472 88 (1000) 36 (500) 600 (3000) 706 9 78025 147 (3000)
- 423 56 95 518 (3000) 36 63 613 97 746 824 35 66 95 95 25

- 80145 18 98 321 87 477 (500) 637 81 627 761 814 74 906
- 45 81198 209 95 416 698 717 912 37 61 82223 37 371 861 9
- 83048 (1000) 608 77 733 74 823 78 87 84510 232 (500) 863
- 815121 (200) 296 385 488 80 639 903 88094 253 310 (3000)
- 749 977 87130 900 73 465 697 (3000) 705 874 77 80 88071
- 224 89 324 425 62 613 87 797 871 (1000) 667 87 87 88019 125
- 28 281 352 472 608 95 789 81 (500) 873

- 90144 64 252 435 757 887 89 91082 57 101 203 79 717
- 24 91 808 40 386 92204 358 77 821 751 80059 93006 208
- 444 500 93 85 625 744 75 821 854 80163 68 487 898
- 95067 88 90 92 148 308 80 (1000) 462 25 530 626 (1000) 729
- 90 983 96224 978 92 686 (3000) 731 850 86 316 83 97119 407
- 684 97 68 127 72 717 65 899 993 98070 141 (1000) 242 492
- 723 824 33 90126 370 402 14 (500) 69 583 610 702 800 920

- 100121 281 34 42 878 991 10120 72 200 20 356 403 41
- 618 860 102073 92 289 323 69 436 60 612 74 794 81 45 522
- 103000 12 32 29 123 231 422 48 70 815 71 729 805 929 (1000)
- 104041 118 42 283 (1000) 337 81 771 995 105073 81 101 287
- 309 879 885 91 715 835 916 67 106029 67 80 304 849 960
- 107035 65 70 (1000) 187 387 482 (1000) 652 63 404 937 (500)
- 108033 625 75 624 740 978 109161 265 73 (3000) 480 710 (500)
- 628 80 913
- 110945 926 (3000) 903 37 11016 43 350 55 421 621 112003
- 177 317 620 916 31 70 113007 338 54 456 80 63 527 737 (500)
- 623 114214 408 65 804 725 115003 185 730 69 81 839 110014

## 7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 12. Ziehungstag 19. Mai 1916 Nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Hälfte gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr N. St. N. I. S.) (Nachdruck verboten)

- 14 98 302 76 414 83 634 878 1140 77 545 624 (3000) 66
- 701 92 922 84 2147 210 310 454 805 79 901 3278 386 432
- 755 810 922 4120 203 411 707 869 971 5198 203 14 517 70
- 760 72 616 905 6128 48 78 398 682 808 63 911 87 7027 979
- 808 841 (600) 937 8205 8 394 (1000) 605 624 69 815 8265
- 420 904 693 931 (600)
- 10041 87 88 103 21 217 300 429 689 729 838 11037 91 97
- 169 287 (1000) 440 83 823 84 82 761 (500) 918 27 12129 254
- 327 614 807 981 92 13444 50 165 290 (500) 465 (500) 618 622
- 613 (500) 766 79 14004 236 72 625 24 854 18119 (10 000)
- 702 887 97 18022 120 332 74 335 50 416 785 861 900 19004
- 194 315 482 68 717 944

- 20073 142 368 (500) 602 623 635 632 (500) 92 21010 245
- 75 330 56 60 607 629 22040 170 78 370 429 44 506 605 769
- 813 965 23080 188 300 41 448 (1000) 612 (500) 710 500 861
- 77 908 24021 63 330 437 74 78 (1000) 854 707 29 76 972 88
- 25045 85 450 (500) 568 762 849 26087 107 293 332 653 676
- 768 508 995 27015 134 254 59 543 620 92 720 567 (1000)
- 22028 190 298 312 647 90 744 808 902 (500) 29046 (500)
- 129 87 496 602 606 818

- 30340 603 (3000) 9 610 99 980 72 31083 128 220 50 417
- 95 688 716 872 37 32148 82 79 563 68 405 667 798 964
- 33027 415 43 628 44 832 600 12 28 34002 27 61 145 88 99
- 249 (1000) 61 258 465 665 631 98 879 35089 227 391 753 90
- 936 36226 76 643 63 78 735 825 932 37045 214 49 62 424
- 88 97 619 748 88 229 932 38060 67 76 104 (3000) 92 446 94
- 713 99 538 28 55 90 915 21 39 39106 372 414 30 643 768

- 40097 135 (1000) 82 (500) 600 (500) 408 613 63 (1000) 4131
- 49 75 211 97 496 8 630 (1000) 69 761 95 838 76 952 42090
- 508 (500) 24 645 (1000) 721 (500) 73 834 94 953 64 42022 187
- 216 21 (1000) 98 426 29 814 (500) 18 44005 48 93 222 36 676
- 655 45068 110 508 77 79 482 678 98 (500) 48091 233 815
- 487 628 763 (500) 63 603 42009 120 (500) 276 82 536 37 731
- 814 70 48059 (500) 113 541 942 904 48078 174 560 584 629

- 80025 45 657 77 679 97 51020 105 39 88 312 25 63 615
- 56 680 788 954 72 52217 697 403 70 (500) 870 78 789
- 63001 144 90 234 40 41 415 54005 41 47 183 (3000) 224 327
- 489 834 92 94 53566 615 778 58280 72 740 45 71 73 814
- 57533 844 769 61 58124 674 444 674 622 92 615 804
- 89198 238 318 35 324 619 62 784 924

- 60008 68 112 221 97 336 446 637 61 916 (1000) 81 (500)
- 61180 416 629 730 855 (1000) 62000 629 931 63098 232
- 314 401 502 95 850 900 64088 212 414 658 654 554 64 65333
- 486 765 811 938 41 66505 101 214 49 (500) 78 (1000) 354 619
- 62 680 67001 214 290 617 27 64 95 883 978 68018 64 56 83
- 603 403 825 32 602 709 643 82 69041 (3000) 64 189 275 420
- 39 616 696 848 88

- 70047 (500) 254 437 70 (5000) 615 (500) 28 (1000) 80 738
- 99 852 71079 119 90 200 533 573 (500) 78 747 64 96 812
- 72192 201 47 300 (600) 425 94 697 43 997 47 95 73004 945
- 312 601 (500) 906 34 95 74004 44 (500) 586 430 222 167
- (3000) 813 78062 225 388 405 (500) 699 885 926 78186 345
- 683 767 893 (500) 27 322 (500) 628 819 78040 130 250 (1000)
- 314 429 507 (500) 741 92 79000 600 717 71 730

- 80105 96 303 (500) 31 674 607 67 103 33 817 (500) 82
- 950 85 (500) 81095 66 96 207 342 509 857 508 82004 210 93
- 722 (1000) 829 92 47 1 (1000) 81232 41 82 648 45 695
- 767 876 908 34013 (500) 264 420 654 742 838 39 913 74 10001
- 85302 417 628 718 934 915 81 86031 (500) 108 19 240 342
- 88 532 601 (500) 720 976 87265 110 18 304 444 604 68 (5000)
- 845 984 88015 (500) 82 333 711 (500) 825 89 952 89024
- 166 296 328 443 (1000) 604 37 690 71 898

- 90185 319 480 608 88 802 (3000) 14 (1000) 90131 71 814
- 899 728 (3000) 47 901 25 86 92182 95 (5000) 294 322
- 898 (3000) 83 822 47 93008 09 194 332 64 453 696 870 78
- 94000 196 300 443 832 93 975 94005 180 290 337 628 834 (500)
- 976 961 95 98129 310 458 60 87 61 685 82 85 785 801 42 64 77
- 915 39 99142 62 273 354 650 876 911 913 31

- 100029 95 104 45 (3000) 368 86 93 (500) 402 (1000) 48 72
- 45 624 28 (500) 82 771 84 (500) 928 58 101099 263 403 502
- 43 720 81 102099 311 (1000) 63 649 754 945 86 103011 19
- 123 388 85 416 922 49 64 55 700 104002 (500) 10 (1000) 47
- 207 30 (500) 356 (3000) 63 477 668 73 99 723 78 896 913 105013
- 228 322 612 (1000) 28 62 794 (3000) 830 34 894 106071 32
- 97 607 761 (1000) 815 63 107019 86 250 71 318 413 20 889
- 610 29 824 43 90 108121 627 54 86 651 94 727 (500) 35 803
- 109078 (3000) 438 689 287 30 723

- 110196 232 444 118000 73 179 543 85 609 61 715 76 831
- 68 906 112075 44 906 65 465 682 724 11 921 113099 187 210

- 110196 232 444 118000 73 179 543 85 609 61 715 76 831
- 68 906 112075 44 906 65 465 682 724 11 921 113099 187 210

- 110196 232 444 118000 73 179 543 85 609 61 715 76 831
- 68 906 112075 44 906 65 465 682 724 11 921 113099 187 210

- 110196 232 444 118000 73 179 543 85 609 61 715 76 831
- 68 906 112075 44 906 65 465 682 724 11 921 113099 187 210

- 110196 232 444 118000 73 179 543 85 609 61 715 76 831
- 68 906 112075 44 906 65 465 682 724 11 921 113099 187 210

## 7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 12. Ziehungstag 19. Mai 1916 Nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Hälfte gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr N. St. N. I. S.) (Nachdruck verboten)

- 14 98 302 76 414 83 634 878 1140 77 545 624 (3000) 66
- 701 92 922 84 2147 210 310 454 805 79 901 3278 386 432
- 755 810 922 4120 203 411 707 869 971 5198 203 14 517 70
- 760 72 616 905 6128 48 78 398 682 808 63 911 87 7027 979
- 808 841 (600) 937 8205 8 394 (1000) 605 624 69 815 8265
- 420 904 693 931 (600)
- 10041 87 88 103 21 217 300 429 689 729 838 11037 91 97
- 169 287 (1000) 440 83 823 84 82 761 (500) 918 27 12129 254
- 327 614 807 981 92 13444 50 165 290 (500) 46



Neue Bundesratsverordnungen für die Volksernährung.

Errichtung einer Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Der Bundesrat hat eine Bekanntmachung über die Errichtung einer Reichsstelle für Gemüse und Obst beschließen. Danach wird eine Reichsstelle für Gemüse und Obst mit einer Verwaltungsabteilung und einer Geschäftsabteilung unter Aufsicht des Reichslandwirts gebildet.

Vertriebe, die sich mit der Haltbarmachung von Gemüse und Obst beschäftigen, haben Mengen, die ihnen von der Reichsstelle zugewiesen werden, nach deren Anweisung zu verarbeiten.

Anordnung einer Ernteflächenhebung.

Der Bundesrat hat durch Bekanntmachung vom 18. Mai eine Ernteflächenhebung angeordnet, die in der Zeit vom 1. bis 20. Juni 1916 stattfindet und sich auf Weizen, Erbsen, Roggen, Gerste, Gemenge aus diesen Getreidearten, Hafer, Buchweizen, feidmähig gebaute Hülsenfrüchte, Dillstrücker, Weispflanzungen (Kraut und Hanf), Kartoffeln, Fuchserbsen, Futtererbsen, feidmähig gebaute Gemüse zur menschlichen Nahrung, Futterpflanzen zur Grünfütterung und Heugewinnung, auf Weizen, Erbsen und die gesamten bestellten und nicht bestellten Ackerflächen und die Weidestrecken erstreckt.

Im Vorjahre fand vom 28. Mai bis 4. Juni die auch in Friedenszeiten übliche Schätzung der Ackerflächen bestimmter Getreide- und Fruchtarten durch die Gemeindevorsteher und vom 1. bis 4. Juli eine Ernteflächenindividualhebung nach Art der jetzt angeordneten statt. Die Ergebnisse beider Erhebungen wichen stark voneinander ab.

Kennzeichnungen von Packungen, Konservenbüchsen u. a.

Eine Bekanntmachung des Bundesrats vom 18. Mai ermächtigt den Reichslandwirt, anzuordnen, daß bei Gegenständen des täglichen Bedarfs Packungen oder Behälter, in denen sie an den Verbraucher abgegeben werden, mit bestimmten, Deckung und Inhalt kennzeichnenden Angaben zu versehen sind.

Durch die gleiche Verordnung ist es auch wenn entgegengegesetzte Abreden vorliegen — verboten, den Preis für Gegenstände des täglichen Bedarfs, die zum Weiterverkauf unter Befreiung eines Kleinverkaufspreises geliefert worden sind, nachträglich zu erhöhen.

Anschluß zu diesem Eingriffe haben bekannte Mißstände im Kleinverkauf mit notwendigen Bedarfsgegenständen gegeben. Soweit diese in Packungen verpackt werden — eine genaue Prüfung der Menge und Güte vor dem Kaufe also unmöglich ist — sieht der Inhalt der Packungen zu dem geforderten Preise oft in starkem Mißverhältnis.

Aus Groß-Berlin.

Fleischlose Tage — fleischlose Monate.

Die Einführung der fleischlosen Tage dürfte angesichts der Lage des Fleisch- und Viehmarktes gegenstandslos geworden sein. Durch die Praxis sind sie längst überholt. Die zwei fleischlosen Tage, die durch Anordnung des Bundesrats eingeführt wurden, haben sich ganz von selbst vermehrt und sind in vielen Familien längst in fleischlose Wochen umgewandelt worden.

Infolge des schlechten Futterzustandes ist schlachtreifes Vieh zurzeit nur in geringem Umfange vorhanden. Dagegen kann bei

ausgiebiger Weidestützung der Milchtrag und in gleicher Weise der Gewinn an sonstigen Milchprodukten (vor allem Butter und Käse) im Laufe des Sommers um so mehr gesteigert werden, je geringer sich die Fleischansprüche gestalten. Werden sie, wofür ich mit Entschiedenheit eintrete, während der heißen Sommermonate von seiten der Regierung suspendiert, so bleibt uns in dieser Zeit ein völlig ausreichender Vorrat von Milch, Butter und Käse gesichert.

Die Notwendigkeit des Fleischverbots während der zwei Hochsommermonate ist auch noch aus einem anderen Grunde von Wichtigkeit, und zwar aus einem prophylaktischen, der erste Bedeutung verdient. Wir haben jetzt im Frühjahr und während der Sommermonate glücklicherweise eine genügende Zufuhr von Eiern, und zwar zu erschwinglichen Preisen.

Wenn man's so liest, so hören sich die Vorschläge des Herrn Voas leidlich an. Es mag auch eine ganze Anzahl Menschen geben, die nach dem Rezept des Herrn Professors leben können, zurzeit sogar leben müssen.

Die kommende Fleischkarte in Berlin.

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Grundzüge für die Verteilung des Fleisches durch Fleischkarten festgesetzt. Danach werden in die Fleischregelung im Wege der Fleischkarte Fleisch, Fett und Würst aus dem gesamten der Stadt gelieferten Vieh einbezogen. Die Karte wird auf die Person und nicht auf den Haushalt ausgefüllt, und zwar ohne Rücksicht auf das Lebensalter.

Für Besucher von Hotels werden besondere Tagesfleischkarten ausgegeben werden. Krankenanstalten, Hospitäler, Heilanstalten und dergleichen erhalten eine bestimmte Menge pro Kopf der verpflegten Person.

Sobald am Mittwoch, den 24. Mai, die Anmeldungen zum Kundenverzeichnis vorliegen, wird der endgültige Plan zur Verteilung des Fleisches auf die Ladenfleischler festgesetzt und zur Ausgab der Fleischkarte geschritten werden, so daß diese am 1. Juni in Wirksamkeit tritt.

Die Eintragungen in die Kundenliste der Schlächter müssen unter Vorlegung des Wrotkartenmittels von heute ab erfolgen. Die Eintragungen können nur bis Dienstag stattfinden. Die Wahl des Schlächters steht frei, der Kunde ist aber einen Monat an denselben gebunden.

Die Butterversorgung in nächster Woche.

Der Magistrat gibt bekannt: Da die für die gegenwärtige Zeit erwartete Erhöhung der Butterzufuhr ausgeblieben ist, haben sich die zur Butterversorgung der Groß-Berlin geschädigten Gemeinden und Kreise zu einer Neuregelung der Butterversorgung entschlossen. Die im Anschluß an einen Ministerialerlaß eingeführte Sperrkarte hat die bedauerlichen Ansammlungen auf der Straße für die Dauer nicht zu verhindern vermocht, da die zur Verfügung stehende Gesamtmenge die Einlösung einer jeden Karte nicht gestattete.

Wie eine heute veröffentlichte Verordnung ergibt, dürfen vom Montag, den 22. d. M. ab auf den Butterkartenabschnitt nicht mehr 125 Gramm, sondern nur noch 90 Gramm abgegeben werden.

Entsprechend der Verringerung der Butterportion sind auch die Butterhöchstpreise neu festgesetzt worden und zwar dahin, daß der Höchstpreis für die im Verkehr fast allein vorkommende Ware 1. Klasse auf 50 Pf. für 90 Gramm bestimmt und die anderen Butterarten mit entsprechend billigeren Preisen eingestuft worden sind.

Amerikanisches Schmalz in Berlin.

In Friedenszeiten zahlte man 50—60 Pf. für ein Pfund amerikanischen Schmalz. Diese Ware fand wenig Liebhaber. Nur die ärmsten Leute kauften sie. Am Donnerstag und Freitag bot das Warenhaus Vieh amerikanisches Schmalz an zum Preise von drei Mark das Pfund, und die früher so wenig begehrte Ware fand reichlichen Absatz.

ungeheuren Andrang des Publikums nur einige Stunden. Aber am Freitag früh sollte der Verkauf fortgesetzt werden. Der Andrang nach dem jetzt so heiß begehrten Fett war geradezu unheimlich. Schon vor Sonnenaufgang rüdten die ersten Käufer an und warteten geduldig auf die Öffnung des Geschäfts, die um 8 Uhr erfolgte. Um 7 Uhr waren die Strahlen in der Nähe des Warenhauses schon von vielen Tausenden, meist Frauen, besetzt und fortgesetzt mehrten sich die Scharen der Wartenden.

Einen Raffenerkauf von Schweineschmalz — das Pfund zu 3 M. — veranstaltete am Donnerstag ein am Alexanderplatz gelegenes Warenhaus. Es kamen 20 000 Pfund bänisches Schmalz zum Verkauf. Obwohl das Vorhaben des Geschäftsinhabers (wegen der umfangreichen Vorarbeiten) gescheitert worden war, erhielten die Bewohner des Alexanderplatzviertels doch bald Wind von der Sache, und so begannen sich Hunderte von Kaufleuten anzufammeln.

Die Zentral-Einkaufsgesellschaft teilt mit: „Schmalzverkäufe in hiesigen Warenhäusern. Auf viele Anfragen, die bei der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. eingelaufen sind, teilt die Gesellschaft mit, daß sie den in den letzten Tagen in Berliner Warenhäusern vorgenommenen Schmalzverkäufen völlig fernsteht.“

Der im Wertheimischen Warenhaus erfolgte Schmalzverkauf ist beendet. Neue Sendungen sind, wie die Firma mitteilt, nicht zu erwarten.

Die Mehlstreckung.

Der Magistrat teilt mit: Wiederholt ist zur Kenntnis der Behörden gekommen, daß die Bäcker die gesetzlichen Mischungs- und Streckungsbestimmungen, insbesondere die Magistratsverordnung vom 11. März 1916, wonach bei Vereitung von Roggenbrot das Roggenmehl zu mindestens 20 Gewichtsanteilen durch Weizenmehl ersetzt werden muß, unbeachtet lassen.

Der Höchstpreis für Sauerkraut.

Mehrfach ist beim Kleinhandel die Meinung vertreten, daß die Aufhebung der Höchstpreise für Kohlraben, Mohrrüben und Zwiebeln, gemäß Verordnung des Berliner Magistrats vom 27. März 1916 auch für Sauerkraut Geltung habe. Die Preisprüfungsstelle weist auf die Irigkeit dieser Auffassung hin.

Buttererfaß.

In einem Geschäft in der Türckischstraße in Lichtenberg (Kaufmann K.) wurde Buttererfaß angegriffen. Wer greift da nicht zu in einer Zeit der Butterknappheit, wenn er die Öffnung hat, einen Erfaß für Butter zu finden. Käuferinnen verlangten diesen Buttererfaß und zahlten die geforderten 60 Pf. Aber die Enttäuschung, als sie nach Hause kamen und den in schönes Papier verpackten Buttererfaß sich näher betrachteten. Es ergab sich, daß die Käuferinnen einen Handterker großen — besser gesagt, kleinen — schwedischen Käse gekauft hatten, der ein Zettelchen trug mit der Aufschrift: „Schwedischer Cervais, Auslandskäse“.

Und dann 60 Pf. für das Häppchen Käse, der eine Art Frühlingskäse darstellte. Eine Beschwerde bei der Polizei hatte nur den Erfolg, daß gestern der sogenannte Buttererfaß noch die Bezeichnung „Auslandskäse“ enthielt und anstatt 60 Pf. 50 Pf. kostete. Weshalb ist davon der Buttererfaß alias Auslandskäse nicht geworden und viel billiger auch nicht.

Morgensuppe — Mittagsmahlzeit.

Unsere unter obiger Epigmarie veröffentlichte Notiz, die an die Wahrung des Kriegsausdaches für Kaffee und Tee, die Morgensuppe wieder einzuführen, anzuführen und schilderte, was man noch alles für Ratschläge geben könnte, um auch schmackhafte Mittagsmahlzeiten herzurichten, hat uns eine Reihe Zuschriften aus unseren Leserkreise eingetragen. Besonders Leserinnen sind erlost auf uns, daß wir solche Kochrezepte veröffentlichen und sie fragen und ganz ernsthaft, wo sie eigentlich die Butter zum Spargel hernehmen sollen. Das sollen wir ihnen mal vormachen. Ein alter Lezer schreibt uns sogar:

„Da es Tinte noch ohne Karte gibt, möchte ich auch mal an „uns“ schreiben. Mir ist Mehlsuppe auch lieber, aber wie ich Mehl besorgen kann, ist mir bei einer vierköpfigen Familie — ich muß 12 Stunden schaffen — ein Rätsel, denn der Schrei nach Brot — ist freitags immer sehr rego. Wenn die Kartoffel nicht ausfallen würde, na, dann nicht „Prost! Mahlzeit!“ Und mit dem irreführenden Fleischgenuß bei mir ist seit Oktober 15 — weiter möchte ich nicht zurückgreifen, aber bis dahin kann ich's beschreiben — 1/4 Pfd. Speck ins Haus gekommen und Mühselig hat sich meine Frau dieses Jahr bis jetzt 2 Pfd. in 7 Stunden erkanden. Davon habe ich beiläufig, 1 Pfund für uns zu verbrauchen, 1 Pfund habe ich meinem Sohn, welcher Soldat ist, geschenkt. Ich für meine Person weiß noch nicht, ob ich dieses Jahr eine Entfettungskur durchmache, bei meiner Frau, welche schon über 20 Pfund leichter geworden ist, wird's nicht nötig sein. Also lehren wir zurück zu Erbsen, Bohnen usw. Ich habe bei der Lebensmittelkarte 1 Pfund Bohnen und 1 Pfund Weis dieses Jahr eingehampiert, leider sind die 3 Pfund schon wieder alle und mit dem guten Stück Butter? Weiß denn der Schreiber nicht, daß



mit pro Woche nicht ganz 1 Pfund Butter (wenn ich sie kriegen kann) zueht? Ich empfehle demselben mal Erbsen, wenn er keine hat, mit der Butterkarte zu kochen und mir dann den Geschmack mitzuteilen, vielleicht verliere ich es dann auch.

Fleisch habe ich manchmal acht Tage gar nicht, manchmal bei vier Kuepfen (drei Erwachsene) 1 Pfund; ob man da Gefahr läuft, die Gicht zu bekommen, weiß ich auch nicht.

Wie kommt es so vor, als ob der Einsender nicht weiß, daß wir von den Engländern, oder wie die Leute so heißen, ausgehungert werden sollen, oder ich könnte annehmen, daß er noch mehr als ich eingeheimert hat.

Ich möchte noch bemerken, daß ich keine Kriegerfrau oder wer bin, sondern regelmäßig außer kleinen (?) Zusätzen 45 Mk. pro Woche nur für Ernährung zahle.

Wohnte auch noch bemerken, daß ich mich entsinne, daß es früher mal Wurst gegeben hat. Wie die Milch zu den Milchspeisen beschafft wird, weiß ich auch nicht.

Wir haben das Schreiben gern abgedruckt, weil wir die Gelegenheit benutzen wollen, dem Einsender auf diesem Wege zu sagen, daß er eine Satire mit bitterbösem Ernst betrachtet hat. Wenn nämlich der Kriegsausbruch für Kaffee und Tee der Bevölkerung den guten Rat erteilt, „zur alten guten Sitte der Morgensuppe“ zurückzukehren, ohne für das hierzu nötige Mehl zu sorgen, so kann er auch einen Schritt weiter gehen und raten, sich an Erbsen mit Speck oder Spargel in Butter gütlich zu tun. Diese Mittagsmahlzeiten kann man sich dann natürlich, ohne Speck oder Butter zu erhalten, ebensowenig gönnen als die angebotene Morgensuppe ohne das dazu gehörige Mehl. Und deshalb warten auch wir noch auf Antwort vom Kriegsausbruch für Kaffee und Tee wie viele unserer Leser und Leserinnen.

Das gestreckte Bier. Der Finanzminister hat durch Erlass vom 6. Mai 1916 darauf hingewiesen, daß die Mischung von Lagerbier und Caramelbier beim Aussehen unzulässig sei. Der Vorstand des „Verbandes obergäriger Brauereien“ ist beim Finanzministerium vorbestellt worden; auf Grund dieser Vorbestellung hat das Finanzministerium den Erlass zurückgezogen.

### Ein mysteriöser Diebstahl.

Aus wird mitgeteilt: Am 12. d. M. ist in den Mittagsstunden aus dem Bureau des Rechtsanwalts Genossen Dr. Karl Liebnecht eine Schreibmaschine gestohlen worden. Unter dem dringenden Verdacht des Täters steht der Mechaniker eines Schreibmaschinen-Reinigungsinstituts, der nach Beobachtungen von Hausbesuchern an dem fraglichen Tage eine Schreibmaschine in einem im Handstreich wartenden Kanne in Uniform übergeben hat. Gegen den betreffenden Mechaniker ist Strafanzeige erstattet worden. Es ist zu erwarten, daß der Polizeipräsident Herr v. Jagow, der so großes Interesse für das Verbrechen gegen den Genossen Karl Liebnecht bezogen hat, daß er sogar in den Akten seine unmaßgebliche Meinung über Liebnechts Verhalten dem Gericht mitteilte, nach den Tätern und eventuellen Anstiftern dieses mysteriösen Diebstahls mit aller Energie fahnden wird.

Der Trick mit dem Vereinspind. Gastwirte werden vor einem Schwindler gewarnt, der angibt, Vorsitzender eines Vereins zu sein, der ein Tagungsfest sucht. Um seinen Angaben den nötigen Nachdruck zu geben, gibt er vor, das Vereinspind sofort oder am nächsten Tage aus dem alten Lokal abzuholen. Unter verschiedenen Vorwänden versteht es der Herr Vereinsvorsitzende Lokalinhaber anzubringen, um dann auf Nimmerwiedersehen zu verschwinden. Der Trick ist nicht neu, wird aber jetzt wieder erneut angewendet, um viele schwer um ihre Erpizzen ringende Gastwirte zu betrogen.

Ein Zunderschwindler ist im Westen der Stadt aufgetreten. Er besucht die Geschäftsleute und spiegelt ihnen vor, daß er durch irgendwelche Gläubigungsverhältnisse in der Lage sei, ihnen Zucker zu dem außerordentlich billigen Preise von 20 Mk. den Zentner zu liefern. Die arglosen Leute, die seinen Erklärungen glauben, zahlen dem Schwindler den Kaufpreis für die Ware, die auf dem Güterbahnhof Berlin-Wilmersdorf liegen soll, im Voraus oder geben ihm wenigstens die Anzahlung, die er verlangt. Erst auf dem Bahnhof erfahren sie, daß gar keine Ware vorhanden ist und daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen sind. In mehreren Fällen trug der Spezialist ein braunes Samtjackett.

Unterlagter Handelsbetrieb. Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 hat der Polizeipräsident von Berlin dem Großschlachtermeister Oswald Buntzel, Berlin-Stralau, Nr. 19, den Handel mit Nahrungsmitteln wegen Inzulassungsfähigkeit in bezug auf diesen Handelsbetrieb unterlagert. Der Stand befindet sich in der Berliner Zentralmarkthalle I A.

## Aus den Gemeinden.

### Eine 30-Millionen-Anleihe der Stadt Spandau.

Die Stadtverordneten beschäftigten sich am Donnerstag mit einer aufzunehmenden Gesamtanleihe von 30 Millionen Mark. Die Anleihe dient zur Beschaffung der Mittel für die Restkosten des Rathausbaus in Höhe von 2 044 000 Mk., Erweiterung der Gasanstalt 1 200 000 Mk., Erweiterung des Elektrizitätswerks 1 000 000 Mk., Erhöhung des Stammkapitals beim Städtischen und Kreis-Kraftwerk 1 250 000 Mk., Restkosten für die Erweiterung des Schlachthofs 72 502 Mk., Mieselfeldanlage und Kanalisationsumbau 4 000 000 Mk., Ankauf des Ritterguts Wandorf, Restbetrag 1 119 384 Mk., Streifen-Einfestigung 3 263 494 Mk., Neubau der Charlottenbrücke 2 515 000 Mk., Neubau der Berliner Brücke 2 650 000 Mk., Ausbau der Berliner Chaussee 2 500 000 Mk., Straßenregulierung auf dem früheren Abbederegrundstück 1 300 000 Mk., Ankauf der Reitwiesen, Restbetrag 485 702 Mk., Ankauf von Hypotheken auf Neubauten mit Mietwohnungen 1 000 000 Mk., Erweiterung des Krankenhauses 1 312 000 Mk., Neubau des Oberlyzeums 910 000 Mk., Erweiterung der Oberrealschule 1 400 000 Mk., Erweiterung des Friedhofs in der Bionierstraße 588 000 Mk., Erhöhung des Grundstücksverwertungsfonds 500 000 Mk., Anwerblust und Ankosten 10 Proz. sowie zur Abrundung 2 698 165 Mk. Wie der Referent Stadtver. Prager mitteilte, soll die Anleihe mit 4 bis 5 Proz. verzinst und mit 1,62 Proz. unter Zuwachs der erwarteten Zinsen getilgt werden. Der Staatszuschuß zur Charlottenbrücke von voraussichtlich 1,2 Millionen Mark soll zur Tilgung der Anleihe verwendet werden. Reist der Fiskus den Zuschuß nicht, so bleibt die Charlottenbrücke als Verkehrshindernis bestehen. Stadtkämmerey Weber gab einen kurzen Bericht über die Finanzlage Spandaus, nachdem der Gesamtanleihebetrag seit der letzten großen Anleihe von 1908 von 11 544 000 Mark sich nach dem Etat 1916 auf 48 900 000 Mark erhöht. Das Anwachsen der Schuldenlast sei auf das Ausführen von großen Projekten infolge der schnellen Entwicklung der Stadt zurückzuführen. Trotzdem sei die Finanzlage eine günstige, da die Einnahmen an direkten Steuern jährlich um 200 000 Mk. steigen. Für 1916 sind die direkten Steuern mit 3 332 859 Mk. veranschlagt worden und es sei erfreulich, daß die Stadt trotz der großen Ausgaben ohne Erhöhung der Steuerlast auskomme. Nach kurzer Debatte wurde die Aufnahme der Anleihe genehmigt.

Zur Linderung der Wohnungsnot beantragte der

Magistrat, daß auf dem städtischen Gelände an der Namstraße Wohnhäuser mit vier Geschossen und 1-2-Zimmerwohnungen von einer zu gründenden Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebaut und die für die Gründung erforderlichen Mittel von 20 000 Mk. bewilligt werden. Ferner soll der Block D. in der Waldsiedelung bebaut werden und die Stadt sich zu der Herausgabe einer Hypothek bis zu 550 000 Mk. bei 4 Proz. Zinsen und 1/2 Proz. Tilgung und Gewährung eines einmaligen Zuschusses in Höhe der Summe verpflichten, um welche die Erbauung des Blocks infolge der Kriegszeit teurer wird. Die Höchstgrenze für den Zuschuß wird auf 150 000 Mk. festgelegt. Stadtver. Kattje bestellte, daß am 1. April 120 wohnungslose Kriegerfrauen nach den umliegenden Ortlichkeiten abgeschoben werden müßten und insgesamt 410 Personen keine Wohnung finden konnten. Gen. Pieper kritisierte den hohen Mietpreis, der in der Waldsiedelung für 58 Wohnungen mit durchschnittlich 48 Mk. monatlich veranschlagt worden sei, und beantragte, die Mietpreise herabzusetzen, da anderenfalls die minderbemittelte Bevölkerung, der doch in erster Linie die Wohnungsfürsorge zu gute kommen soll, nicht in der Lage sei, die teureren Mietpreise zu ertragen. Einigen Hausbesitzern waren aber die veranschlagten Mietpreise noch zu niedrig und von liberaler Seite wurde beantragt, die Zinsen von 4 Proz. auf 4 1/2, bezw. auf 4 3/4 Proz. für die zu gewährende Hypothek zu erhöhen. Wegen die übergröÙe Mehrheit der liberalen Fraktion wurde die Zinserhöhung abgelehnt und der Vorlage zugestimmt.

### Aus der Gemeindevertretung Weiskesee.

Die letzte Sitzung nahm die Einführung der wieder- und neu-gewählten Gemeindeverordneten vor, die sich verzögert hatte, weil einige der neu-gewählten Gemeindeverordneten im Felde sind und deren Annahmeverklärung erst vor kurzem eintraf. Von der sozialdemokratischen Fraktion konnten daher die Genossen Simon, Wendinger und Gottschalk noch nicht eingeführt werden. Die Sitzung beschäftigte sich sodann in der Hauptsache mit der Sachvertragsentlastung der Brauerei Gabriel u. Richter aus ihrem Sachverhältnis im Restaurant Sälhof Weiskesee. Nachdem dieselbe eine namhafte Abschlagssumme angeboten hatte, stimmte die Vertretung zu; dadurch ist die Möglichkeit gegeben, die Uferpromenade um den ganzen See herumzuführen, ein diesbezügliches Projekt wird der Vertretung vorgelegt werden.

### Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

Die am 16. d. M. tagende Generalversammlung des Wahlvereins Reinickendorf-West nahm zunächst den Jahresbericht der Bezirksleitung entgegen; hervorzuheben ist, daß trotz des Verlustes an Mitgliedern sich die Kassenverhältnisse gegen das vergangene Jahr verbessert haben. Nach Erledigung des Berichtes wurde die gesamte alte Bezirksleitung wiedergewählt. 1. Bezirksleiter: Moskowsky, 2. Bezirksleiter: Glomann, Kassierer: Schulz, Schriftführer: Alexandrowicz.

Sodann wurde folgender Antrag und Resolution einstimmig angenommen:

Die Delegierten zur Kreis- und Verbandsgeneralversammlung haben die Pflicht, ihre Stimme im Sinne des Programms der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft abzugeben.

Der Bezirk Reinickendorf-West spricht sein Bedauern aus und verurteilt das Verhalten der Reichstagsfraktionsmehrheit betreffs der Bewilligung der Kriegskredite, ebenso das Verhalten des Parteivorstandes gegen die Redaktion des „Vorwärts“ und seine Maßnahmen, unbequeme Angestellte nach dem Vorbild reaktionärer Unternehmer zu magregeln.

Des Weiteren wurde scharfe Kritik geübt an der mangelhaften Versorgung der Einwohnerstadt mit Lebensmitteln durch die Gemeinde. Die Gemeindevertreter werden beauftragt, bei der nächsten Gelegenheit dahin zu wirken, daß hier Besserung geschaffen wird.

## Aus aller Welt.

Ueber die Ermordung eines Hamburger Arztes durch einen seiner Patienten, über die wir berichteten, werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Als Dr. Grumbrecht am Vormittage die übliche Sprechstunde abhielt, betrat der 35-jährige Fabrikarbeiter Bernhard Draheim aus Jorkusse aus dem Wartezimmer das Sprechzimmer und feuerte, als er kaum die Tür hinter sich zugemacht hatte, zwei Revolverkugeln auf den Arzt ab. Dr. Grumbrecht, der in die Brust und in den Kopf getroffen war, besaß noch die Kraft, an das Telefon zu gehen, um einen Kollegen zu verständigen, drückte aber bald zusammen, wurde von seiner Haushälterin auf das Bett gelegt und starb nach kurzer Zeit. Um den Täter an der Flucht zu hindern, hatte man inzwischen die Haustür verschlossen. Der Körper eilte daher wieder nach oben, ging in das Sprechzimmer und versperkte die Türen von innen; er drohte jeden zu erschließen, der sich ihm nähern würde. Einen Schuhmann, der auf ihn einbrang, verletzte Draheim durch einen Revolvererschuß. Erst als die herbeigerufene Feuerwehre erschien und einen Wasserstrahl auf den Klienten richtete, konnte dieser überwältigt und festgenommen werden. Die drauhen stehende Vollmenge stürzte sich auf Draheim und wollte ihn lynchen. Der Grund zu der schweren Wutthat soll darin liegen, daß Dr. Grumbrecht dem an Schwerföhrigkeit leidenden Draheim die Ausstellung eines gewünschten Attestes verweigert hatte.

Der Anflug, mit Schußwaffen zu spielen, hat abermals zu einem bedauerlichen Unglücksfall geführt, dem ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Auf dem Gute Sassenburg (Pommern) hatten zwei Gärtnerlehrlinge mit einem Gewehr gespielt, von dem sie annahmen, daß es ungeladen sei. Als der eine Lehrling im Scherz die Waffe auf seinen Kollegen, den 16-jährigen Alfred Schönherr, anlegte und abdrückte, ging ein Schuß los. Die Kugel drang dem Schönherr in die Brust und stredte ihn tot nieder.

Das Erdbeben in Italien. Mailänder Blätter melden aus Rimini, der Schaden des Erdbebens sei sehr erheblich; etwa 1000 Bauwerke seien beschädigt worden. 10 Zusammengefahren; viele, darunter öffentliche Gebäude, seien dem Zusammenbruch nahe. Einige mußten auf polizeilichen Befehl geräumt werden.

Das Rathaus in Dirschau niedergebrannt. Wie aus Danzig gemeldet wird, ist am Donnerstag das 1590 erbaute Rathaus in Dirschau völlig niedergebrannt. Die Bestände der Stadtkasse und die Akten wurden gerettet. Die Ursache des Brandes ist noch nicht ermittelt.

Zum Frauenmord in Czinkota. Die Erhebungen der Wiener Polizei führten zu der Annahme, daß sich auch die Tochter der in Wien wohnenden Kaufmännin Anna Nemec ermordet habe. Diese gibt an, daß ihre Tochter Juliane vor drei Jahren nach Budapest gereist sei und seitdem kein Lebenszeichen von sich gegeben habe. Sie war Dienstmädchen und besaß Ersparnisse im Betrage von 200 Kronen. — Die Budapest Polizei ermittelte den Schuhmacher Andris Talviga, der im Czinkotaer Hause mit sich anfangs eine Wohnung gemietet hatte. Im Frühjahr 1906 wurden Talviga und seine Frau durch weibliche Angstrufe aus dem Schlafe geweckt. Sie vernahmten verhallendes Nöckeln. Um Weihnachten desselben Jahres hörten sie wieder weibliche Klagerufe und Stöhnen. Ein drittes Mal, im Frühjahr 1907, drang aus der Wohnung des sich

abermals erschütterndes Wehklagen an ihr Ohr, darauf hörten sie Geposier und röchelnde Aufe. Damals ging sich auch in den Hof. Die Fenster des Hofes waren finster. Am nächsten Morgen suchte er sich. Dieser war jedoch unsichtbar. An seiner Tür hing ein Tafelchen mit der Aufschrift: „Ich bin abwesend.“ Er kam erst am dritten Tage wieder zum Vorschein. Damals erbatete Talviga über alle drei Fälle die Anzeige bei der Ortspolizei. Seines Wissens geschah aber gar nichts. Er sah wiederholt, daß der jetzt unter dem Verdacht der Wehklufe zu den Norden stehende frühere Polizeibeamte nach dem Hof beim Verlassen großer Wochtonnen behilflich war, was dieser jetzt hartnäckig leugnet.

### Parteiveranstaltungen.

Friedrichshagen. Im untern Altliefern mit ihren Familien in der Sommerzeit einige freie Stunden zu bereiten, will der Bildungsausschuß möglichst in jedem Monat an einem Sonntag Spiele im Freien veranstalten. Der erste Spielnachmittag findet am Sonntag, den 21. Mai, von nachmittags 3 Uhr ab im Walde an der verlängerten Köpenicker (nahe den Wasserwerken) statt. Im volle Teilnehmung der Mitglieder mit ihren Frauen und Kindern wird ersucht.

### Jugendveranstaltungen.

Pankow-Niederischdöhlen. Sonntag, den 21. Mai: Spielbarrie nach Pankow. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Pankow-Schödenhausen. Abfahrt 8:30 Uhr. Nachhinter treffen sich nachmittags 2 Uhr. Abfahrt 2:15 Uhr. Fahrgehd 50 Pf. Höhe willkommen!

Freireitstige Gemeinde. Sonntag, den 21. Mai, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 1917; Reitstige, „Idealpassege“ (Idealpassege) und Oberhörsenwede, Karow, 2; Freireitstige Vorleistung. — Vormittags 11 Uhr. Kleine Franzfurter Straße 6; Vortrag des Herrn Dr. M. Die: „Hermann Sudermanns aufgeweckte Dramen.“

Freier Arbeiterverband. Saisonne Größ-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche abends 8 1/2 Uhr: 1. bis 6. Abteilung: Kottbus, den 21. Mai, Abender Str. 62 (Verkehrshaus); Vortrag: Nach dem Vortrag praktische Verhandlungsübungen.

Mittwoch, den 24. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Mitaliederer-sammlung in demselben Lokal. — Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 2 Uhr: Besichtigung der Ausstellung (S o l f a h r i), Charlottenburg, Französerstraße.

### Briefkasten der Redaktion.

S. 2. 43. Sie können beim hiesigen Vormundschaftsgericht Antrag auf Bestimmung eines Vormundes stellen. Der Brief enthält unferes Erachtens keine Beleidigung. — S. 704. Beschwerde ist bei der Oberstaatsanwaltschaft beim Kammergericht einzulegen. — Brief V. 1. Kein. 2. Das Urteil nicht als Rücktrittsgrund gelten; die Firma könnte Sie ja aber ohne Grund, allerdings unter Einhaltung der für den Handelsangestellten geltenden Frist, kündigen. — S. 10. 1. Wenden Sie sich mit einem solchen Antrag an das Regiment. 2. Der Schuldschein braucht nicht erneuert zu werden, er behält seine Gültigkeit. — S. 11. 4. Sie müssen den Bescheid abwarten. — S. 11. 10. Wenn es sich um ein Urteil des Schöffengerichts handelt, müssen Sie innerhalb acht Tagen nach Verkündung des Urteils Einspruch erheben; im anderen Falle haben Sie vier Wochen nach Zustellung des Urteils dazu Zeit. — S. 11. 1. 2. 3. Die Unterabteilung wird in diesem Falle nicht weiter gewährt. — S. 11. 2. 86. Wenntliche Kündigung ist in Ihrem Falle nicht statthaft. Wenn der Hauswirt übrigens nicht sein Einverständnis mit der Mung des Verkauens zum 1. Oktober gegeben hat, so erachtet es noch sehr zweifelhaft, ob Sie am 1. Oktober ziehen können und nicht bis 1. April wohnen bleiben müssen. — S. 2. Gerichtsstraße. Sie geben Ihres Anspruchs auf Rente jetzt verlußt. Sie können weiteren Bescheid abwarten. — S. 11. 10. 1. Ja. 2. Staatsrentenbeamter wird nur einmal erhoben; dagegen können von beiden Gemeinden Gemeindefinanzbeamten erhoben werden. Staatsrentenbeamter zahlen Sie dort, wo Sie jetzt Ihren Wohnsitz haben. 3. Nach dem jetzigen Verdienst. — S. 11. 6. 3. Ja. — S. 11. 2. 1875. 1. Ja, aber nur auf Antrag des anderen Ehegatten. 2. Nein. — S. 11. 6. 99. In den Regimentkommandeur des Truppenteils, zu dem Ihr Mann eingezogen ist. — S. 3a.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Nimmlich kühl, vielfach heiter, aber veränderlich und besonders östlich der Oder öfter etwas Regen.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1957, 9714.  
Bureau geöffnet von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr.

Sonntag, den 21. Mai 1916, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal von Müller, Alexandrinenstr. 32:

## Verammlung

der Zink-, Zinn- und Bleigießer.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen erforderlich.

1177 Die Ortsverwaltung.

### Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen

Erwerblich wirtschäftlich einmal. Einmalige Besuche empfehlen sich bei Einkäufen.

|  |   |
|--|---|
| <b>Brauereien</b><br>Adelung & Hoffmann<br>Akt.-Brauerei Potsdam<br>Eig. Norderlag. Berlin SW. 4<br>Kreuzbergstraße 23, Brand-<br>enburg a. H., Wilhelm-<br>dorferstraße 72.<br>Spezial-Bier<br>Potsdam-Stangen-<br>bier Bürgerbräu. | <b>Weine, Fruchtsäfte, Liköre</b><br>E. & M. Leydicke<br>Mansteinstr. 4<br>Charlottenburg<br>Mehlholl., Kolonnen-<br>g. Wilmersd. Str. 60 61.<br>W. Gaege<br>Schulw.-Lag. Rep.<br>bbl. Lützowstr. 7.<br>Nowawes<br>A. Kieper<br>Friedrichstr. 23<br>Damen-Kinder-Konfektion<br>Spandau<br>Paul Gaege Mehl und<br>Kolonialw.<br>Breitestr. 57, Schönwalder-<br>str. 134, Fichelsdorferstr. 12.<br>Haus- und Küchengeräte<br>Hermann Finck<br>Eisenwar., Schönwalderstr. 27<br>Alfred Bartels, Breitestr. 39<br>Schirme, Läden, Drechslerw.<br>A. Markgraf, Brüderstr. 11 Eck<br>Jägerstr. Lamp. Gls., Porzell., Steing.<br>K. Tormow (Kolonialwarenhandl.)<br>Markt 10, geg. 1899. |
|--|---|

Sport-Paletots von 42 bis 70 Mk.  
Jackett- und Rock-Anzüge  
von 28 bis 68 Mk.

M. Schulmeister  
Berlin SO, Dresdener Str. 4  
Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Jünglings-Anzüge von 18 bis 48 Mk.  
Knaben-Anzüge in Größe von Nr. 0 bis 12  
zu billigsten Preisen.  
Trotz steigender Teuerung der Stoffe  
halte ich die billigen Preise aufrecht.







# Wilhelm Stein

70-71 Chausseestrasse 70-71

Verlangen Sie bei Ihren Einkäufen Sparmarken!

10 Gaszylinder mit Stempel 95 Pf.

4 Glasnapfe Pressglas 95 Pf.

1 Käseglöcke u. 1 Butterglöcke Pressglas 95 Pf.

1 Käseglöcke geschliffen 95 Pf.

1 Butterglöcke geschliffen 95 Pf.

1 grosser Glasnapf u. 6 Teller 95 Pf.

3 Konservengläser mit Dinkel Gummi, Kammer 95 Pf.

3 Strümpfe für Siebgas 95 Pf.

Schalen mit Hirsch 95 Pf.

5 Kerzen 95 Pf.

1 Wellenschere und 1 Frisierlampe 95 Pf.

2 Kannen-untersätze 95 Pf.

1 Bratpfanne und 4 Emailleteller 95 Pf.

Rasier-Spiegel 95 Pf.

1 Topflappen und 1 Zwiebelbehälter 95 Pf.

2 Strümpfe für Siebgas u. 3 Zylinder 95 Pf.

3 Paar Gummi-Absätze 95 Pf.

1 Paar Leder-Baby-schuhe 95 Pf.

1 Paar Schuhteilen für Damen und Herren 95 Pf.

Konsole 95 Pf.

Spiegel in Holzfrahmen u. versch. Leist. 95 Pf.

Bürstenkasten 95 Pf.

Handtuchhalter 95 Pf.

Topflappen und 1 Zwiebelbehälter 95 Pf.

## Wirtschaftswaren

- 1 Saftkanne vernickelt... 95 Pf.
- 1 Müllschaufel und ein Handfeger 95 Pf.
- 1 Kopfbürste... 95 Pf.
- 1 Kleiderbürste... 95 Pf.
- 1 Fussbank Hartholz... 95 Pf.
- 1 Holztablett mit Einlage 95 Pf.
- 1 Teppichbürste... 95 Pf.
- 1 Möbelbürste... 95 Pf.
- 1 Rosshaarhandfeger 95 Pf.
- 12 Kleiderbügel poliert u. 2 Hosenstrecker 95 Pf.
- 1 Besteckkast. u. 1 Messerputzbrett 95 Pf.
- 2 Pat.-Kleiderbügel u. 1 Kleiderbürste 95 Pf.
- 1 Kopfbürste... 95 Pf.
- 1 Borstenbesen mit Stiel 95 Pf.
- 1 Handfeger u. 1 Müllschaufel 95 Pf.
- 1 Kleider-, 1 Blank-, 1 Schmutz-, und 1 Auftragsbürste 95 Pf.

## Wirtschaftswaren

- 6 Kleiderbügel poliert u. 2 Hosenstrecker 95 Pf.
- 2 Tischläufer v. Holzdraht 95 Pf.
- 2 Abwaschtücher, 2 Metalltopfreiniger und 2 Luftgurken... 95 Pf.
- 1 Rohrklopfer, 1 Handfeger u. 1 Möbelpinsel 95 Pf.
- 1 Toilettpapierhalter mit Spiegel und 1 Rolle Papier 95 Pf.
- 1 Rasierapparat mit 2 Klingen, im Etuis 95 Pf.
- 15 Rasierklingen extra 95 Pf.
- 1 Rasierspiegel mit Napf und Pinsel 95 Pf.
- 2 Königskuchenform. 95 Pf.
- 1 Konsole f. Sand, Seife, Soda 95 Pf.
- 1 Leitungsschoner dekor. 95 Pf.

## Wirtschaftswaren

- 1 Fruchtpresse... 95 Pf.
- 1 Blank-, 1 Schmutz-, 1 Auftrags-, u. 1 Handwaschbürste 95 Pf.
- 1 Gewürzschrank mit 7 Kästen 95 Pf.
- 1 Schlüsselbrett mit Einlage 95 Pf.
- 1 kompl. Quirlgarnitur 95 Pf.
- 3 Vorratsstollen 95 Pf.
- 1 Petroleumkanne, 1 Zylinderpulver und 2 Kohlenanzünder... 95 Pf.
- 1 Reibeisen mit Holzrahmen und 1 Kaffeesieb 95 Pf.
- 2 Vorratsstollen 95 Pf.
- 1 Marktnetz... 95 Pf.
- 1 Besteckkasten u. 1 Pfeffermühle 95 Pf.
- 1 Gießkanne... 95 Pf.
- 1 Küchenkonsole... 95 Pf.
- 1 Handtuchhalter mit Einlage u. 1 Handfeger 95 Pf.
- 1 Gewürztagere mit Einlage 95 Pf.
- 1 Putz- u. 1 Wischkast. 95 Pf.

## Wirtschaftswaren

- 1 Fussbank und 1 Küchenkonsole... 95 Pf.
- 1 Waschbrett... 95 Pf.
- 1 Brotkorb Korbboden mit Einlage... 95 Pf.
- 1 Kakesdose vernickelt... 95 Pf.
- 2 Paar Bestecke mit Stahlgabel... 95 Pf.
- 1 grosses Fleischbrett 95 Pf.
- 15 P. Blitzblank... 95 Pf.
- 2 Rollen Kiosettpapier und 1 Halter mit Spiegel 95 Pf.
- 3 Fleischbretter... 95 Pf.
- 1 Zuckerkorb vernickelt... 95 Pf.
- 1 Brotkorb vernickelt, mit Einlage... 95 Pf.
- 1 Speiseform... 95 Pf.
- 1 Briefkasten... 95 Pf.
- 1 Fleischbrett, 1 Fleischhammer u. 1 Rührkeule 95 Pf.
- 1 Eierschrank... 95 Pf.

## Porzellan

- 2 Vorratsstollen Goldstempel... 95 Pf.
- 2 Essig- und Oelflaschen Goldstempel... 95 Pf.
- 1 Salz- oder Mehlmeisse, Goldstempel... 95 Pf.
- 1 Satz Milchtöpfe... 95 Pf.
- 6 Gewürztonnen Goldstempel... 95 Pf.
- 1 Kaffeeservice f. 2 Pers. dekoriert 95 Pf.
- 1 Kinder-Essgarnitur 95 Pf.
- 8 bunte Kaffeebecher 95 Pf.
- 1 Fr. Fruchttschal. dekor. 95 Pf.
- 1 Kaffeekanne, 1 Milchtopf u. 1 Zuckerd. bunt 95 Pf.
- 6 Paar Tassen dazu pass. 95 Pf.
- 1 Satz Milchtöpfe Rosen-dekor. 95 Pf.
- 2 Vorratsstollen Delft-dekor. 95 Pf.
- 2 Essig- Delftdekor. 95 Pf.

**Eine Wäsche für 25 Pfg.**

ist möglich durch den Gebrauch des **Seifenersatzes „Waschpilz“**

Reines Naturprodukt von grosser Waschkraft, welches weder Wäsche noch Hände angreift. Zu verwenden ohne Seife, Soda oder dergl. Waschmittel.

## Porzellan

- 1 Salz- oder Mehlmeisse, Delftdekor. 95 Pf.
- 1 Satz Milchtöpfe Delft-dekor. 95 Pf.
- 6 Gewürztonnen Delft-dekor. 95 Pf.
- 6 Brotteller bunt... 95 Pf.
- 6 Milchtöpfe bunt... 95 Pf.
- 1 Teekanne mit Goldband 95 Pf.
- 1 Kaffee- u. 1 Zuckerdose, 1 Milchtopf m. Goldband 95 Pf.
- 4 Paar Tassen mit Goldband... 95 Pf.
- 1 ovaler Kuchenkorb u. 1 Butterdose mit Goldband 95 Pf.
- 5 Milchtöpfe bunt... 95 Pf.
- 2 Paar Tassen China-dekor. 95 Pf.
- 3 Speiseteller mit Goldband 95 Pf.
- 4 Mittelteller mit Goldband 95 Pf.
- 6 bunte Kaffeebecher 95 Pf.

## Stei ngut

- 1 Wurstkasten... 95 Pf.
- 1 Heringskasten... 95 Pf.
- 1 Waschbecken gross... 95 Pf.
- 1 Satz Näpfe 7 Stück... 95 Pf.
- 3 grosse Näpfe... 95 Pf.
- 1 Marmeladendose } 95 Pf.
- 1 Butterdose } 95 Pf.
- 1 Schmalzdose... 95 Pf.
- 6 Speiseteller mit Goldband 95 Pf.
- 6 Mittelteller... 95 Pf.
- 1 Bratenplatte... 95 Pf.
- 1 Tunkenschüssel... 95 Pf.

## Emalle

- 1 grosse Kaffeekanne 95 Pf.
- 1 grosse Milchkanne 95 Pf.
- 1 gr. Küchenschüssel 95 Pf.
- 1 gr. Wasserkanne... 95 Pf.
- 2 Schüsseln... 95 Pf.
- 1 Schmortopf ohne Ring... 95 Pf.
- 1 Kasserolle mit Ring... 95 Pf.
- 1 Schmortopf mit Ring... 95 Pf.
- 2 Kasserollen ohne Ring... 95 Pf.
- 1 gr. Kasserolle ohne Ring... 95 Pf.
- 1 Küchenschüssel 1 Konsole im Mass 95 Pf.
- 1 Konsole f. Sand, Seife, Soda 95 Pf.

## Galanterie, Nippes

- Kab.-Griseldis-Rahm. 95 Pf.
- 2 Visitrahmen... 95 Pf.
- 2 Prinzessrahmen... 95 Pf.
- 2 Postkartenrahmen... 95 Pf.
- Patr. Stangenvasen... 95 Pf.
- Patr. Milchglasvasen... 95 Pf.
- Vasen mit Beschlag... 95 Pf.
- Patr. Nippes-Figuren 95 Pf.
- Patr. Nippes-Fig. 3 Stück 95 Pf.
- Taubenschalen... 95 Pf.
- Sparbüchsen... 95 Pf.
- Ansichten von Berlin 95 Pf.

## Parfümerie

- 1 Fl. Kölnisch. Wasser 95 Pf.
- 1 Fl. Franzbranntwein und 1 Fl. Mundwasser... 95 Pf.
- 1 Fl. Bayrum... 95 Pf.
- 1 Fl. Mundwasser... 95 Pf.
- 1 Fl. Franzbranntwein 95 Pf.
- 1 Zahnbürste und 1 Tube Zahnpasta 95 Pf.
- 1 Zahnbürstenständer und 2 Zahnbürsten... 95 Pf.
- 1 Frisierkamm u. 1 Staubkamm... 95 Pf.
- 1 Haarbürste... 95 Pf.
- 1 Rasiergarnitur... 95 Pf.
- 1 Toilettpapierhalter und 1 Rolle Papier... 95 Pf.
- 1 Toilettspiegel... 95 Pf.

**Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden**

Ersteinstufige Waren. Einzelne Geschäfte empfehlen sich bei Bestellungen.

**Drogen, Farben**  
Benedict...  
**Fleisch- u. Wurstw.**  
Gelschmanns Centr. Viktoria-Str. 130.  
H. Jordy Ww. vorm. O. Lucke W. Stralanderstr. 27.  
**Herrn- u. Knaben- u. Mädchen-Garder.**  
H. Hoffmann Viktorstr. 14.  
**Kolonhandlung**  
A. Krüger Malder Str. 11.  
**Kolonwaren**  
M. Saegerbarth Str. 57.  
W. Thomas Schickelderstr. 54.

**Solange der Vorrat reicht**  
**Gerold**  
Bei gemeinsamem Bezug Preisermässigung Berlin, Lützowstr. 94. Verlangen Sie Preisliste.  
**Mehlhandlungen**  
L. E. Fink, Pankstr. 92.  
**Möbelmagazine**  
Wiese & Co. Eulischerstr. 97.

**Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3**

**Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns**

Preis 1 Mark

Protokoll der Verhandlungen, die am 9. Januar 1916 zwischen der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages, dem sozialdemokratischen Parteivorstand und Parteiausschuss, der Generalkommission und den Vorständen der deutschen Gewerkschaften, einer Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und einer Vertretung der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs und der österreichischen Gewerkschaften in Berlin über die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns stattfanden.

**Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten**

Ersteinstufige Waren. Einzelne Geschäfte empfehlen sich bei Bestellungen.

**Bäcker- und Konditoreien**  
**Bäckerei Nordstern**  
Inh. Gust. Müller Pflaizen im Süden, Osten u. Umgeb.  
**Solange der Vorrat reicht**  
**Gerold**  
Bei gemeinsamem Bezug Preisermässigung Berlin, Lützowstr. 94. Verlangen Sie Preisliste.

**Butter, Eier, Käse**  
P. H. Ackermann, 8 Filialen  
**Mehlhandlung**  
Joh. Pietsch Königsberger Str. 20/27  
**Molkereien**  
Jul. Göthling Lichtenberg, Frankfurterstr. 24.  
**Photograph. Ateliers**  
Hayn, Frankfurt, Allee 54.  
Weg. Ringhbn. Frank. Allee.  
W. Weizel Str. 28 u. Andraassenstr.  
**Schw. u. Beschlusarbeiten**  
H. Reinrich Petrowburger Str. 10.  
**Warenhäuser**  
Münchener Warenhaus Max Flemming Alt-Stralau 11. Verw.-Lsg. 94 u. 95.  
Zahn-Atelier Wohlbel Neue Köpenickerstr. 49 (am Alexanderpl.)